

Handelsblatt

Linksbündnis

Rot-Rot-Grün erscheint nun rechnerisch möglich – aber auch inhaltlich?

► 8

André Schwämmlein

Der Flix-Mobility-Chef über die Chancen der Bahn-Digitalisierung.

► 26

Nachhaltiges Investieren

Führt mehr Regulierung zu einer Blase bei grünen Aktien?

► 36

Tijen Onaran

Die Unternehmerin über Diversität und soziale Herkunft.

► 48



Stau auf der A8: 60 bis 100 Milliarden Euro Schaden durch Stillstand auf den Straßen schon vor Corona.

Verpasste Verkehrswende

Die Zahl der Lastwagen auf deutschen Straßen übersteigt den Stand von vor der Pandemie – ein Ende des Lkw-Booms ist nicht in Sicht. Die Politik agiert hilflos.

Während Schiene und Binnenschifffahrt in den ersten Monaten 2021 gegenüber dem Vor-Corona-Jahr 2019 erheblich an Transportvolumen verloren haben, erreicht der Lkw-Verkehr neue Rekordmarken. Schon im März lag die Verkehrsleistung der Lastwagen in Deutschland wieder ein Prozent über dem Vorkrisenniveau, errechnet das von Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) beauftragte Forschungsinstitut Intraplan Consult. Insgesamt erwarte man beim Lkw-Frachtaufkommen 2021 einen deutlichen Anstieg um drei Prozent gegenüber dem Vorjahr.

„Der Lkw-Verkehr ist in den vergangenen Monaten sprunghaft gewachsen“, sagt auch Frank Huster, Hauptgeschäftsführer des Speditionsverbands DSLV. Dabei entsprach das Lkw-Ladevo-

85

Prozent
des Fracht-
volumens in
Deutschland 2020
wurde auf Straßen
transportiert.

Quelle:
Intraplan Consult

lumen von 3,77 Milliarden Tonnen schon 2020 mehr als 85 Prozent des gesamten Transportaufkommens in Deutschland.

Statt einer „leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur“ zu befördern, die CDU/CSU und SPD als „Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft“ im Koalitionsvertrag 2013 versprochen haben, machte die Bundesregierung in den vergangenen acht Jahren den Weg frei für einen ungebremsten Anstieg der Lkw-Transporte – und hinterlässt eine Republik im Dauerstau. 60 bis 100 Milliarden Euro jährlich haben die Verkehrsstillstände Deutschland schon vor Corona gekostet, hat der Duisburger Verkehrsrecher Michael Schreckenberg für das Handelsblatt berechnet. Inzwischen liege diese Zahl sogar noch höher. C. Schlaudtmann ► Fortsetzung auf Seite 4

Monatsabonnement:
Handelsblatt Print 66,70 Euro
Handelsblatt Print + Premium 76,69 Euro
www.handelsblatt.com/angebot

Handelsblatt GmbH Kundenservice
kundenservice@handelsblatt.com

Tel. 0211 887 3602

PREIS
3,30 €

10035

4 190253 103309

Handelsblatt

USA: Lage in Kabul „extrem gefährlich“

In Deutschland wird die Kritik an Außenminister Heiko Maas (SPD) schärfer.

Kurz vor dem Rückzug des US-Militärs aus Afghanistan herrscht rund um den Flughafen in Kabul Alarmstimmung. Die Lage sei „extrem gefährlich“, erklärte US-Präsident Joe Biden. Am Sonnagnachmittag gab es Berichte über eine Explosion nahe dem Flughafen der Hauptstadt. Einen weiteren Selbstmordanschlag konnte das US-Militär nach eigenen Angaben verhindern. Die USA haben die Rettungsaktion von Menschen aus Afghanistan

fortgesetzt. Seit dem Start des Einsatzes Mitte August haben die USA und ihre Verbündeten mehr als 110.000 Menschen ausgeflogen.

Deutschland hatte seine Rettungsflüge am Donnerstag beendet. Nun wird um Strategien gerungen, wie verbliebene Deutsche und Ortskräfte aus Afghanistan evakuiert werden können. Es werde weiterhin „intensiv“ daran gearbeitet, die Ausreise zu ermöglichen, sagte Entwicklungshilfeminister

Gerd Müller (CSU) dem Handelsblatt. Außenminister Heiko Maas (SPD) trat eine Reise in die Region an.

Mehrere Regierungs- und Oppositionspolitiker sprachen Maas die Eignung als Außenpolitiker ab und forderten seinen Rücktritt. Laut einer Umfrage im Auftrag des Handelsblatts spricht sich inzwischen auch eine Mehrheit der Deutschen für einen Rücktritt des Ministers aus.

S. Kersting, A. Meiritz, D. Neuerer ► 6, 7



Corona

Mehrheit für 3G-Regel in Zügen

Eine Mehrheit der Deutschen würde laut einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Handelsblatts eine sogenannte 3G-Regel in Fernzügen befürworten. 64 Prozent der Befragten finden es richtig, wenn nur noch Corona-Geimpfte, -Genesene oder -Getestete (3G) Züge nutzen dürfen. Regierungssprecher Steffen Seibert hatte am Freitag bestätigt, dass die Bundesregierung eine entsprechende Regel prüfe. Das Ergebnis liegt nun offenbar vor. Demnach sei das Vorhaben nur schwer umsetzbar, heißt es in einem Bericht. Baden-Württemberg plant unterdessen, bei steigenden Corona-Infektionszahlen mit Kontaktbeschränkungen nur für Ungeimpfte zu reagieren. ► 11

IG-Metall-Chef

„Deutschland hat schlechte Karten“

IG-Metall-Chef Jörg Hofmann fürchtet, dass die deutsche Industrie auf dem Weg ins klimaneutrale Zeitalter ins Hintertreffen geraten könnte. Das sagte er im Gespräch mit dem Handelsblatt. Man erlebe gerade einen immensen Subventionswettbewerb in Europa, etwa bei der Batteriezellfertigung. „Hier hat Deutschland als Standort schlechte Karten“, so Hofmann. Für die Jahre bis 2030 rechnet er mit einem Investitionsbedarf von 500 Milliarden Euro. Deshalb lehnt er Steuerentlastungsprogramme für Hochverdiener und Kapitalgesellschaften ab. ► 12

Thyssen-Krupp

Loslösung der Stahlsparte stockt

Thyssen-Krupp will seine Stahlsparte verkaufen oder an die Börse bringen. Doch mit diesem Plan geht es nur schleppend voran. Die Sparte mit dem wichtigsten Standort in Duisburg ist in wirtschaftlich schlechter Verfassung, was einen Börsengang nahezu unmöglich macht. Auch ein Verkauf gilt nach mehreren gescheiterten Anläufen momentan als aussichtslos. Thyssen-Krupp müsste den Geschäftsbereich Stahl daher zunächst in Eigenregie runderneuern und zugleich eine neue Strategie entwickeln, heißt es im Unternehmen. ► 18



Märkte

Dax
15.852 Pkt.
+0,37 %

MDax
36.127 Pkt.
+0,48 %

TecDax
3.919 Pkt.
+0,89 %

E-Stoxx 50
4.191 Pkt.
+0,51 %

Dow Jones
35.456 Pkt.
+0,69 %

Nasdaq
15.130 Pkt.
+1,23 %

S&P 500
4.509 Pkt.
+0,88 %

Nikkei
27.641 Pkt.
-0,36 %

Euro/Dollar
1,1795 US\$
+0,37 %

Gold
1.817,58 US\$
+1,40 %

Öl
71,29 US\$
+1,74 %

Dax Gewinner

Infineon
1 +1,85 %
36,09 €

Vonovia
2 +1,29 %
58,30 €

Siemens
3 +1,16 %
140,68 €

Verlierer

FMC
1 -1,75 %
66,16 €

RWE
2 -0,76 %
32,80 €

Dt. Bank
3 -0,47 %
10,52 €

Schlusskurs Freitag

Politik



Afghanistan Der bittere Rückzug des Westens

Die letzten US-Soldaten verlassen Kabul, die USA fürchten neue Anschläge. Doch die Folgen des Abzugs aus Afghanistan könnten hunderttausende Menschen zur Flucht treiben. ▶ 6

Heiko Maas Die Katastrophe von Kabul bringt den Bundesaußenminister schwer unter Druck. ▶ 7

Rot-Rot-Grün Die Grünen legen sich nicht fest, stehen einem Linksbündnis aber immer ablehnender gegenüber. ▶ 8

Vermögensteuer Laut einer Studie ist sie eine schwere Belastung für die Unternehmen – und bringt dem Staat wenig. ▶ 9

Bundeskartellamt Union und SPD wollen aus dem Amt eine schlagkräftige Verbraucherschutzbehörde machen. ▶ 10

Corona Der Druck auf Ungeimpfte steigt. Baden-Württemberg will sie im Notfall in den Lockdown schicken. ▶ 11

IG-Metall-Chef Jörg Hofmann hält die Klima-Transformation der Industrie für äußerst schwierig. ▶ 12

Südkorea Mit vielen Milliarden will die Regierung das Land zum Weltmarktführer bei Akkus und Chips aufbauen. ▶ 14

Meinung & Analyse

Politik

Afghanistan 20 Jahre nach Beginn des Feldzugs gegen al-Qaida hat der Terror wieder eine Basis. ▶ 16

Lkw-Staus Berlin hat es versäumt, für eine faire Kostenverteilung zu sorgen. ▶ 17

Koalitionsoptionen Als Wahlsieger ist man in Deutschland noch lange nicht Bundeskanzler. ▶ 17

In dieser Ausgabe

Namensindex

Unternehmen

Unternehmen & Finanzen

Unternehmensindex

Finanzen

Geldpolitik

Finanzaufsicht

Darlehensmarkt

Grüne Aktien

Fan-Token

Marktausblick

Edelmetall

Afghanistan

Angela Merkel

Gastkommentar

Podcast

Handelsblatt Today

Rendite steigern

durch

Strategiewechsel?

Was erwarten Sie von der neuen Bundesregierung?

Jetzt Fragen einreichen unter:

handelsblatt.com/leseraktion

Handelsblatt

Substanz entscheidet.

Unternehmen



Thema

Thyssen-Krupps Mission Impossible

Der Ruhrkonzern fällt gegenüber der Konkurrenz weiter zurück. Für einen Börsengang oder Verkauf des schwer angeschlagenen Stahlgeschäfts heißt das nichts Gutes. ▶ 6

Apple Der iPhone-Hersteller geht nach einem langen Hin und Her auf die Entwickler der Apps zu. Kritiker sprechen von einem „Scheinangebot“. ▶ 20

Dieselkandal Aktionärschützer wenden sich gegen einen Vergleich mit den Top-Managern von Volkswagen. ▶ 21

Deutsche Bahn Das Schienennetz muss schneller digitalisiert werden, fordern die Grünen. Helfen soll ein Fonds. ▶ 21

Fußball Es gibt kaum noch Zweifel, dass die Weltmeisterschaft 2006 gekauft war. Ein neuer Untersuchungsbericht schildert die Rolle von Adidas und dem FC Bayern München. ▶ 22

Airbus-Tochter Die Arbeitnehmervertreter fordern für die Beschäftigten von Premium Aerotec einen Sozialplan. ▶ 24

Andre Schwämmlein Der Flix-Mobility-Chef kritisiert im Interview, dass viele Investitionen direkt in die Deutsche Bahn fließen und nicht ins Netz. ▶ 26

DWS Die Ermittlungen im Fall der ESG-Anlagen sind ein Warnschuss. ▶ 29

Finanzen



Geldpolitik

Jerome Powell bereitet auf Wende vor

Der Chef der US-Notenbank sucht nach Wegen, die Anleihekäufe zu beenden, ohne die Märkte zu verschrecken. In seiner Rede auf der Jackson-Hole-Konferenz gibt er ein Signal. ▶ 30

Wertpapierbrokerage Der Trading-Hype ebbt ab. Dennoch sehen sich die Neobroker auf Kurs. ▶ 32

Finanzaufsicht Sparkassen und Landesbanken haben eine milliardenschwere Reform auf den Weg gebracht. ▶ 33

Darlehensmarkt Ex-Deutschbanker Markus Pertiwieser baut das Kreditangebot von Penta aus. ▶ 34

Grüne Aktien Am Markt hat sich eine Kluft aufgetan zwischen erneuerbaren und fossilen Energien. ▶ 36

Fan-Token Der Wechsel von Fußballstar Cristiano Ronaldo bewegt den Kryptomarkt. ▶ 37

Marktausblick Stärkere Schwankungen an den Börsen sind in den kommenden Wochen vorprogrammiert. ▶ 38

Edelmetall Deutsche Anleger kaufen so viel Gold wie lange nicht mehr. Der Absatz von Barren und Münzen boomt. ▶ 39



Meistgelesen

1 SPD vorn

Erstmals liegen die Sozialdemokraten mit ihrem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz in Meinungsumfragen mit drei Prozentpunkten deutlich vor der Union.

2 Aktienmarkt

Viele Dax- und MDax-Unternehmen steigern ihre Gewinne rasant. Doch nur wenige sind günstig bewertet. Die fünf aussichtsreichsten Werte im Porträt.

3 Neuer Mietspiegel

Vor wenigen Tagen wurde das Gesetz zur Mietspiegelreform veröffentlicht, das mehr Durchblick bei den Wohnungspreisen bieten soll. Was kommt auf die Betroffenen zu?

4 Afghanistan

Wie geht es nach dem Ende der Evakuierungsflüge in Afghanistan mit den verbliebenen Deutschen und Ortskräften weiter? Außenminister Heiko Maas gerät immer stärker unter Druck.

5 Angela Merkel

Deutschlands erste Bundeskanzlerin prägte 16 Jahre lang eine Ära – das Handelsblatt analysiert sie in 16 Grafiken.



Podcast

Handelsblatt Today

Rendite steigern durch Strategiewechsel?

Für den Aktienmarkt sieht Jens Ehrhardt, Chef von DJE Kapital, weniger Euphorie. Wie Anleger mit einem neuen Aktien-Fokus trotzdem hohe Renditen erzielen können.

ddp/Newscom, imago images/Kirchner-Media, Bloomberg

Leseraktion Bundestagswahl 2021

SIE HABEN

FRAGEN -

SPITZENPOLITIKER DIE ANTWORTEN.

Was erwarten Sie von der neuen Bundesregierung?

Vor der Bundestagswahl führt das Handelsblatt u. a. Interviews mit den Spitzenpolitikern **Olaf Scholz, Christian Lindner, Markus Söder, Katrin Göring-Eckardt und Friedrich Merz**. Vorab sind Sie gefragt: Welche Themen bewegen Sie am meisten? Schicken Sie uns Ihre Fragen und wir stellen sie unseren Gesprächspartnern.

Jetzt Fragen einreichen unter:
handelsblatt.com/leseraktion



Handelsblatt
Substanz entscheidet.



► Fortsetzung von Seite 1

Ein gewöhnlicher Werktag Mitte August am Duisburger Hafen. Auf der Autobahn 40 herrscht auf den zwei rechten Fahrstreifen schon mehrere Kilometer vor der Ausfahrt zur A 59 Stillstand. Sattelschlepper mit Containern, Transporter mit Schlachtwagen und Tiefelader mit Industriemaschinen reihen sich aneinander, dazwischen entnervte Pendler in ihren Pkws. Wer im Schrittempo auf der dritten Spur vorbeizieht, steht wenige Augenblicke später ebenfalls im Stau.

Nur ein Stau von vielen, die Deutschlands Fernstraßen in diesem Jahr erleben. Auf über 30 Kilometern staut sich der Verkehr laut ADAC am 23. Juli auf der A 3 kurz hinter Köln bis in den Westerwald. In der Stau-Hochburg Nordrhein-Westfalen zählte der Verkehrsverein allein in den Sommerferien 30.357 Stillstände auf den Autobahnen – 55 Prozent mehr als im Vor-Corona-Jahr 2019. 16.472 Staufenden seien damit in dem industriereichen Bundesland zusammengekommen, errechnete der ADAC. Auch dies ist ein Plus von 29 Prozent gegenüber 2019.

Dass die Stillstände Deutschland jährlich bis zu 100 Milliarden Euro kosten, wie Schreckenberg ermittelt hat, ist eher noch eine optimistische Annahme. Die Abnutzung der Autobahnen, Umweltschäden durch den zusätzlichen Spritverbrauch und Ausfallkosten in der Industrie, die nicht rechtzeitig beliefert wird, hat Verkehrsforcher Schreckenberg noch nicht einmal berücksichtigt.

Begünstigt wird das Chaos auf Deutschlands Fernstraßen durch die Hallberigkeit der Gegenmaßnahmen. Der Anfang 2021 verordnete Zuschlag von sieben Cent auf Benzin und Diesel zeigt sich als Maßnahme gegen die Lkw-Lawine nahezu wirkungslos. „Die Verteuerung aufgrund der CO₂-Bepreisung wird in der Nachfrage nur sehr begrenzt sichtbar“, heißt es im Gutachten des Verkehrsministeriums.

Gleichzeitig fallen alternative Verkehrsträger seit Jahren zurück. Der Schienengüterverkehr be-

Verpasste Verkehrswende

findet sich bei der Tonnage „im laufenden Jahr noch um vier Prozent unter dem Vorkrisenniveau“, errechnete Intraplan Consult. Die Binnenschiffahrt werde selbst 2024 das Vorkrisenniveau noch um drei Prozent unterschreiten. „Dies stellt die höchste Abnahme zwischen 2019 und 2024 aller Güterverkehrsträger dar“, heißt es in der Mittelfristprognose.

Das Handeln der Bundesregierung, die seit Jahren mit immer neuen „Masterplänen“ die Verkehrswende herbeiführen will, erscheint rückblickend als glücklos. „So viel Güterverkehr wie möglich muss auf die Schiene“, forderte bereits 2010 der damalige Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU). Parteifreund Andreas Scheuer, zu jenem Zeitpunkt dessen Staatssekretär und gleichzeitig Logistikbeauftragter der Bundesregierung, sekundierte mit dem Versprechen, durch „einen Neuanfang in der Verkehrspolitik Mobilität zu ermöglichen, statt sie zu behindern“.

Zehn Jahre später ist die Bilanz verheerend.

Von 2010 bis 2020 schnellte das Lkw-Transportvolumen in Deutschland um 34,5 Prozent auf 3,66 Milliarden Tonnen nach oben. Gleichzeitig verlor die Binnenschiffahrt 18,1 Prozent ihrer Tonnage.

Nur auf den ersten Blick sah es auf der Schiene besser aus. Dort landete zwar 1,3 Prozent mehr an Volumen. Da der gesamte Gütertransport aber mit einem Plus von 30 Prozent weitauft starker zunahm, schrumpfte der Anteil der Bahn von 10,7 auf 8,4 Prozent. Ihr Beitrag zur gesamten deutschen Transportleistung, gemessen in Tonnenkilometern, sank seit 2010 von 23,8 auf knapp unter 18 Prozent.

Wenn wir alle mit anderen Antriebsarten im Stau stehen, dann ist immer noch nichts gewonnen.

Svenja Schulze
Bundesumweltministerin

Nun soll es der im Juni 2020 verkündete „Schienenpakt“ samt „Masterplan Schienengeverkehr“ richten. Die Schiene solle ihren Anteil am Güterverkehr bis 2030 auf 25 Prozent erhöhen, erklärte Scheuer. Neben Milliarden für die Schienensanierung stellte der Minister dazu ein Bundesförderprogramm bereit, aus dem zunächst jährlich 34 Millionen Euro an Zuschüssen für private Investitionen in Gleisanschlüsse winken.

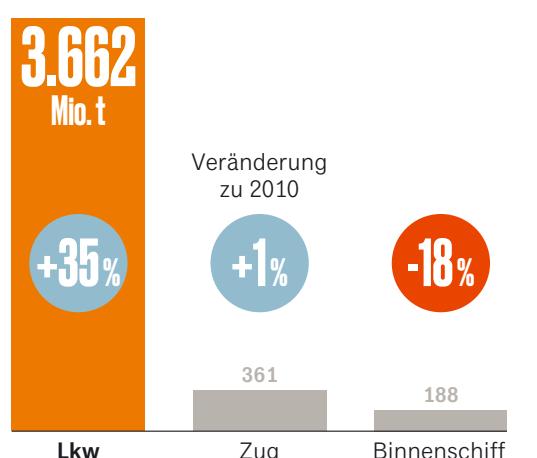
Auch den Wasserstraßenverkehr will Scheuer mit dem im Mai 2019 vorgelegten „Masterplan Binnenschiffahrt“ fördern. Die darin enthaltene „Förderrichtlinie für die nachhaltige Modernisierung von Binnenschiffen“ wurde kürzlich von der EU-Kommission genehmigt und umfasst Hilfen in Höhe von 95 Millionen Euro. „Der Minister setzt die richtigen Akzente“, lobt Speditions-Verbandschef Huster.

Doch ein Blick auf die mit Bahn und Schifffahrt rivalisierende Lkw-Branche zeigt, wohin der Löwenanteil der Steuergelder tatsächlich fließt. Mitte November 2020 sagte Scheuer auf dem „Nutzfahrzeuggipfel“ zu den Straßengüterverkehr bis 2023 mit über fünf Milliarden Euro zu subventionieren, um ihn „fit für den Klimaschutz“ zu machen. Von den Mehrkosten für alternative Antriebe zum Diesel für Lkws will er bis zu 80 Prozent übernehmen; dafür sind 1,16 Milliarden Euro eingeplant. Weitere 4,1 Milliarden will der CSU-Minister für den Aufbau der Tank- und Ladestruktur ausgeben.

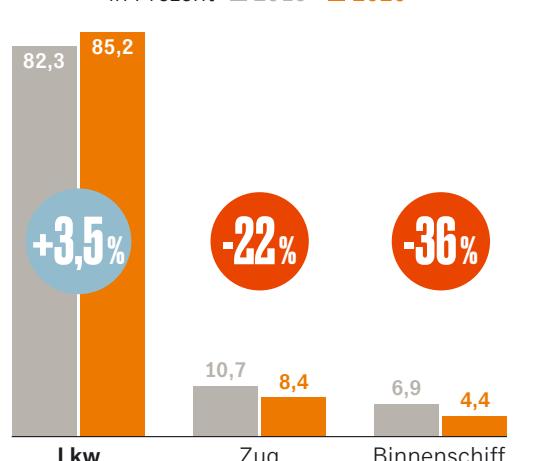
Aus anderen Bundestagsparteien hagelte es deshalb Kritik. „Wenn wir alle mit anderen An-

Keine Konkurrenz zum Lkw

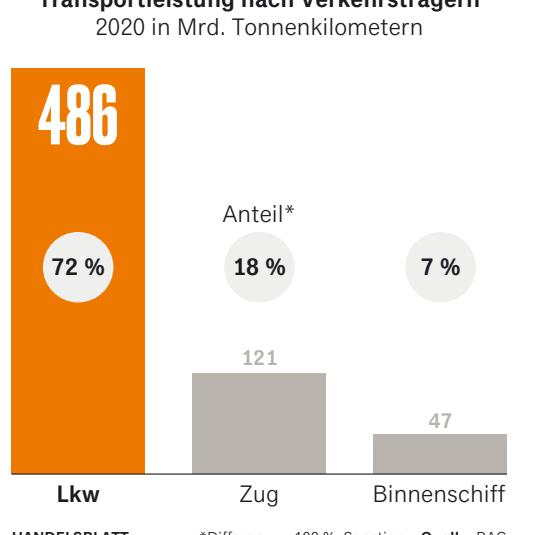
Beförderte Gütermenge 2020
nach Verkehrsträgern in Mio. Tonnen



Anteil der Verkehrsträger am Frachtvolumen



Transportleistung nach Verkehrsträgern



triebsarten im Stau stehen, dann ist immer noch nichts gewonnen“, erklärte SPD-Umweltministerin Svenja Schulze. Es sei wenig hilfreich, „wenn die Autobahnen statt voll mit alten Lkws voll mit neuen Lkws sind“, sagte Bernd Rixinger von der Linkspartei. Der Güterverkehr gehöre auf die Schiene, nicht auf die Straße.

Doch von diesen Postulaten aus der Politik merken die Spediteure in ihrem Alltag nichts. Rund zwei Drittel aller Befragten berichteten dem Bundesamt für Güterverkehr (BAG) Mitte August von einer guten Auftragslage, knapp ein Drittel von einem immerhin „saisonüblichen“ Geschäft. Weil angesichts der hohen Nachfrage Ladernahe fehlt, schießen die Frachtraten derzeit am Spotmarkt in die Höhe. Zuletzt waren es insbesondere Privatkunden, die dank des Online-Bestellbooms das Geschäft trieben. „Ihr Anteil an den Rückgutzustellungen ist während der Corona-Zeit von zehn auf

Verkehrspolitik

Die Pläne der Parteien gegen den Lkw-Infarkt

Mehr Güter auf Schiff und Schiene, darin sind sich alle Parteien einig. Bei der Umsetzung hakt es seit Jahren.

Seit Jahren werden deutlich mehr Güter auf der Straße transportiert als auf der Schiene. Die Parteien wollen das ändern. Was die Union, die SPD, Grüne und FDP im Einzelnen vorhaben, zeigt die folgende Übersicht:

CDU/CSU

Die Union kündigt an, mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene und auf die Wasserstraße zu verlagern. Dazu soll in saubere Fahrzeuge und leistungsfähige Infrastruktur investiert werden. Für die Verkehrsverlagerung braucht es einen „langen Atem“, sagte Ulrich Lange, Vize der Unions-Bundestagsfraktion, dem Handelsblatt. Lange forderte eine Optimierung der Planungsverfahren, „sonst kommt es zum Stillstand“. Als Beispiel nannte er weniger Instanzen bei Gerichtsverfahren und den Ausschluss von verspäteten Einwendungen.

SPD

Die Sozialdemokraten wollen bis 2030 mindestens 75 Prozent des Schienennetzes elektrifizieren. Mehr Güterverkehr soll vom Lkw auf die Binnenschiffahrt verlagert werden. Kirsten Lühmann, verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und Aufsichtsrätin der Deutschen Bahn AG, erklärte, es sei wichtig, weiter „zügig“ ins Bahnnetz zu investieren und die Attraktivität zu steigern, „etwa über Gleisanschlussprogramme für Unternehmen und einfache Buchungssysteme für Slots auf dem Netz“. Der Güterverkehr, sagte sie, werde in den kommenden Jahren weiter steigen – „stärker als das System Schiene Kapazitäten hat“.

Grüne

Die Grüne kündigt an, Industrie und Gewerbe wieder verstärkt ans Bahnnetz anzuschließen. Der „ausufernde Lkw-Verkehr“ soll durch eine CO₂-orientierte Maut so reguliert werden, dass die Kosten von den Verursachern getragen werden. S. Kersting, R. Laubach



Annett Meiritz Washington

Als Joe Biden im Frühjahr den Abzug aus Afghanistan ankündigte, versprach der US-Präsident das „Ende von 20 Jahren Blutvergießen“. Nie wieder wollte er Angehörigen des Militärs sein Beileid aussprechen müssen. Doch am Sonntag musste Biden seine bislang schwerste Reise zu trauernden Familien antreten. Auf dem Luftwaffenstützpunkt Dover nahm er die sterblichen Überreste der 13 amerikanischen Soldaten und Soldatinnen in Empfang. Die jungen Männer und Frauen waren am Donnerstag am Kabuler Flughafen getötet worden, als sich ein Selbstmordattentäter in die Luft sprangte. Dazu starben mehr als 170 Afghanen, die sich in der Hoffnung auf Evakuierung vor den Sicherheitsschleusen versammelt hatten.

Am Freitag hatte Washington erstmals einen Luftschlag gegen den afghanischen Zweig des Islamischen Staats (IS-K) verübt. Die Terrorgruppe reklamierte die Attacken in Kabul für sich. Das US-Militär griff am Sonntag nach eigenen Angaben mit einer Drohne ein möglicherweise mit Sprengstoff gefülltes Auto des örtlichen IS-Ablegers in Kabul an. Nach dem Anschlag vom Donnerstag wurde damit möglicherweise ein weiterer schwerer Terrorangriff verhindert. Die Lage vor Ort sei „äußerst gefährlich“, sagte der US-Präsident und kündigte weitere Vergeltungsangriffe an. Zugleich stieg die Gefahr weiterer Anschläge: In der Nacht zum Sonntag verkündete die US-Vertretung, alle Amerikaner in der Nähe des Flughafens sollten das Gelände „sofort verlassen“.

Der endgültige Rückzug des Westens aus Afghanistan läutet jetzt eine neue Phase der Unsicherheit und Angst in Afghanistan ein. Während Großbritannien seine letzte Maschine mit Zivilisten aus Kabul gestartet hat, konzentrierten sich die USA auf den finalen Abzug ihrer Truppen. Rund 5000 Armeemitglieder hatten bislang den Flughafen in der Hauptstadt Kabul gesichert und die Evakuierungen durchgeführt. Bis Dienstag sollen auch sie das Land verlassen haben, laut des Pentagon werden bereits Teile der militärischen Ausrüstung Richtung Heimat verladen.

Afghanistan

Der bittere Rückzug des Westens

Die letzten US-Soldaten verlassen Kabul, die USA fürchten neue Anschläge. Doch die Folgen des Abzugs aus Afghanistan könnten Hunderttausende Menschen zur Flucht treiben.

“

Es ist in ihrem eigenen Interesse, dass wir das Land verlassen und dass wir so viele unserer Leute wie möglich rausholen.

Joe Biden
US-Präsident



Luftbrücke der USA: Nerven zum Zerreißfest gespannt.



bischen Meer aus gestartet werden. Allerdings hält John R. Allen, Präsident von Brookings und früherer ISAF-Befehlshaber, die Pläne für höchst risikant. „Es fehlt eine feste regionale Basis, dazu machen potentielle Überflugbeschränkungen solche Strategien unglaublich herausfordernd, wenn nicht unmöglich“, schrieb er.

Es droht außerdem eine Spirale der Gewalt, die Biden mit seinem Abzug eigentlich stoppen wollte. Die Gefahr durch den afghanischen Zweig des IS wurde bei vielen Anschlägen in diesem Jahr deutlich, unter anderem auf eine Mädchen Schule und eine Entbindungs klinik. Laut Christopher Harnisch, ehemaliger Vize-Koordinator für Terrorismusbekämpfung im US-Außenministerium, sei die Attacke in Kabul nur ein erster Warnschuss des Islamischen Staats in Afghanistan. „Der Angriff war ein riesiger Propaganda-Sieg“, sagte er dem Sender Fox News. „Der eigentliche Zweck bestand darin, potentielle neue Kämpfer zu locken. Sie wollen einen Bürgerkrieg gegen die Taliban und andere Gruppen in der Peripherie anzetteln.“

IS-K entstammt einer Splittergruppe pakistanscher Taliban-Kämpfer, die sich 2015 zusammenschlossen. „Nach dem Rückzug des Westens aus Afghanistan wollen sie ein Vakuum füllen und werden letztendlich versuchen, an die Macht zu kommen“, so Harnisch. Zahlmäßig ist IS-K den Taliban weit unterlegen. Doch laut der UN strömen allein in den vergangenen Monaten Tausende Dschihadisten aus Zentralasien, dem Nordkaukasus, Pakistan und der chinesischen Region Xinjiang nach Afghanistan. Der Terrorexperte Bruce Hoffman von der Denkfabrik Council on Foreign Relations sagte dem Magazin Politico, dass auch Anschläge in den USA drohten. Verbündete zur Terrorabwehr hat Washington jedenfalls nicht mehr vor Ort. Zwar sind die Taliban und der IS verfeindet, das heißt aber nicht, dass die Taliban plötzlich zum verlässlichen Partner der USA werden: Es gibt unzählige Berichte über Taliban, die im ganzen Land Verbündete des Westens aufspüren und foltern oder töten.

Neue Debatte um Flüchtlinge

Die Terrorattacken lassen an Bidens Strategie zweifeln, die Taliban strategisch in die Evakuierungen einzubziehen und sie womöglich offiziell anzuerkennen, sobald die Taliban eine Regierung formen. So waren die Taliban für die Sicherung des Kabuler Flughafens mitverantwortlich, trotzdem konnte der Selbstmordattentäter ungehindert durch mehrere Kontrollpunkte laufen. „Eines ist klar: Wir können den Taliban die Sicherheit der Amerikaner nicht anvertrauen“, warnte der demokratische Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im US-Senat, Bob Menendez. Doch in der Realität halten die USA die Kommunikationskanäle offen. Biden bleibt dabei, es sei „richtig gewesen“, mit den Taliban im Sinne der Evakuierungen zu kooperieren. „Es ist in ihrem eigenen Interesse, dass wir das Land verlassen und dass wir so viele unserer Leute wie möglich rausholen.“

In den USA ist, ebenso wie in Europa, eine Debatte um die Verteilung der afghanischen Flüchtlinge entbrannt. Der linke Flügel der Demokraten im Repräsentantenhaus forderte von Biden, die Obergrenze für Flüchtlinge – derzeit sind es rund 60.000 pro Jahr – mehr als zu verdreifachen. Ex-Präsident Donald Trump schürt Ängste vor einer neuen Flüchtlingskrise und „Hunderte neue Terroristen“ im Land. Auch die EU signalisiert Abschottung. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron sagte, Europa müsse sich „schützen“. Griechenland hat einen Grenzzaun zur Türkei errichtet, um afghanische Migranten abzuschrecken. Die Türkei, die Millionen syrischer Flüchtlinge beherbergt, hat ihre Grenzen mit Mauern, Gräben und Stacheldraht aufgerüstet. Und das am Afghanistan-Einsatz beteiligte Australien hat eine Kampagne gestartet, in der Afghane aufgefordert werden, die gefährliche Seereise gar nicht erst anzutreten. Die UN geht davon aus, dass viele Afghanen voraussichtlich in Nachbarländer fliehen werden – allein in Pakistan leben bereits rund 1,4 Millionen afghanische Flüchtlinge.



Äußenminister unter Druck: Heiko Maas wird angelastet, keine Ausstiegssstrategie für Afghanistan entwickelt zu haben.

Afghanistan-Strategie

Kritik an Maas wird schärfer

Der Außenminister hatte keine Evakuierungsstrategie – das lasten ihm Politik und Bevölkerung an. Rufe nach einem Rettungsplan werden lauter.

Silke Kersting, Dietmar Neuerer
Berlin

Die Bundesregierung steht ange- sichts der Entwicklungen in Afghanistan unter massivem Druck. Die Bundeswehr hat wie viele weitere Staaten ihre Luftbrücke aus Kabul beendet und auch die Amerikaner stehen vor dem Abzug. Doch noch immer versuchen zahlreiche Afghanen und Ausländer, das Land zu verlassen. Deutschland will nun auf anderen Wegen versuchen, schutzbedürftigen Menschen bei der Ausreise zu helfen. Nach der militärischen Evakuierung gehe „unsere Hilfsaktion“ in eine „neue Phase“, sagte Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD).

Nach Aussage von Entwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU) wird weiter „intensiv“ daran gearbeitet, die Ausreise der Ortskräfte und ihrer Familien auf verschiedenen Wegen zu ermöglichen. Gleichzeitig würden Ortskräfte unterstützt, die in Afghanistan aus den verschiedensten Gründen bleiben wollen, etwa zur Pflege von Familienangehörigen, sagte Müller dem Handelsblatt.

Besonders in der Kritik steht Außenminister Maas. Der menschenrechtspolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Michael Brand (CDU), sprach dem SPD-Politiker die Eignung als Außenminister ab. „Heiko Maas wird bald schon Geschichte sein und als schwacher Außenminister in den Geschichtsbüchern stehen“, sagte Brand dem Handelsblatt. „Da wäre schon seit Jahren deutlich mehr strategische Außenpolitik mit Mumm für ein starkes Land wie unseres notwendig gewesen.“

Die Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses im Bundestag, Gyde

Jensen (FDP), sprach von einem „Komplettversagen“ der Bundesregierung und forderte zumindest indirekt Rücktritte. Sie erwarte, dass die zuständigen Minister „in den nächsten Tagen persönliche Konsequenzen aus ihrer koordinierten Verantwortungslosigkeit ziehen“, sagte sie. Erwäge Rücktritte dürften allerdings nicht zu einer schlechteren Ausgangslage für die noch in Afghanistan zurückgebliebenen Menschen führen.

60

Prozent der Deutschen fordern in- zwischen den Rücktritt von Außenminister Heiko Maas (SPD). Bei der SPD sind es 44 Prozent.

Quelle: Cicely im Auftrag des Handelsblatts

Am Freitag hatte das Auswärtige Amt mitgeteilt, dass nach der Rettung von 5347 Menschen aus Afghanistan und dem Ende des Evakuierungseinsatzes der Bundeswehr noch immer rund 300 Deutsche und mehr als 10.000 Afghanen auf Ausreise nach Deutschland warten. Am Sonntag begann der Bundesaußenminister eine viertägige Reise in mehrere Länder, um Gespräche zur künftigen Afghanistan-Politik zu führen.

Der FDP-Bundesvize Wolfgang Kubicki erhob schwere Vorwürfe gegen Maas. „Es ist erschütternd, mit wie wenig Weitblick und mit wie viel Ignoranz die Spitze des Auswärtigen Amtes in dieser Frage vorgegangen ist“, sagte Kubicki. Die Bundesregierung habe

lange die Auffassung vertreten, die Ortskräfte sollten möglichst vielfältig vor Ort bleiben. „Letztlich bedeutete dies aber, dass wir sie dort im Stich gelassen haben“, sagte Kubicki. „Es ist aus moralischer Sicht schämmend.“

Kubicki sprach von einem „Aus-

weis von Hilflosigkeit“ und forderte den Rücktritt von Maas. „Die Men-

schen in Deutschland können erwar-

ten, dass zumindest Heiko Maas als

Außenminister die Konsequenzen aus

dem völligen Desaster zieht und zu-

rücktritt.“ Inzwischen fordern annähe-

rend 60 Prozent der Deutschen den

Rücktritt des Außenministers. Das

zeigt eine repräsentative Umfrage des

Meinungsforschungsinstituts Cicely im

Auftrag des Handelsblatts. Nur 30 Pro-

zent der Deutschen erklärten, der Mi-

nister sollte „eher nicht“ oder „auf kei-

nem Fall“ zurücktreten.

Der Grünen-Außenexperte Jürgen Trittin kritisierte, dass es noch keinen Plan für die Rettung der Verbliebenen gebe, obwohl dies „überlebensnotwendig“ für die Betroffenen sei. „Weil zu spät gehandelt wurde, hängt nun die Rettung am guten Willen der Taliban“, sagte er. Das werde seinen Preis haben. „Es ist schon erschütternd: Das Ver- sagen der Regierung Merkel/Scholz hat Deutschland erpressbar gemacht.“

Es sei nun notwendig, dass sich die

Regierung und ihre Partnerstaaten über

rote Linien in der Verhandlungsfüh-

rung mit den Taliban verständigt, und wie

wenig Weitblick und mit wie viel Ignor-

anz die Spitze des Auswärtigen Amtes

in dieser Frage vorgegangen ist“, sagte

Kubicki. Die Bundesregierung habe

mit Hilfszusagen an die Taliban sich

der Kooperation zu erkaufen.

Homo oeconomicus

Sinnloser Kampf

Die Chancen stehen gut, dass die FDP wieder für eine Bundesregierung vertreten sein wird. Weder für Schwarz-Grün noch für Rot-Grün dürfte es nach den derzeitigen Umfragen reichen. Doch was bedeutet eine Regierungsbeteiligung der Liberalen? Blickt man in die Wahlprogramme, fällt auf: Die FDP ist die einzige Partei, die nicht auf den Staat als Löser aller Probleme setzt. Eine Haltung, die angesichts des eklatanten Versagens des Staates in den vergangenen Jahren bei entscheidenden Themen durchaus berechtigt ist. Auch liegt der Schwerpunkt im Programm der Liberalen allen Vorurteilen zum Trotz nicht bei den Ideen zur Steuer- und Abgabensenkung, sondern bei den nötigen Reformen, um Deutschland zukunftsweisend zu machen: mehr staatliche und private Investitionen, regelmäßige Stress-Tests für eine sichere Energieversorgung, eine Orientierung der Zuwanderung an unseren wirtschaftlichen Bedürfnissen und als Schwerpunkt bessere Bildung. In der Klimapolitik setzen die Liberalen auf ein hartes CO₂-Limit, das über ein umfassendes Emissionshandelsystem eingehalten wird. Wie die Einsparungen realisiert werden, bleibt dem Markt überlassen. Sicherlich besser als die Vorstellung, Politiker könnten den Weg zur CO₂-Einsparung definieren.



Rot-Grün-Rot

Widerstand der Grünen gegen Linksbündnis wächst

SPD und Grüne wollen sich nicht festlegen, mit wem sie am ehesten koalieren würden. Ein Bündnis mit der Linken wird aber immer unrealistischer.

Silke Kersting, Jürgen Klöckner
Berlin

Vier Wochen vor der Bundestagswahl wächst die Kritik der Grünen an der Linken und damit auch an einem rot-rot-grünen Bündnis mit der Partei. „Die Linke ist aus meiner Sicht kein stabiler Partner für eine mögliche Koalition“, sagte der industrie-politische Sprecher der Grünen, Dieter Janecek, dem Handelsblatt.

Janecek sieht dabei nicht nur außenpolitische Hürden für ein Bündnis, wie sie in der Afghanistan-Politik sichtbar wurden. Es gibt zudem ein gegenseitiges Verständnis von Innovation und Markt“, sagte Janecek. „Die Linke ist eine Partei, die aus dem Sozialismus kommt und möglichst hohe Steuern und regulatorische Hürden fordert.“ Das macht Unternehmen Angst und sei nicht mit grüner Politik vereinbar, die Unternehmen auch Freiräume lasse.

Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock kritisierte am Wochenende gegenüber der Funke Mediengruppe, die Linke habe sich „ins Abseits geschossen“, weil sie gegen die Rettungskommission der Bundeswehr für Ortskräfte gestimmt habe.

In der Regel übt sich die Grünen bislang in Zurückhaltung und geben sich schmäler, wenn sie auf ein mögliches Linksbündnis angesprochen wurden. Man wolle keine „Ausschließleritis betreiben“, betonen der Co-Vorsitzende Robert Habeck und Kanzlerkandidatin Baerbock unisono. Zudem will sich die Partei vor etwaigen Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl keiner Option berauben. Dass viele Wähler, darunter vor allem in der Wirtschaft, extrem skeptisch auf ein mögliches Linksbündnis schauen, überzeugt die Grünen nicht.

Lange Zeit schien ohnehin klar, dass es auf ein Bündnis zwischen Union und Grünen hinauslaufen würde. Doch inzwischen ist das Rennen wieder offen. Aus dem Zweikampf ist ein

Dreikampf geworden. Union, SPD und Grüne stehen eng beieinander. Umfragen zufolge wäre auch ein Linksbündnis derzeit rechnerisch möglich – wenn auch unter Führung der SPD, die im Sonntagsrend der „Bild am Sonntag“ mit 24 Prozent drei Prozentpunkte vor der Union und sieben vor den Grünen liegt. Ihr Kanzlerkandidat Olaf Scholz will einer Frage nach dem Bündnis in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ zuletzt mehrmals aus. Nur die Wählerinnen und Wähler trafen diese Entscheidung.

„Es sei allerdings unabdingbar, dass sich die Linke – anders als in ihrem Wahlprogramm – zur Nato bekenne. „Da gibt es aber keine Verwandtschaft zu den Linken, und selbst mit der SPD gäbe es Schwierigkeiten“, sagte Oberreuter. „Wie die Linken mit ihrer einseitigen, eher ideologisch angehauchten Sozialpolitik koalitionsfähig mit Grünen und SPD sein wollen, ist mir auch ein Rätsel“, so Oberreuter.

Vor diesem Rätsel stehen offenbar auch die Grünen. Die Linken müssten sich dazu bekennen, dass der industrielle Kern dieser Republik nicht zerstört werde, sagte der Co-Vorsitzende Habeck mal. Ihm und anderen führenden Grünen ist nur zu gut bewusst, dass der jahrelange Annäherungskurs an die Wirtschaft zunächste wäre, würden die Grünen mit den Linken gemeinsame Sache machen.

Weder Habeck noch Baerbock wurde bislang eine besondere Vorliebe für ein Linksbündnis nachgesagt, und das gilt umso mehr, wenn es unter Führung der SPD gebildet werden müsste – auch wenn in beiden Fällen die Union aus dem Kanzleramt verdrängt werden würde. Bei Rot-Grün-Rot würde auch aus Baerbock keine Regierungschefin werden.

Wahrscheinlicher ist da eine Ampel aus SPD, Grünen und FDP. Wobei es auch bei den Grünen Befürworter eines Linksbündnisses gibt. Ende Juli sprach sich Ricarda Lang,stellvertretende Bundesvorsitzende, für Grün-Rot-Rot aus. Auf die Frage, für wen sie sich entscheide, wenn sie zwischen einer schwarz-grünen Koalition oder einem Linksbündnis unter grüner Führung entscheiden dürfte, sagte sie dem „Spiegel“: „Grün-Rot-Rot, aber mit einer guten Außenpolitik.“

Es kommt nicht darauf an, dass der Staat keine Schulden macht. Es kommt darauf an, wofür er diese Schulden macht. Hier sollte die FDP ihr politisches Kapital einbringen und dafür sorgen, dass nicht Konsum und ideologische Projekte finanziert werden, sondern die Sicherung künftigen Wohlstands. Genug zu tun gibt es.

Daniel Stelter ist Gründer des Forums „Beyond the Obvious“, Unternehmensberater und Autor.

action press

Neue Studie zur Vermögensteuer

Viel Aufwand, wenig Ertrag

Ifo-Präsident Fuest hat die Vermögensteuer untersucht. Ergebnis: eine schwere Belastung für die Unternehmen – und dem Staat bringt sie wenig.

Olaf Scholz ist eigentlich kein Politiker, vor dem sich Unternehmer besonders fürchten. Doch als SPD-Kanzlerkandidat hat er sich eine Forderung seiner Partei zu eigen gemacht, die der Wirtschaft Angst bereitet: Der Vizekanzler plädiert für die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Als Bundesfinanzminister hat Scholz zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in den Jahren 2020 bis 2022 rund 470 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Und im Wahlkampf wird nun diskutiert, wer die Krisenrechnung begleichen soll. SPD, Grüne und Linke schlagen in ihren Wahlprogrammen eine Vermögensteuer vor.

Eine neue Studie des Ifo-Präsidenten Clemens Fuest im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen bestätigt die Sorgen der Wirtschaft. Der Ökonom untersucht die Auswirkungen einer solchen Steuer und kommt zu einem vernichtenden Urteil: Die Vermögensteuer würde großen Schaden anrichten und dem Staat gleichzeitig geringere Einnahmen bescheren als erhofft. „Insgesamt birgt das Projekt der Einführung einer Nettovermögensteuer für Deutschland erhebliche öko-

nomische und fiskalische Risiken“, schreibt Fuest in der 50-seitigen Studie. „Die Kombination aus Ertragsteuern und der neuen Vermögensteuer würde die effektive steuerliche Belastung von Investitionen massiv erhöhen.“

Jahrzehntelang hatte es in Deutschland eine Vermögensteuer gegeben, bis das Bundesverfassungsgericht 1995 in einem Urteil bemängelte, Immobilien würden wegen veralteter Bewertungsmaßstäbe bei der Vermögensteuer deutlich bevorzugt.



Ökonom Fuest:
Studie im
Auftrag der
Stiftung Familien-
unternehmen.

Die damalige Bundesregierung unter Helmut Kohl (CDU) handelte nicht, ab 1997 wurde die Steuer nicht mehr erhoben. In den vergangenen Jahren erlebte die Steuer mit dem Aufkommen einer neuen Ungleichheitsdebatte in Deutschland ein Comeback. Auch die Kosten durch die Coronakrise haben den Ruf nach einer Vermögensteuer wieder lauter erklingen lassen.

Auch wenn ein Steuersatz von einem oder zwei Prozent gering klingt, nach Berechnungen von Fuest würden sie die Unternehmen trotzdem stark belasten. „Die ökonomischen Wirkungen der Einführung von Nettovermögensteuern sind bereits bei gering erscheinenden Steuersätzen erkennbar“. Bei sehr profitablen Investitionen (Rendite 13 Prozent) erhöhe eine Vermögensteuer von einem Prozent die effektive Durchschnittssteuer von rund 30 auf 38 Prozent. Bei weniger rentablen Investitionen (Rendite drei Prozent) steige die Steuerbelastung auf 65 Prozent. Die Stiftung Familienunternehmen, die die Studie in Auftrag gegeben hat, sieht sich in ihrer Abneigung der Vermögensteuer bestätigt. Die SPD will Nettovermögen in zwei Millionen Euro mit einem Prozent besteuern, Vermögen ab einer Milliarde Euro mit zwei Prozent. Zwischen 17 und 24 Milliarden Euro würde die Steuer nach Schätzung des Deut-

Anzeige

DAS ORIGINAL PELOTON BIKE

ULTIMATIVES LIVE CARDIO-TRAINING FÜR ZUHAUSE.

JETZT ZU UNSEREM BESTEN PREIS.

~~2145 €~~

1.495 €

Peloton-Mitgliedschaft (39 €/Monat) separat.

IM PELOTON-STORE GANZ IN DEINER NÄHE
ODER UNTER ONEPELOTON.DE/BIKE

Gewerkschaft

Immer weniger Tarifverträge

Laut einer Verdi-Umfrage sollte der Staat mehr dafür tun, den Abwärtstrend zu stoppen.

Die Stärkung der Tarifautonomie war Bundeskanzlerin Angela Merkel ein wichtiges Anliegen – zumindest fehlte das Bekenntnis in kaum einer ihrer Reden bei Arbeitgebern und Gewerkschaften. Doch wenn die Regierungschefin nach der Bundestagswahl nach 16 Jahren aus dem Amt scheidet, dann fällt die Bilanz auf diesem Feld erüchternd aus. Arbeiteten bei Merkels Regierungsantritt 2005 noch 67 Prozent der Beschäftigten in Westdeutschland und 53 Prozent im Osten in einem Betrieb mit Tarifvertrag, so ist die Quote bis 2020 auf 53 Prozent im Westen und 43 Prozent im Osten gesunken. Und das, obwohl die Große Koalition etwa die Hürden dafür gesenkt hatte, dass die Regierung einen Tarifvertrag für allgemein verbindlich erklären kann.

Nach Ansicht der Bürger sollte die künftige Bundesregierung mehr dafür tun, den Abwärtstrend zu stoppen. In einer Umfrage im Auftrag der Gewerkschaft Verdi bewerteten 86 Prozent der Befragten die abnehmende Tarifbindung kritisch. Bei den Anhängern von SPD und Grünen liegt die Quote bei über 90 Prozent, bei den Anhängern von Union und Linken bei über 80 Prozent.

Für die Umfrage hat das Meinungsforschungsinstitut Kantar Public Anfang Juli 1038 in einer repräsentativen Zufallsauswahl ermittelte Wahlberechtigte telefonisch befragt. Fast zwei von drei Befragten gaben an, dass der Gesetzgeber eingreifen sollte, wenn immer mehr Firmen aus der Tarifbindung aussteigen. 31 Prozent sind der Meinung, dass die Politik den Abschluss von Tarifverträgen Arbeitgebern und Gewerkschaften überlassen sollte.

Die meisten Befürworter einer starken Rolle des Staates finden sich mit Abstand bei Anhängern der Linken, gefolgt von jenen der SPD und Grünen. Von den potenziellen FDP-Wählern halten nur 38 Prozent einen stärkeren Staat für gerechtfertigt. Von den Bürgern, die die Politik aus dem Tarifgeschehen heraushalten wollen, sprechen sich aber 55 Prozent dafür aus, dass der Staat in Ausnahmefällen ein Eingriffsrecht haben sollte. Das gilt etwa für Branchen mit geringer Tarifbindung wie die Pflege oder den Einzelhandel. Kurz vor Ende der Legislaturperiode hatte die Große Koalition ein Gesetz verabschiedet, wonach Pflegekassen ab September 2022 nur noch Altenheime und ambulante Dienste finanzieren dürfen, die nach Tarif zahlen.

Druck auf Firmen bei öffentlichen Aufträgen könnte steigen



Jörg Hofmann

„Wir erleben einen Subventionswettbewerb in Europa“

Der Gewerkschaftschef warnt vor teuren Illusionen bei der Klima-Transformation der Industrie. Er bemängelt Deutschlands schlechte Karten im Standortwettbewerb.

Jörg Hofmann ist besorgt. Der IG-Metall-Chef fürchtet, dass die deutsche Industrie auf dem Weg ins klimaneutrale Zeitalter im Hintertreffen geraten könnte. Und mit ihr die Beschäftigten. Vehement fordert er, die künftige Regierung müsse vor allem eins tun – geeignete arbeitsmarktpolitische Instrumente entwickeln.

Herr Hofmann, Deutschland hat die längste Industrierezession der Nachkriegsgeschichte hinter sich, für dieses Jahr wird wieder Wachstum erwartet. Ist der Industriestandort über den Berg?

Konjunkturrell ja – wenn uns Lieferkettenprobleme nicht noch länger daran hindern, die gute Auftragslage über fast alle Branchen hinweg auch auszuspielen. Bei den strukturellen Fragen bin ich skeptischer.

Sie haben die Lieferschwierigkeiten etwa bei Halbleitern angesprochen. Haben wir uns da zu sehr auf andere Länder verlassen?

Wir erleben gerade einen Hallo-wach-Effekt, welche Relevanz souveräne europäische Wertschöpfungsketten ha-

ben. Auf für die Industrie relevanten Feldern – beispielsweise bei Halbleitern oder Batteriezellen – brauchen wir Wertschöpfung in Europa. Wir müssen uns zudem unabhängiger davon machen, ob im Suezkanal ein Frachter quersteht oder nicht, und auch Wertstoffkreisläufe stärker nutzen – auch um Abhängigkeiten im Bezug von Rohstoffen zu minimieren.

Die Dekarbonisierung und die Digitalisierung sind die großen Herausforderungen für die Industrie von morgen. Was erwarten Sie als Gewerkschafter hier von der künftigen Bundesregierung?

Wir brauchen die richtigen arbeitsmarktpolitischen Instrumente, damit in der Transformation niemand entlassen werden muss. Als IG Metall haben wir das Transformationskuratoriergeld oder die Vier-Tage-Woche in die Debatte eingebracht. Jeder und jede Erwerbstätige sollte auch die Chance haben und es sich finanziell leisten können, im Laufe seines Berufslebens noch eine zweite Ausbildung zu machen.

Was zeichnet aus Ihrer Sicht gute Industriepolitik aus?

Sie sollte dafür sorgen, dass gut florierende Regionen, die heute beispielsweise am Bau von Verbrennungsmotoren hängen, auch weiterhin florieren können – mit neuen nachhaltigen Geschäftsmodellen.

Da fehlt mir etwas die Fantasie ...

Man muss sich anschauen, was man in einer Region Neues aufbauen kann, ohne dass Unternehmen komplett neu investieren oder alle Mitarbeiter umschulen müssen. Firmen aus der klassischen Komponentenfertigung für Motoren könnten etwa Kühlsysteme für Batteriezellen bauen oder sich im wachsenden Recyclingmarkt engagieren. Wenn wir Beschäftigung sichern wollen, muss an den Standorten investiert werden, an denen alte Produkte und Dienstleistungen auslaufen – und nicht in Niedriglohnländern. Das verlangt von den Unternehmen, sich der Verantwortung für die Standorte und die dort Beschäftigten zu stellen.

Und wenn andere Länder bessere Investitionsbedingungen bieten?

Wir erleben einen immensen Subventionswettbewerb in Europa. Osteuropäische Länder fördern beispielsweise

Vita

Der Gewerkschafter
Der Schwabe Jörg Hofmann ist seit Oktober 2015 Erster Vorsitzender der IG Metall, der mit 2,2 Millionen Mitgliedern die größten deutschen Gewerkschaften. Der 65-Jährige ist SPD-Mitglied und sitzt im Aufsichtsrat von Bosch und Volkswagen.

Der Berater
Der Ökonom ist Berater der Bundesregierung, etwa als Mitglied im Lenkungskreis der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität oder bei der Plattform Arbeiten 4.0 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

IG Metall / Frank Rumpenhorst

Handelsblatt

MONTAG, 30. AUGUST 2021, NR. 166

Handelsblatt

MONTAG, 30. AUGUST 2021, NR. 166

über steigende Benzinpreise auf. Brauchen wir mehr Ehrlichkeit?

Wenn man die CO₂-Bepreisung im Verkehr will, kann man nicht gleichzeitig sagen, dass niemand daraus Nachteil haben soll. Denn sonst nehme ich jede Lenkungswirkung. Richtig ist, darüber nachzudenken, wie wir den Elektroantrieb noch schneller in die Breite bringen und es schaffen können, die Bestandsflotte schneller zu verjüngen.

Brauchen wir eine Abwrackprämie?

450
Milliarden Euro

muss Deutschland bis 2030 investieren, um nicht im Standortwettbewerb zurückzufallen, so Ökonom.

Quelle: Handelsblatt

Die heutige Subventionierung wird irgendwann auslaufen und durch ein neues Instrument ersetzt werden müssen. Wir brauchen ein Instrument, das den Umstieg auf die E-Mobilität auch bei Menschen, die weniger verdienen, beschleunigt.

Damit Deutschland im Standortwettbewerb nicht zurückfällt, halten Ökonomen bis 2030 staatliche Investitionen in Höhe von 450 Milliarden Euro für erforderlich.

Diese Rechnung stammt aus einer

Zeit, als wir noch nicht die neuen Klimavorgaben hatten. Ich würde den Bedarf heute eher bei 500 Milliarden und mehr sehen. Deshalb muss die Schubdenbremse korrigiert werden. Und es ist auch nicht Zeit für Steueralstungssprogramme für Hochverdiener und Kapitalgesellschaften, wie einige Parteien es fordern.

Herr Hofmann, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Frank Specht.

Anzeige

Weil die Straße keine gute Adresse ist.

Die Gründe und Schicksalsschläge, die zu Obdachlosigkeit führen, sind vielseitig. **HOME STREET HOME** unterstützt obdachlose Menschen auf ihrem Weg zurück in ein selbstbestimmtes Leben.

Mehr Infos zur Initiative unter homestreethome.de

Eine Kooperation von

Immo Scout24

ONE WARM WINTER

Serie: Das bessere Wachstum

Südkoreas New Deal

Mit mehr als 100 Milliarden Euro an Investitionen will die Regierung das Land zum Weltmarktführer bei Akkus und Chips aufzubauen. Es geht dabei um weit mehr als nur Innovations- und Wachstumspolitik.

Martin Kölling Tokio

Südkoreas Präsident Moon Jae In hat den Ort für Koreas Angriff auf den Autoakku-Markt mit Sinn für Symbolik ausgesucht. Seine K-Battery-Strategie stellt er Anfang Juli in der größten Fabrik des Batterieherstellers LG Energy Solutions vor. „Unser Land will bis 2030 ein globales Kraftzentrum der Batterieproduktion werden“, verspricht Moon den Vertretern von Südkoreas Batterieindustrie im Publikum.

40 Billionen Won (rund 30 Milliarden Euro) will der Staat in die heimische Batterieindustrie investieren, davon die Hälfte als Zuschüsse für neue Werke. Und Südkoreas Industrie zieht mit. Gastgeber LG Chem, dem LG Energy Solutions gehört, kündigt zur Feier des Tages an, 15,1 Billionen Won in den Aufbau eines Batterie-Hubs zu investieren.

Die Chefs der lokalen Akkuriwälde Samsung SDI und SK Innovation applaudieren. Es wird erwartet, dass sie mit ähnlichen Investitionen nachziehen. Denn die K-Battery-Initiative ist Teil eines noch ambitionierteren Entwicklungsplans, des „Korean New Deals“.

Das historische Vorbild hatte die USA aus der Weltwirtschaftskrise vor dem Zweiten Weltkrieg geführt – zu neuen Höhen. Moon will die Corona-Krise „in eine Gelegenheit“ verwandeln, um die zehntgrößte Volkswirtschaft in der Nach-Corona-Welt zum Weltmarktführer bei Akkus, Chips, Mobiltechnik und Umwelttechnologien aufzubauen. „Mit innovativen Risikofirmen und Start-ups als Hauptantriebskräfte wird Korea zu einem digitalen Powerhouse“ aufsteigen, das die Welt anführt“, so seine Vision.

Das Programm findet international Beachtung. Moon stellt immerhin ins-



Das bessere Wachstum

Serie: Weltweit wollen Staaten ihre Wirtschaft nach der Corona-Pandemie digitaler und grüner, widerstandsfähiger und gerechter gestalten. Beispiellose staatliche Investitionen sollen dies ermöglichen. Das Ringen um ein besseres Wirtschaftswachstum wird dieses Jahrzehnt prägen. Das Handelsblatt zeigt, mit welchen Ideen Länder Wachstum verbessern wollen – und was Deutschland inspirieren könnte.

gesamt Investitionen in Höhe von 160 Billionen Won (117 Milliarden Euro) in Aussicht, acht Prozent von Südkoreas Bruttoinlandsprodukt. Allein bis 2025 sollen 900.000 Jobs geschaffen werden. Und der Präsident läutete damit eine industriepolitische Wende ein.

Der New Deal stelle nach Jahren kurzfristiger Konjunkturprogramme „den Wechsel in eine positive politische Richtung hin zu langfristigen Investitionsprojekten dar“, sagt Kathleen Oh, Korea-Volkswirtin der Bank of America. Und Randall Jones, der Chef des Japan/Korea Desks bei der OECD, sieht im New Deal des Landes „ein starkes Fundament für die Nach-CoVid-19-Welt“.

Das Besondere ist, dass die Regierung nicht allein auf die Macht des Staats vertraut. „Die koreanische Version des New Deals zeichnet sich dadurch aus, dass sie von der Regierung geführt wird, aber private Investitionen fördert“, erklärt das Korea Institute of Economic Research in einer Analyse. Die Großkonzerns stehen national in der Pflicht, mit Investitionen in Fabriken und Start-ups zu helfen.

Die deutsche Wirtschaft, die schon jetzt mehr nach Südkorea als ins größere Japan exportiert, hofft, von der Strategie profitieren zu können. „Da könnten sich Chancen für Kooperationen bieten“, meint Martin Henkelmann, der Chef der deutschen Auslandshandelskammer in Korea.

Deutschland und Korea hätten starke Industriebereiche, die teilweise konkurrierten, sich aber auch oft ergänzten. „Es ist faszinierend wie die Koreanerinnen und Koreaner die Zukunft willkommen heißen und neue Technologien annehmen.“

Die enge Kooperation zwischen Staat und den Familienkonzernen des Landes hat schon Südkoreas Auf-



Vertreter von Samsung und Hyundai, Präsident Moon Jae In: Rund 30 Milliarden Euro will Südkorea in die heimische Batterieindustrie investieren. © EPA/Jiji Press



LG Chem Batterien: Kampf mit asiatischen Rivalen um die Weltmarktführung. © 2021 Bloomberg Finance LP

Südkorea will Halbleiterschmiede der Welt werden

Die größten Halbleiterproduzenten weltweit nach Marktanteil 2020 in Prozent

		Südkoreas Weltmarktanteil 2020: 18,4%
1. Intel	USA	15,6 %
2. Samsung	Südkorea	12,4 %
3. SK Hynix	Südkorea	5,5 %
4. Micron	USA	4,7 %
5. Qualcomm	USA	3,8 %
6. Broadcom	USA	3,4 %
7. Texas Instrum.	USA	2,9 %
8. Mediatek	Taiwan	2,4 %
9. Kioxia	Japan	2,3 %
10. Nvidia	USA	2,2 %

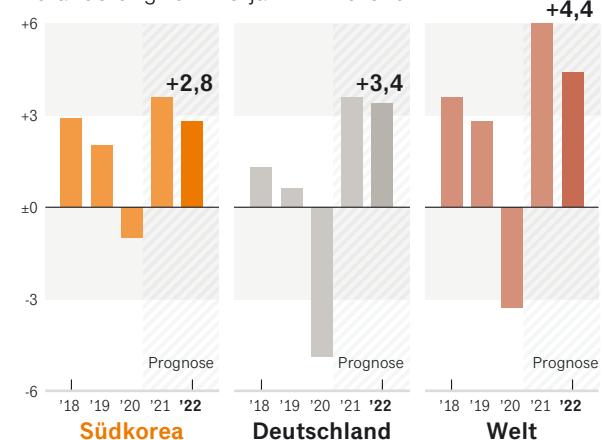
HANDELSBLATT

Anteil der Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt 2019 in Prozent

		Südkoreas Weltmarktanteil 2020: 18,4%
1. Israel		4,9 %
2. Südkorea		4,6 %
3. Taiwan		3,5 %
4. Japan		3,2 %
5. Deutschland		3,2 %
6. USA		3,1 %
7. OECD		2,5 %
8. China		2,2 %
9. Frankreich		2,2 %
10. EU-27*		2,1 %

*2020 • Quellen: Gartner, OECD, Statistikbehörde Südkorea, NIPA, Korea Semiconductor Industry Association, IWF

Reales Bruttoinlandsprodukt
Veränderung zum Vorjahr in Prozent



In der Chipindustrie sind die Ziele ähnlich ambitioniert mit dem K-Halbleiter-Plan. Gejagt von globalen Rivalen wollen Samsung und SK Hynix ihre Gewinne aus der Speicherchipherstellung nutzen, um die Auftragsproduktion von Chips (Foundries) und die Entwicklung von Systemchips auszubauen. Der Staat will ihnen nun helfen, dem bisher größten Anbieter im Foundry-Markt, TSMC aus Taiwan, sowie dem Wettbewerber Intel aus den USA Marktanteile abzunehmen. Die Regierung hofft, bis 2030 Südkoreas Chipexporte auf 200 Milliarden Dollar zu verdoppeln.

Darüber hinaus setzt die Regierung massiv auf die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Als kleines Land mit nur 51 Millionen Einwohnern ist Südkorea gegenüber Riesen wie China oder den USA im Nachteil, denn gute Ergebnisse werden derzeit erreicht, wenn die Künstliche Intelligenz aus riesigen Datenmengen lernen kann. Das wichtigste Projekt für den Aufbau des „digitalen Kraftwerks“ ist deshalb der „Data Dam“, der Datenstaumwand.

Die Regierung will eine nationale Architektur aufbauen, die im öffentlichen und privaten Sektor generierten Daten sammelt, standardisiert und dann Wissenschaft und Wirtschaft zur Auswertung durch KI zur Verfügung stellt. So sollen in Verknüpfung mit Koreas Internettwirtschaft neue Geschäftsideen geboren und die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen verbessert werden.

Zwischen Risiko und großer Hoffnung

Der Erfolg des New Deals ist aber keineswegs garantiert. Volkswirtin Oh weist darauf hin, dass bisher Details über die Investitionsförderung privater Unternehmen sowie die versprochene Schaffung neuer gesetzlicher Regeln für die neuen Industrien fehlen. Außerdem sorgt sie sich, ob der Staat die versprochenen Investitionen auch bei steigender Schuldenlast weiter tätigt.

„Wir werden keine Mühen scheuen, Start-ups zu unterstützen, damit sie sich zu internationalem Einkommen entwickeln können“, verspricht deshalb das Ministerium für Wissenschaft und Informations- und Kommunikationstechnologie. Mit Bezugnahme auf Umwelt und Digitalisierung sowie regionaler Entwicklung weist der koreanische New Deal Parallelen zum europäischen Wiederaufbaufonds auf. Die wichtigsten Bereiche sind Akkus, Chips und Künstliche Intelligenz.

Weltmarktfantasien bei Akkus, Chips und KI

In der Akku-Welt kämpft LG Chemical schon seit Jahren mit chinesischen und japanischen Rivalen um die Weltmarktführung. Auch die anderen lokalen Batteriehersteller wollen vom Boom durch die Autobatterieproduktion profitieren. „Der weltweite Batteriemarkt hat sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt“, sagte Moon im Juli. „Es wird erwartet, dass der Markt bis 2025 den Markt für Speicherchips übertreffen wird.“

Bis 2030 rechnet die Regierung mit einem Umsatzvolumen von 350 Milliarden US-Dollar – und hofft, dass koreanische Hersteller 40 Prozent ausmachen. Entsprechend engagiert gehen die koreanischen Hersteller nun intern und auf dem Weltmarkt auf Partnersuche. LG Energy Solution und SK Innovation haben bereits angekündigt, insgesamt 14 Milliarden Dollar in die Batterieherstellung in den USA zu investieren. In Korea werden Bünde mit Hyundai geschlossen.

Aber viele Experten geben dem New Deal durchaus Erfolgsschancen, zumal Südkorea relativ glimpflich durch die Coronakrise kam. Für 2021 erwartet das Land vier Prozent Wachstum. Die hohen Investitionen in die neuen Infrastrukturen würden die Wertschöpfung steigern, meint Oh. Und mehr struktureller Wandel hin zu einer stärker digitalisierten und auf niedrige CO2-Emissionen ausgerichteten Wirtschaft. LG Energy Solution und SK Innovation haben bereits angekündigt, insgesamt 14 Milliarden Dollar in die Batterieherstellung in den USA zu investieren. In Korea werden Bünde mit Hyundai geschlossen.

Corona-Wiederaufbaufonds

Polen und Ungarn warten auf ihr Geld

Die EU-Kommission konnte sich noch nicht dazu durchringen, Corona-Hilfen an die beiden Länder auszuzahlen.

In den vergangenen Monaten reiste EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kreuz und quer durch die Hauptstädte der EU-Länder und verteile Geld aus dem Wiederaufbaufonds. Die Botschaft war eindeutig: Jetzt wird angepackt, aufgebaut, transformiert. Die insgesamt 800 Milliarden Euro sollen dem Einbruch der Wirtschaft durch Corona entgegenwirken und den Kontinent gleichzeitig digitaler und klimafreundlicher machen. Einige der Überabreiter stehen aber noch aus. Und mindestens zwei davon werden für Ursula von der Leyen unangenehm: Polen und Ungarn warten weiter auf ihr Geld.

„Die Regierungen in Ungarn und Polen werden Druck bekommen, das Geld abzuholen“, sagt der CSU-Abgeordnete Markus Ferber. „Alle Länder haften ja für die anderen mit. Darum lässt es sich kaum rechtfertigen, nicht auch von dem Geld zu profitieren.“ Die Summen sind gewaltig: Ungarn hat 7,2 Milliarden Euro an Zuwendung beantragt. Das wären fünf Prozent des jährlichen BIP. Verteilt auf einen Auszahlungszeitraum von sechs Jahren würde das Land 0,8 Prozentpunkte Wachstum geschenkt bekommen. In Polen ist der Effekt sogar noch größer.

Das Land will 36 Milliarden Euro haben, davon 12,1 Milliarden als Kredit. Kommt das Geld, macht es jährlich 1,2 Prozent des BIP aus. „Die direkte ökonomische Auswirkung wäre enorm“, sagt der Ökonom Zsolt Darvas von der Denkfabrik Bruegel. „Die indirekten Folgen wären aber noch stärker: Die Märkte könnten reagieren und die Zinsen für Staatsanleihen steigen lassen.“ Dann, so Darvas, könnte der Streit mit Ungarn eskalieren, Polen könnte sogar anstreben, die EU zu verlassen.

Länder müssen Investitionspläne vorlegen

Daran will man in der EU-Kommission nicht schuld sein. Es muss also Geld gegeben für Polen und Ungarn. Jedes Land sollte einen Plan vorlegen, wie es investieren will. Gerade Polen und Ungarn sind damit spät dran. „Bisher gibt es nur Ideenskizzen“, sagt Ferber. In der Kommission heißt es offiziell, man arbeite eng mit den Regierungen zusammen, um „möglicherweise offene Fragen zu klären und zusätzliche Informationen zu bekommen“. Worum es dabei genau geht, will man nicht sagen.

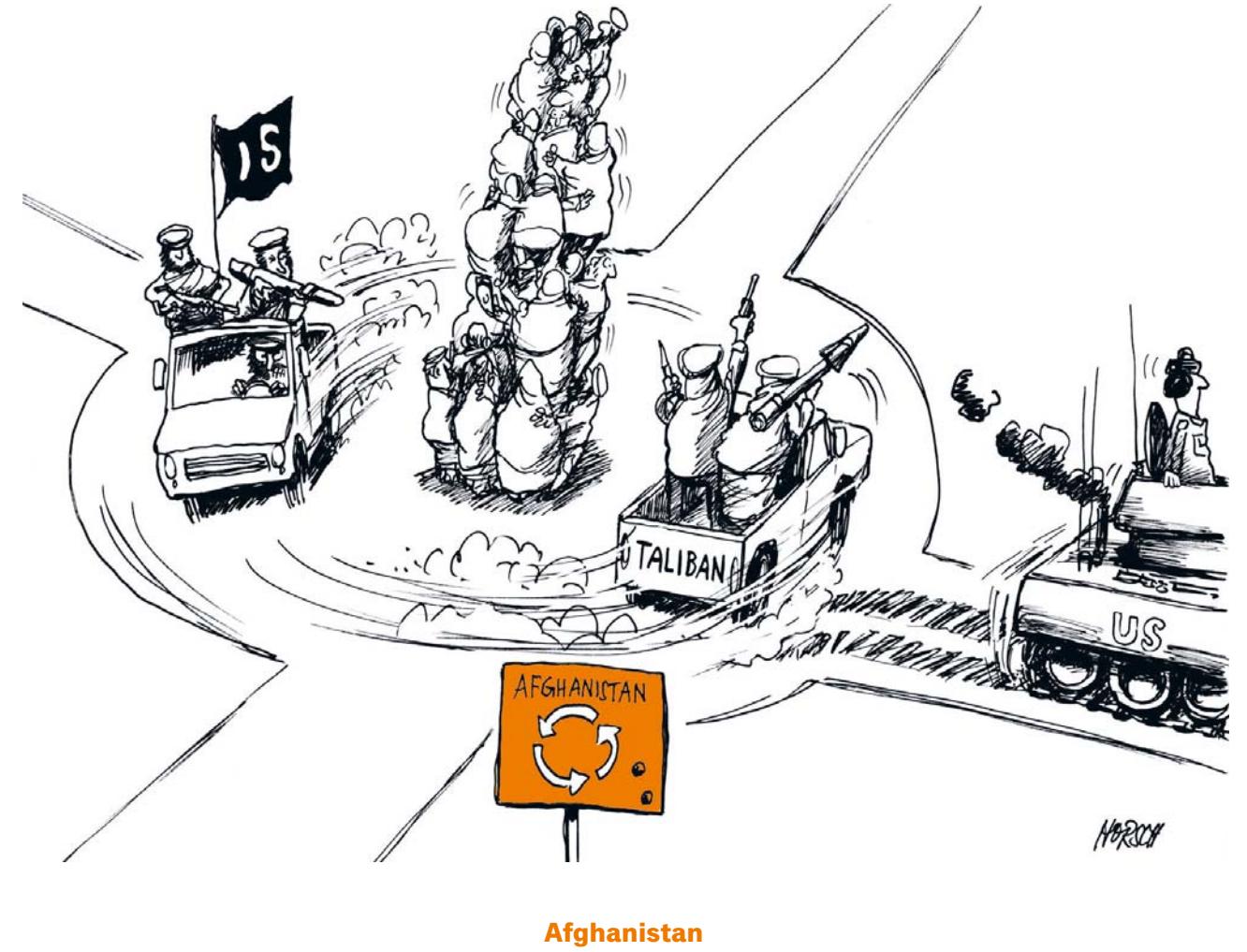
Der Grünen-Abgeordnete Daniel Freund sagt: „Wenn Ungarn Geld aus dem Wiederaufbaufonds kriegen soll, müssen damit sehr konkrete Zusagen verknüpft sein, die das Land wieder an Europa heranführen.“ Unter den gegenwärtigen Bedingungen sollte Ungarn seine Meinung nach gar keine Mittel aus Brüssel bekommen, auch nicht für Landwirtschaft und Strukturförderung. „Die Korrelationsrate in Ungarn ist zehn Mal so hoch wie im Rest der EU“, sagt er. „Es gibt nachgewiesene Betrugsfälle, an denen Orbán Vater beteiligt war, sein Schwiegersohn, sein Schulfreund.“

Konservative und Liberale sehen im Wiederaufbaufonds ein einmaliges Projekt, das nicht als Vorbild für eine weitere gemeinsame Verschuldung herhalten soll. Der Grund dafür sind nicht die Probleme mit Ungarn und Polen, eher geht es um die grundsätzliche Überzeugung, dass die EU die falsche Ebene ist, um Schulden aufzunehmen.

Grüne und Sozialdemokraten sehen das anders. „Wir wollen in 30 Jahren klimaneutral sein“, sagt Freund. „Dafür brauchen wir Investitionen. Darum ist eine gemeinsame Verschuldung auch weiter sinnvoll.“ Christoph Herwartz



Ursula von der Leyen: Die EU kann ihren Mitgliedstaaten Gelder kürzen.



Der Terror hat wieder eine Basis

Vor 20 Jahren begann der Feldzug gegen den Terrorismus. Nun endet er in einer schmachvollen Niederlage.

Der 20-jährige Einsatz des Westens in Afghanistan endet, wie er begonnen hat: mit Terror und Vergeltung. Nachdem US-Präsident Joe Biden Rache für das Bombenattentat am Flughafen Kabul geschworen hatte, soll eine US-Drohne einen Drahtzieher des Anschlags getötet haben. Es war einer der blutigsten Tage der USA in Afghanistan. 13 US-Soldaten und 170 Zivilisten sind tot.

Aber nicht nur Biden steht unter Druck. Der Anschlag hat den Schleier weggerissen, mit dem auch die Europäer versucht haben, ihr Scheitern in Afghanistan zu bemänteln. Selbst sein Minimalziel hat der Westen nicht erreicht: zu verhindern, dass am Hindu-Kusch erneut ein Rückzugsgebiet für Terroristen entsteht. Im Herbst 2001 zog Amerika aus, um den Terror zu besiegen. Das Ergebnis ist eine schmachvolle Niederlage, die weit über die Region hinausstrahlen wird. Die erfolgreiche Vertreibung der Weltmacht und ihrer Bündnispartner bestärkt Fundamentalisten in aller Welt in ihrem Glauben, das unaufhaltsame Werk Gottes zu verrichten. Im Nahen Osten, in Afrika, in Südostasien feiern Islamisten den Triumph der Taliban daher wie ihren eigenen.

In Afghanistan sind die Aussichten für die neue Generation von Extremisten besonders günstig. Selbst wenn die Taliban dem Terrorismus abschwören – es wird ihnen kaum gelingen, das Land zu kontrollieren. Andere Gruppen stehen bereit, die Marktlücke für terroristische Wahnvorstellungen zu füllen. Der Dschihadismus wird in Afghanistan eine Basis finden, von der aus neue Anschläge geplant werden können.



Das Modell Jemen und Somalia soll künftig auch in Afghanistan zur Anwendung kommen – Krieg per Fernsteuerung.

Moritz Koch

Trotzdem behauptet Biden, Amerika habe sein Kriegsziel erreicht: Al-Qaida sei zerschlagen. Der verzweifelte Versuch, den fluchtartigen Abzug in einen militärischen Erfolg umzudeuten, ist jedoch nur Ausdruck der Ratlosigkeit. Es spielt keine Rolle, unter wessen Banner sich Terroristen sammeln, entscheidend sind ihre ideologischen Ziele, ihre Mordlust und die Möglichkeiten, um sie auszuleben.

Die Terrorsekte Islamischer Staat (IS) hat das Erbe von al-Qaida angetreten, sie ist noch radikaler, noch gewalttätiger als die Bande, die einst Osama bin Laden um sich scharte. Nach der Zerschlagung ihres Kalifats in den Staatsruinen Syriens und des Iraks lag der IS am Boden, er verlor seine Anziehungskraft auf Rekruten. Nun kann er zu neuer Stärke finden und dürfte auch im Westen wieder Kämpfer inspirieren. Ja, die Taliban und der IS sind verfeindet. Doch darauf zu vertrauen, dass die Taliban dem Westen die Terrorbekämpfung abnehmen, wäre furchtbar naiv. Zumal das hat Biden erkannt. Er setzt auf Drohnen, Marschflugkörper und Spezialkräfte, um die Terrorgefahr in Schach zu halten.

Das Modell Jemen und Somalia soll künftig auch in Afghanistan zur Anwendung kommen – Krieg per Fernsteuerung. Vielleicht wird diese Strategie zusammen mit den verbesserten Sicherheitsmaßnahmen in den USA und in Europa ausreichen, ein zweites 9/11 zu verhindern. Doch Biden geht ein hohes Risiko ein, um sein Wahlkampfversprechen, die Truppen heimzuholen, zu erfüllen. In jedem Fall, und das ist der Kern der Tragödie in Afghanistan, ist der neue Zustand nicht besser, sondern ein Vielfaches schlechter als der Status quo ante – die Lage vor Anordnung des Abzugs der US-Truppen. Den USA

war es in den vergangenen Jahren gelungen, die Hauptlast des Kampfs gegen die Taliban auf afghanische Regierungstruppen abzuwälzen und sich weitgehend auf eine Unterstützungsrolle zurückzuziehen.

Daher ist es irreführend, wenn Biden, wie am Donnerstag erneut, von einem 20-jährigen Krieg spricht. Die Intensität der Intervention war zuletzt erheblich gesunken, nicht mehr vergleichbar mit früheren Phasen des Militäreinsatzes. Und doch ermöglichte die amerikanische Minimalpräsenz, zumindest in den urbanen Zentren des Landes, relative Stabilität. Frauen konnten studieren und arbeiten, Mädchen zur Schule gehen. Erst als klar wurde, dass die Amerikaner mit ihrer Ankündigung Ernst machen würden, ihre gesamten Truppen abzuziehen, kollabierte die Kampfmoral der afghanischen Armee.

Das Ende der strategischen Geduld in Washington hat Folgen für Europa, deren Dimensionen sich erst erahnen lassen. Für Amerika ist Afghanistan weit weg, für Europa nicht. Schon jetzt beginnt die Debatte um die Aufnahme von Flüchtlingen, und der eigentliche Migrationsstrom wird erst noch kommen.

Die EU ist darauf ebenso wenig vorbereitet wie auf die wachsende Terrorgefahr. Dabei ist die Erkenntnis, dass sich Europa nicht mehr blind auf Amerika verlassen kann, schon lange nicht mehr striktig. Doch geschehen ist so gut wie nichts. Europa scheitert an sich selbst, und das wiegt noch schwerer als das Scheitern in Afghanistan.

Der Autor ist Büroleiter in Brüssel. Sie erreichen ihn unter: koch@handelsblatt.com

Lkw-Staus auf den Autobahnen

Bürger zahlt für Effizienz

Der Steuerzahler trägt die Kosten des Just-in-time-Mantras.



Die Große Koalition hat es versäumt, für einen fairen Kostenausgleich zu sorgen.

Christoph Schlaudtman

Die geniale Idee kam aus Japan, genauer gesagt von Toyota, und zwar mitten in der Ölkrise 1973: keine teuren Lagerstätten, keine Zulieferteile in den Werksregalen, keine überschüssigen Bestellmengen, die später niemand mehr gebrauchen kann. Damit die eilige Fracht direkt ans Produktionsband wandert, hat der Lieferanten-Lkw exakt zum gewünschten Zeitpunkt an der Laderampe anzudocken. Lagerhallen? Bestenfalls noch ein Ort für Galerien oder Diskotheken.

Den weltgrößten Autobauer machte „just in time“ derart erfolgreich, dass der Westen das Konzept mit Freude kopierte. Eisenbahn- und Binnenschiffstransporte wurden abbestellt, weil sie sich für zeitgenaue Lieferungen kaum eignen. Seither rühmen sich auch deutsche Konzerne, mit welchem Schwung sie ihre Kapitalbindung in den vergangenen Jahren reduzierten. Ein mit viel Geld aufgebautes Warenlager, vermutlich noch finanziert durch eine gierige Bank, bedeutet seither für jeden Finanzchef den sicheren Karriereknick.

Das alles könnte eine wunderbare Erfindung sein, müsste nicht die Allgemeinheit dafür zahlen. Weil Deutschland seine Firmenlager faktisch auf die Autobahn verlegte, regiert auf bundesdeutschen Fernstraßen nun der Stillstand. Endlose Lkw-Schlangen verstopfen seit dem Ende des Corona-Lockdowns wieder täglich in Zweierreihen die Hauptverbindun-

gen zwischen Deutschlands Industriezentren.

Gerechnet in verlorener Arbeitszeit verursachen die Staus nach Einschätzung von Wissenschaftlern jährlich mindestens 60 bis 100 Milliarden Euro Zusatzkosten. Der wirkliche Schaden ist noch viel höher. Die jährlich fast 3,8 Milliarden Tonnen an Lkw-Gütern haben das deutsche Autobahn- und Brückennetz derart ruiniert, dass endlose Bausstellen zu Umwegen zwingen, deren Zusatzverkehr die Schäden noch vergrößert. Die Autobahnparkplätze, in Wahrheit längst ein öffentlich finanziertes Ersatz für die eingesparten Lagerhallen, quellen über, der ungeheure Schadstoffausstoß schädigt die Umwelt. Doch die Firmeneinnahmen aus dem Gütertransport wandern nach Osteuropa, wo aus Billiganbieter den deutschen Brummifahrern per Dumping das Geschäft verhageln.

Damit hat die Große Koalition nicht nur bei der Verkehrswende versagt, indem sie zuließ, dass der Lkw-Anteil am Transportaufkommen auf einen Rekordwert von über 85 Prozent kletterte. Sie hat es auch verschlafen, durch eine höhere Maut, wirksame Anti-Dumping-Regeln oder eine angemessene Schadstoffabgabe für einen fairen Kostenausgleich zu sorgen.

Der Autor ist Redakteur. Sie erreichen ihn unter: schlaudtman@handelsblatt.com

Außenansichten

SonntagsZeitung

Die Schweizer „Sonntagszeitung“ kommentiert die Politische Lage nach dem Abzug in Afghanistan:

„Für das Versagen der USA in Afghanistan ist der grauenhafte Selbstmordanschlag vom Donnerstag ein Fanal. Er tötete nicht nur 13 US-Soldaten und etwa 200 Afghanen und Afghanen. Im Feuerball vor dem Abbey-Tor explodierte auch die Illusion, die Supermacht sei noch in der Lage, auf der Welt nach dem Rechten zu sehen. Die USA mögen nicht mehr (...). Kein US-Präsident ist mehr in der Lage, eine außenpolitische Strategie zu entwerfen, die über den nächsten Wahltermin hinausdenkt. Aus demselben Grund ist die teure US-Sicherheitspolitik längerfristig nicht mehr zu finanzieren. Zum Beispiel will die Biden-Regierung Billionen Dollar für Soziales und den Klimaschutz ausgeben, die unweigerlich Kürzungen im Verteidigungsbudget nach sich ziehen werden. Die jammervolle Niederlage von Kabul spiegelt daher mehr wider als bloß ein Zurückpendeln zum Isolationismus.“

THE SUNDAY TIMES

Auch die britische „Sunday Times“ beschäftigt sich mit den Folgen des Bombenanschlags in Kabul:

„Der Bombenanschlag am Flughafen in Kabul war ein feiger Angriff auf muslimische Mitbürger, die einen sicheren Ort suchten. Viele von ihnen Frauen und Kinder, die neben einem offenen Abwasserkanal in den Tod gingen. Auch amerikanische Soldaten verloren ihr Leben, weil sie versuchten, einen chaotischen Rückzug zu überwachen. Keine noch so erfolgreichen US-Drohnenangriffe auf die Isis-K-Terroristen, die für diese Gräuelat verantwortlich sind, können dieses Grauen wettmachen. In der vergangenen Woche war auch zu erleben, wie US-Präsident Joe Biden in einer peinlichen Ansprache an die Nation darauf beharrte, dass seine Strategie richtig sei. Sein größter Vorteil bei den Präsidentschaftswahlen im November letzten Jahres war, dass er nicht Donald Trump war. Es sieht ganz danach aus, dass dies sein einziger Vorteil war, dem viele Nachteile gegenüberstehen.“

Koalitionsoptionen nach der Bundestagswahl

Das Duell, das keines ist

Als Wahlsieger ist man in Deutschland noch lange nicht Kanzler.



Entscheidend ist, wer die realistischere Aussicht auf ausreichend starke Bündnispartner besitzt.

Christian Rickens

Scholz vor Laschet? Oder doch Scholz vor Scholz? Auf diese Frage konzentrieren sich im Moment die Debatten rund um die Bundestagswahl. Derzeit sehen die meisten Umfragen die beiden Parteien und ihre Spitzenkandidaten Kopf an Kopf, einige gar einen leichten Vorsprung für Olaf Scholz und die SPD.

Wer am 26. September die Nase vorn hat, wird sich zwar als Wahlsieger feiern lassen. Doch ob er auch ins Kanzleramt einzieht, hängt weniger von seinem Stimmenanteil als von seinen Koalitionsoptionen ab.

In Deutschland gibt es anders als in manchen anderen Staaten keinen formalen Auftrag zur Regierungsbildung für den Kandidaten der stärksten Partei. Alle Parteien können nach der Wahl zeitgleich miteinander über mögliche Koalitionen sprechen. Erst wenn es wahrscheinlich erscheint, dass ein Kandidat eine absolute Mehrheit der Abgeordneten hinter sich versammeln kann, schlägt ihn der Bundespräsident dem Bundestag für die Wahl zum Bundeskanzler vor.

Entscheidend ist also, wer die realistischere Aussicht auf ausreichend starke Bündnispartner besitzt. Da hat nach derzeitigem Stand der Umfragen Unionskandidat Armin Laschet einen klaren Vorteil: Eine Jamaikakoalition mit Grünen und FDP hat eine sichere absolute

Mehrheit, und keiner der potenziellen Partner hat diese Variante bislang ausgeschlossen. Vor allem FDP-Chef Christian Lindner wäre eine solche Koalition deutlich lieber als eine „Ampel“ mit SPD und Grünen, die ebenfalls eine absolute Mehrheit hätte.

Wenden könnte sich das Blatt aber durch eine absolute Mehrheit für Rot-Rot-Grün, die inzwischen laut einigen Umfragen knapp möglich erscheint. Dann hätte Scholz eine zweite Koalitionsoption und könnte Lindner unter Druck setzen: Entweder der FDP-Chef überwindet seine Abneigung gegen die Ampel und regiert gemeinsam mit SPD und Grünen. Oder Scholz lässt sich von Linkspartei und Grünen zum Kanzler wählen, und die FDP landet wieder in der Opposition – was die Liberalen um jeden Preis vermeiden möchten.

Wohlgemerkt: All diese Bündnisüberlegungen haben wenig damit zu tun, ob Laschet oder Scholz am Wahlabend vorn liegt. Kanzlerrelevant wird dies nur bei einer Neuauflage der Großen Koalition, dann wahrscheinlich mit der FDP oder den Grünen als zusätzlichem Koalitionspartner. Lediglich in dieser Konstellation könnte der Spitzenkandidat der stärksten Partei auch tatsächlich das Prinzip für die Kanzlerschaft beanspruchen.

Der Autor ist Textchef. Sie erreichen ihn unter: rickens@handelsblatt.com

la Repubblica

Zur Aufholjagd des SPD-Kandidaten Olaf Scholz vor der Bundestagswahl schreibt die italienische Zeitung „La Repubblica“

„Er solle nicht so „schlumpfig“ grinsen, hatte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder damals gesagt. (...) Es war Märs, und Olaf Scholz von den Sozialdemokraten sah aus wie ein chancenloser Kandidat für das Kanzleramt in Berlin. (...) Wenig später kam ein tragischer Hochwassersommer in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen. Für den SPD-Mann Scholz begann sich die Kluft in den Meinungs-Umfragen zu seinem Rivalen Armin Laschet von den Christdemokraten zu schließen. Dazu beigetragen hat, dass der nordrhein-westfälische Ministerpräsident gefilmt wurde, wie er am Ort der Hochwassertragedie feixte. Das wachsende Gefühl in der Bevölkerung, dass der Erbe der nach 16 Jahren an der Macht abtretenden Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht das nötige Gewicht hat, um Kanzler zu werden, ist für viele Deutsche inzwischen zur Gewissheit geworden. Und Scholz von der SPD begann zu punkten. Ohne etwas zu tun. Nur weil es ihn gibt.“

Kevin Knitterscheidt, Martin Murphy
Düsseldorf, Berlin

Für die Abspaltung der Stahlsparte hat sich das Management von Thyssen-Krupp einen Namen einfallen lassen, der polarisiert: „Freedom“ heißt das Projekt, mit dem der Stahlhersteller mit 26.000 Mitarbeitern aus der Krupp-Welt gefegt werden soll.

In den Reihen von Thyssen-Krupp Steel sorgt die Wahl des Namens für großes Unmut. Nach über 200 Jahren im Verbund wolle der Mutterkonzern das alte Kerngeschäft einfach loswerden, klagen Führungskräfte. Die avisierte Freiheit klingt für die Manager wie ein Aussetzen in der Wildnis.

Der Konzern selbst will sich von vermeintlichem Ballast befreien. Vorstandschef Martina Merz will aus dem Stahl raus, um den Rest von Thyssen-Krupp wirtschaftlich zu stabilisieren. Aber die Umsetzung des „Freedom“-Plans wird nach Informationen des Handelsblatts immer schwieriger.

Denn die Stahlsparte mit der Kernhütte in Duisburg ist wirtschaftlich in einer derart schlechten Verfassung, dass an einen Börsengang derzeit kaum zu denken ist. Ein Verkauf gilt nach mehreren gescheiterten Anläufen ohnehin als aussichtslos, im Moment zumindest. Die bittere Konsequenz: Thyssen-Krupp müsste den Geschäftsbereich erst runderneuern und zugleich eine neue Strategie entwickeln, berichten Führungskräfte.

Merz droht damit dasselbe Schicksal wie ihren Vorgängern. Seit der Fusion von Thyssen und Krupp vor 22 Jahren wollten die wechselnden Chefs die Sparte wahlweise an die Börse bringen, verkaufen oder mit einem Wettbewerber verschmelzen. Alle Versuche sind aber gescheitert – am Marktumfeld oder schlicht am Willen.

Wie es um die Sparte steht, bekamen die Führungskräfte vor wenigen Tagen auf einer Managementtagung vor Augen gehalten. Auf einer Folie wurde das operative Ergebnis mit dem der Konkurrenz verglichen. Bis zu sieben Mal mehr pro Tonne Stahl verdienen die Wettbewerber Voestalpine, SSAB und Arcelor-Mittal als der Ruhrkonzern.

Thyssen-Krupp muss CO₂-Ausstoß verringern

Selbst die einst belächelten Konkurrenten Salzgitter und Tata Steel schneiden erheblich besser ab als Thyssen-Krupp. Daran zeige sich der „besondere Handlungsdruck“, erklärte das Management auf der Tagung. Problematisch ist weniger der Vergleich für das letzte Quartal; erschreckender ist die Bilanz der vergangenen Jahre. Seit dem Jahr 2016 liegt Thyssen-Krupp Steel auf den hinteren Plätzen und fällt kontinuierlich immer mehr zurück. Schon längst kann sich das Management am Stahlsitz Duisburg und in der Konzernzentrale in Essen nicht mehr herausreden, der Markt wäre an den schwachen Ergebnissen schuld.

Die Schuld müssen die Vorstände – auch die längst ausgeschiedenen – bei sich selbst suchen. Über die Jahre hat Thyssen-Krupp zu wenig in die Anlagen investiert, sodass die Qualität des Stahls litt. Wenn investiert wurde, dann flossen die Millionen in falsche oder schlecht gemanagte Projekte. So verteuerte sich der Bau einer Anlage in Dortmund dem Vernehmen nach um mehr als 100 Millionen Euro und für ein neues Gewerk in Duisburg fehlten die Kunden. Dass das Management auch noch Lieferverträge mit Kunden schloss, die keine auskömmlichen Gewinne ermöglichen, macht viele in Duisburg und Essen fassungslos. „Das Vertrauen ist dahin“, fasste eine Führungskraft aus der zweiten Reihe die Stimmung auf der Hütte zusammen.

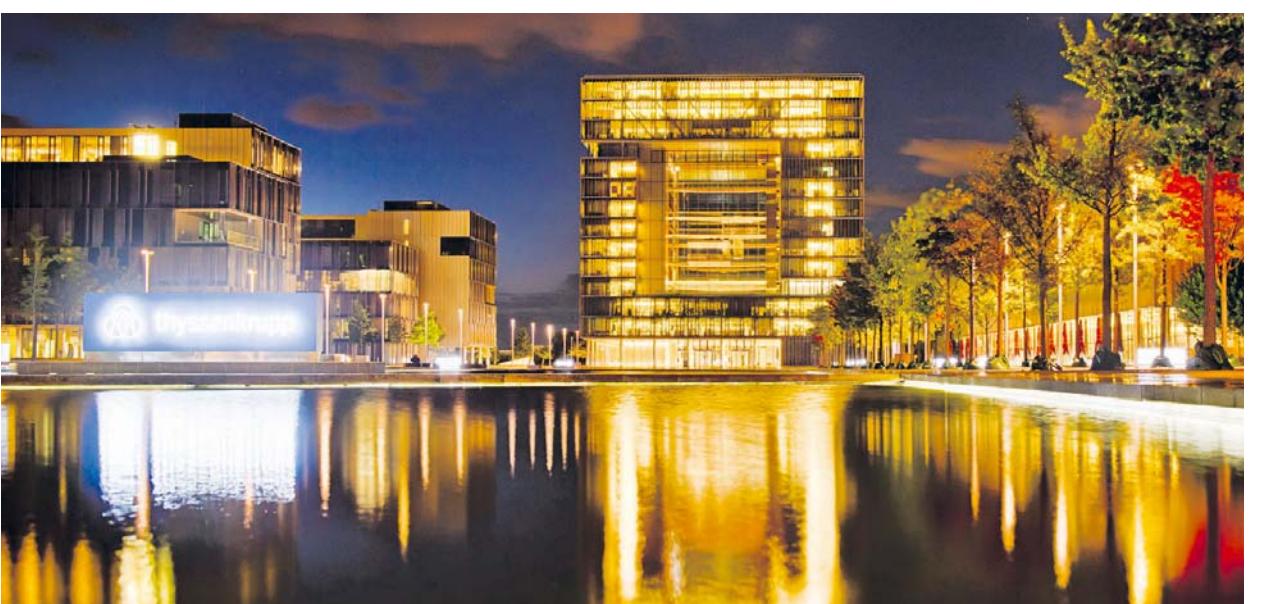
Während die Konkurrenz derzeit kräftig von der anziehenden Stahlkonjunktur profitiert, kommt bei Thyssen-Krupp vom Boom nicht viel an. Zwar konnte Thyssen-Krupp zuletzt einige wichtige Kennzahlen verbessern. Doch beim für den Kapitalmarkt wichtigen Cashflow fällt der Bereich ab. Im bisherigen Geschäftsjahr sind knapp 400 Millionen Euro an Kapital abgeflossen. Finanzchef Klaus Keysberg versprach bei der Vorlage der Quartalszahlen kürzlich Besserung: „Der positive Ergebniseffekt kommt. Wir werden ihn bei uns nur später sehen als beim Wettbewerb.“



Stahlbranche

Thyssen-Krupps Mission Impossible

Der Ruhrkonzern fällt gegenüber der Konkurrenz immer weiter zurück. Für einen Börsengang oder Verkauf des wirtschaftlich schwer angeschlagenen Stahlgeschäfts heißt das nichts Gutes.



Bloomberg Getty Images, imago images/Kirchner-Media, imago images/Rupert Oberhauser

Die wirtschaftliche Lage der Stahlsparte muss die Mannschaft um Merz und Keysberg verbessern. Die Neuaufstellung ist zwingend nötig, um einen Weg in eine eigenständige Zukunft zu finden. Die Kunden vor allem aus der Autoindustrie verlangen Stahl, der ohne den Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) produziert wird.

In einem Brief an die Belegschaft macht der Stahlvorstand um Spartenchef Bernhard Osburg deutlich, dass die Umstellung auf grünen Stahl elementar für den Fortbestand ist. „Bei keinem anderen Thema drängt die Zeit mehr als hier“, heißt es in dem Schreiben, das die Mitarbeiter zum Ferienende in Nordrhein-Westfalen zugestellt bekommen.

Die Stahlhersteller gehören neben den Betreibern von Kohlekraftwerken zu den größten Emittenten von CO₂ in Europa. 20 Millionen Tonnen sind es alleine am Standort in Duisburg jedes Jahr. Mit den Verschärfungen der Umweltgesetze wird der Betrieb von Hochöfen die facto unmöglich, wenn nicht verstärkt Wasserstoff in den Produktionskreislauf eingespeist wird.

Thyssen-Krupp hat wie andere Produzenten Programme aufgelegt, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Die Umstellung will der Konzern bis zum Jahr 2050 abschließen. Aus Sicht von Investoren und Kunden ist dieses Ziel viel zu weit in der Zukunft. „Wir brauchen jetzt grünen Stahl“, sagte der Chef eines großen deutschen Autoherstellers, der ungenannt bleiben wollte. Wer den nicht liefern könne, der sei hell raus.

In der Tat hat etwa Daimler bereits damit angefangen, einen Wechsel der Lieferanten einzuleiten. So beteiligten sich die Schwaben an dem schwedischen Start-up H2 Green Steel, das in einem neuen Werk CO₂-freien Stahl produzieren will. Andere folgen diesem Weg.

Mit seinem Ziel 2050 hängt Thyssen-Krupp weit hinter der Konkurrenz zurück. Die schwedische SSAB oder auch Europas Schwergewicht Arcelor-Mittal haben erheblich ambitionierte Ziele, wollen sie doch schon in diesem Jahrzehnt erheblich Mengen liefern können.

Spekulationen über Fusion mit Salzgitter halten an

Im Kapitalmarkt kommt der Rückstand bei Thyssen-Krupp nicht gut an. Ohne eine mit Zahlen unterfütterte Strategie für eine Umstellung auf CO₂-freien Stahl werde ein Börsengang schwer umzusetzen sein, sagte ein Vertreter aus der Bankenwelt. Immer mehr Fonds schließen Investitions in Unternehmen aus, die den Kampf gegen den Klimawandel nicht ernsthaft betreiben.

Der Führungsmannschaft von Thyssen-Krupp ist dieser Wandel bewusst: So rückte nicht nur der Stahlvorstand das Thema grüner Stahl in seinem Mitarbeiterbrief in den Mittelpunkt. Finanzchef Keysberg stellte kürzlich eine Verschärfung der Reduktionsziele in Aussicht. „Wir werden unsere Ziele auf jeden Fall anpassen“, sagte der Manager.

Die Umstellung soll dann deutlich vor dem Jahr 2050 erfolgen, allerdings wird der Konzern auch dann nicht mit SSAB und anderen Schritt halten können. Für eine ambitioniertere Planung fehlt Thyssen-Krupp schlicht das Kapital. Der Umbau wird mindestens einen mittleren einstelligen Milliardenbetrag kosten. Das Geld hat das Unternehmen nicht, es muss die Investitionen über die Jahre strecken. Der Konzern äußerte sich nicht dazu.

Dienlich wäre daher anstelle eines Börsengangs ein Zusammenschluss mit einem Wettbewerber. Vorstandschef Merz wäre wohl aufgeschlossen. Sie hatte sich wiederholt für eine Fusion von Thyssen-Krupp Steel mit der niedersächsischen Salzgitter AG ausgesprochen. Mehrfach haben Vertreter der Firmen bereits über einen Zusammenschluss verhandelt. Sehr nah seien sich beide Seiten dabei gekommen, hieß es in Konzernkreisen. Allerdings habe Salzgitter letztlich die schwache wirtschaftliche Lage des Wettbewerbers abgeschreckt.

Die indes will der Konzern nun verbessern, was die Chancen für eine Neuauflage der Gespräche erhöhen dürfte. Der Weg in die Freiheit wäre für die Belegschaft dann nicht der Börsengang, sondern eben eine Fusion mit Salzgitter.

Rivian-Pläne Tesla-Rivale geht an die Börse

Der nächste E-Autohersteller aus den USA soll ungefähr so wertvoll sein wie der Daimler-Konzern.

Der E-Auto-Hersteller Rivian hat Ende vergangener Woche in New York bei der Börsenaufsicht SEC seine Unterlagen für einen Börsengang eingereicht. Das junge Unternehmen hat mit Amazon und Ford bereits prominente und potente Geldgeber. Bei dem Börsengang soll es laut Bloomberg mit rund 80 Milliarden Dollar bewertet werden. Das entspricht ungefähr dem Börsenwert von Daimler.

Stimmt die Börsenaufsicht dem eingereichten Prospekt („S-1“) zu, dann wäre es einer der größten IPOs im Jahr 2021. Wunschtermin sei um den 25. November herum, also nahe dem wichtigen US-Feiertag Thanksgiving. Das sagte eine nicht

80

Milliarden US-Dollar, soll voraussichtlich die Marktkapitalisierung betragen, wenn der neue E-Autohersteller Rivian im Herbst in den USA an die Börse geht.

Quelle: Bloomberg

näher identifizierte Quelle zu Bloomberg. Rivian bestätigte in einer Stellungnahme lediglich den geplanten IPO, Größe und Preis einer möglichen Aktienemission seien noch nicht festgelegt.

Rivian aus dem kalifornischen Irvine hat zwei Modelle in Planung. Der R1T ist ein sogenannter Pick-up-Truck und der R1S ein SUV. Das sind derzeit die mit Abstand bestverkauften Fahrzeugtypen in den USA. Der Produktionsstart für den R1T ist in wenigen Wochen geplant. Der Truck mit einer Reichweite von rund 400 Meilen (640 km) wäre damit aus dem Stand ein ernst zu nehmender Konkurrent für Teslas angekündigten Cybertruck, der noch nicht auf dem Markt ist.

Allerdings hat auch Rivian Startschwierigkeiten, nicht zuletzt wegen der Pandemie, die weltweit die Autobranche unter Druck setzt und Lieferketten unterbricht. Der Produktionsstart hat sich bei Rivian schon mehrfach verzögert. Die Einführung des SUV-Modells wurde erst einmal auf unbestimmte Zeit verschoben.

Das Unternehmen hat nach eigenen Angaben Tausende Vorbestellungen in den Büchern. Vorzeigekunde ist dabei Großinvestor Amazon, der 100.000 E-Lieferfahrzeuge bei Rivian kaufen will. Angeblich will Rivian auch in Deutschland Fahrzeuge produzieren.

Für Privatinvestoren dürfte die Aktie trotz der starken Unterstützer und namhafter institutioneller Geldgeber, zu denen Branchenkollegen wie T. Rowe Price, Blackrock, Soros Fund Management, Fidelity, Coatsworth und Third Point gehören, kein Selbstläufer werden: zum einen wegen der bekannten aktuellen Lieferprobleme der Branche, zum anderen wegen der starken Konkurrenz. GM, Ford und Tesla sind nur die bekanntesten Spieler, die in den Markt für E-Trucks drängen.

Jeder Anleger hofft, in „den nächsten Tesla“ zu investieren, aber bisher sind die Ergebnisse gemischt. Der Markt für E-Auto-IPOs hat schon einige prominente Flops gesehen. Das Start-up Nikola wird von der Börsenaufsicht wegen möglicher Betrugereien untersucht, die Aktie ist stark eingebrochen. Das als Tesla-Killer hochgelobte Lucid Motors liegt noch über dem Ausgabekurs, aber weit unter Höchstkursen. Axel Postin



Christof Kerkmann, Marie-A. Langer Düsseldorf, San Francisco

Apple verteidigt die Regeln für den App Store stets vehement – doch um einen Rechtsstreit bei zulegen, hat der Technologiekonzern am Donnerstag einige Änderungen vorschlagen. So sollen Entwickler ihre Kunden künftig über Alternativen zum internen Bezahlmechanismus informieren dürfen. Das ist allerdings nur außerhalb der App erlaubt, beispielsweise per E-Mail.

Mit dem Kompromissvorschlag will Apple eine Sammelleklage kleiner Entwickler vor einem Bezirksgericht in Kalifornien außergerichtlich beilegen. Die Kläger haben bereits zugesagt, das Votum von Richterin Yvonne Gonzalez Rogers steht noch aus.

Die Entscheidung hat Konsequenzen über die USA hinaus: Der Konzern will die Änderungen größtenteils weltweit umsetzen, auch in Europa. Wann genau, steht derzeit noch nicht fest.

Apple erklärte in einer Mitteilung, dass der App Store mit der Umsetzung „zu einer noch besseren Geschäftsmöglichkeit für Entwickler“ werde und gleichzeitig weiter die Nutzer schütze. Dagegen kritisierte die Coalition for App Fairness (CAF), das Angebot trage nicht dazu bei, „die strukturellen, grundlegenden Probleme zu lösen, mit denen alle Entwickler, ob groß oder klein, konfrontiert sind“.

Es hande sich um einen „verzweifelten“ Versuch, sich dem Urteil von Gerichten, Regulierungsbehörden und Gesetzgebbern weltweit zu entziehen“, erklärte die Organisation, in der sich Unternehmen wie Spotify, Epic Games und die Match Group zusammen geschlossen haben, um ihre Interessen gegenüber dem Konzern zu vertreten.

Apple steht mit dem App Store in vielen Ländern in der Kritik. So wirft

Apple geht auf App-Entwickler zu

Der Konzern gibt seinen Partnern im App Store mehr Flexibilität. Kritikern reicht das nicht – sie halten das für ein „Scheinangebot“.

die EU-Kommission dem Konzern in einem Kartellverfahren unfairen Wettbewerb vor. Im Kern geht es dabei um die Provision von bis zu 30 Prozent, die Entwickler zahlen müssen, wenn Nutzer über den App Store Programme kaufen oder Abos abschließen. Alternative Bezahlsysteme sind nicht zugelassen.

Apple geht an einigen Punkten auf die Beschwerden ein:

- App-Entwickler dürfen nun auf alternative Bezahlsysteme hinweisen, die ihnen die Provision ersparen. Allerdings macht Apple genaue Vorgaben dafür – ein Hinweis oder Link in der App ist weiter verboten.

• Die Anbieter erhalten mehr Flexibilität bei der Preisgestaltung, statt bislang weniger als 100 wird es künftig 500 Stufen geben.

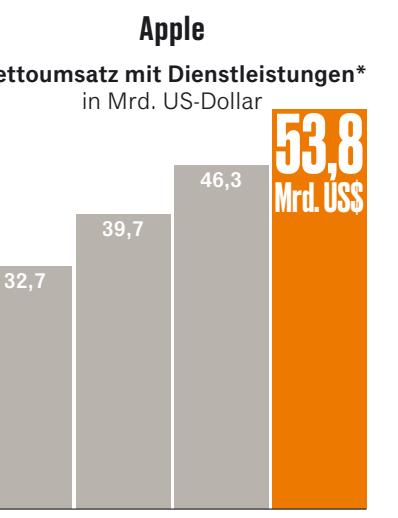
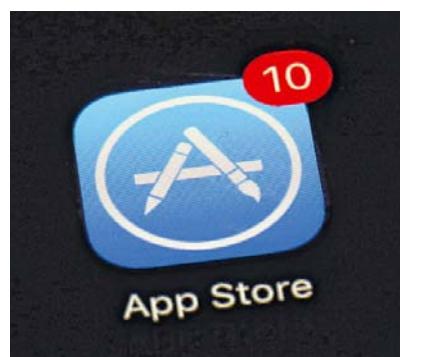
• Apple veröffentlicht jährlich einen Transparenzbericht mit Angaben zur Begutachtung von Apps – die sorgt in Entwicklerkreisen immer wieder für Kontroversen, weil die Entscheidungen teils als intransparent gelten.

• In diesem Zuge soll auch das Freigabeverfahren für Apps transparenter werden. Die Website für die Entwickler soll mehr Informationen enthalten, die den Ablauf bei Einsprüchen erläutern. • Zudem will Apple einen Fonds

30
Prozent

Provision müssen die Entwickler einer App maximal an den Apple-Konzern abführen.

Quelle: Unternehmen



deren amtierenden und früheren Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder von Ansprüchen freigestellt werden.

Dieselskandal

Aktionärsschützer im Clinch mit VW-Eignern

Der Autobauer wollte mit einem Vergleich den Rechtsstreit mit seinen ehemaligen Topmanagern beilegen. Die SdK klagt gegen einen entsprechenden Beschluss der Hauptversammlung.

Gegen den von den VW-Aktionären im Dieselskandal beschlossenen Vergleich mit dem ehemaligen Vorstandschef Martin Winterkorn und Ex-Audi-Chef Rupert Stadler formiert sich juristischer Widerstand. Die Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger (SdK) flicht die Beschlüsse der Hauptversammlung dazu an und reichte Klage beim Landgericht Hannover ein, wie sie am Freitag mitteilte.

Volkswagen wollte mit dem Vergleich mit den beiden früheren Spitzenmanagern einen Schlussstrich unter die zivilrechtliche Haftung von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern in dem Skandal um millionenfache Abgasmanipulation ziehen. Der Autobauer zeigte sich am Freitag überzeugt, dass die Beschlüsse vor Gericht Bestand haben werden. Die von der SdK genannten Anfechtungsgründe entbehren jeder Grundlage.

Ihre Klage verband die Anlegergemeinschaft mit der grundsätzlichen Kritik an solchen Vergleichsvereinbarungen mit Managern. Vorstände erhielten eine außerordentlich hohe Vergütung, mit der auch Haftungsrisiken abgegolten werden sollten. „Leider ist immer wieder zu beobachten, dass diese Haftung nur theoretischer Natur ist“, sagte SdK-Rechtsvorstand Markus Kienle. Unterstützung erhielt die SdK von der Bürgerbewegung Finanzwende.

„Hohe Managergehälter werden immer mit der hohen Verantwortung gerechtfertigt. Doch die Beispiele Winterkorn und Stadler zeigen erneut, dass im Ernstfall häufig keine Verantwortung übernommen wird“, sagte Finanzwende-Vorstand Gerhard Schick.

Die Summe, mit der sich die Top-Manager von jeder weiteren Schadensersatzforderung freikaufen könnten, sei lächerlich gering, sowohl im Vergleich zu den erhaltenen Gehältern als auch im Vergleich zum Schaden für VW und Audi, den sie mit zu verantworten haben.

„Ein Erfolg der SdK wäre auch ein Zeichen an andere Manager, die Unternehmen und teils auch der Gesellschaft Schaden zufügen“, sagte Schick.

Aus Sicht der SdK greifen die HV-Beschlüsse auch deshalb nicht, weil das Oberlandesgericht Celle vor Längerem bereits eine externe Prüfung der Vorgänge um den Dieselskandal angeordnet hat. „Es kann doch wohl nicht sein, dass eine rechtkräftig angeordnete Sonderprüfung durch einen Vergleich von hinten aus den Angeln gehoben wird“, sagte Anwalt Oliver Wilken, dessen Kanzlei die Klage führt. Volkswagen wehrt sich seit Jahren mit Händen und Füßen gegen eine solche Prüfung.

Bereits vor der Hauptversammlung hatte es Kritik an dem Deal gegeben. „Aus Sicht der Aktionäre ist es nicht hinnehmbar, dass Volkswagen den Fall jetzt abschließt“, sagt Christian Strenger, selbst langjähriger VW-Aktionär und einer von Deutschlands profiliertesten Corporate-Governance-Experten. Auch er argumentiert, dass die Schuldfrage, also das Fundament für den Vergleich, noch gar nicht geklärt sei.

VW wehrt sich gegen externe Prüfung

Die SdK-Anwälte nahmen auch den mit der Management-Haftpflichtversicherung (D&O) ausgetitelten Vergleich ins Visier. Rund 30 Versicherungsgesellschaften wie Zurich, Allianz Global Corporate & Specialty oder die XL Insurance Company stimmten einer Zahlung von 270 Millionen Euro an den Autobauer zu. Aus dem Konsortium schert nur US-Versicherer Berkshire Hathaway aus.

Mehr als 90 Prozent der Stammaktien liegen bei der Familienholding Porsche SE, dem Land Niedersachsen und dem Emirat Katar. Die Aufarbeitung des Abgasskandals kostete die Wolfsburger Autobauer mehr als 32 Milliarden Euro. Volker Votsmeier

Deutsche Bahn

„Stellwerke aus dem Kaiserreich“

Das Schienennetz der Bahn muss schneller digitalisiert werden, fordern die Grünen. Helfen soll ein Fonds.

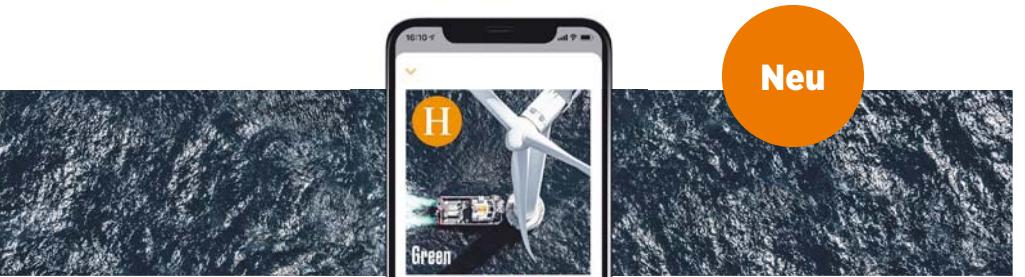
Rolle: Dort werden Signale und Weichen per Hebel, Tasten oder Mausklick gesteuert. Bis 2035 sollen sämtliche Stellwerke im Netz umgerüstet werden. So lautete zumindest die Ankündigung im vergangenen Jahr. Die Bundesregierung hat dafür im Konjunkturpaket aus 2020 noch einmal 500 Millionen Euro vorgesehen.

Die Digitalisierung soll nicht nur dafür sorgen, dass die Bahn pünktlicher wird, sondern auch dafür, dass sie mehr Züge einsetzen und so mehr Fahrgäste befördern kann. Wie genau und in welchem Zeitplan die Stellwerke erneuert werden sollen, geht aus der Antwort der Bundesregierung nicht hervor. „Die Umstrukturierung wird erarbeitet“, schreibt das Verkehrsministerium.

Haushaltsexperte Kindler will wissen, wie die Großsanierung finanziert wird. Die Digitalisierung der Bahninfrastruktur dürfte nach früheren Schätzungen etwa 32 Milliarden Euro kosten. Die Grünen schlagen einen Investitionsfonds vor. Dieser soll etwa mit den Einnahmen aus der Lkw-Maut gefüllt werden. Diese würden an anderer Stelle fehlen. Zudem wollen die Grünen die Schuldenbremse auflösen. Union und die FDP lehnen dies ab. Die SPD hält sich bedeckt. Jan Hildebrand

Handelsblatt Green

Der Podcast zu den Themen Nachhaltigkeit, Klima und Energiewende



Neu

Wie lassen sich nachhaltige Wertschöpfungsketten mit globalem Konkurrenz- und Kostendruck vereinbaren und wie könnte eine Welt ohne fossile Rohstoffe aussehen? Diese und weitere Fragen rund um das Thema Nachhaltigkeit durchleuchten wir in unserem neuen Podcast und sprechen dazu mit Unternehmen, Politikern, Ökonomen, Wissenschaftlern und anderen Experten. Ab sofort überall, wo es Podcasts gibt.

Hören Sie rein:
handelsblatt.com/green



Apple Podcasts



Initiativpartner:
HypoVereinsbank
Member of UniCredit

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

Handelsblatt

DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Verleger: Dieter von Holtzbrinck

Herausgeberbeit: Prof. Dr. Bert Rürup, Katharina Borchert, Hans-Jürgen Jakobs, Dr. Josef Joffe, Prof. Dr. Katharina Anna Weig

Redaktion

Chefredakteur: Sebastian Matthes
Stv. d. Chefredakteurs: Peter Bross
Stv. Chefredakteur: Kirsten Ludowig

Autor: Hans-Jürgen Jakobs
Textchef: Christian Rickens
Chefkolumnist: Prof. Dr. Bert Rürup

Ressortleiter: Thomas Sigmund (Politik), Markus Fasse, Jürgen Flauger (Unternehmen), Kathrin Jones (Finanzen), Nicole Bastian, Dr. Jens Münnich (Ausland & Meinung), Sönke Iwersen, Martin Murphy (Investigative Recherche)

Chefs vom Dienst: Stefan Kaufmann (Leitung), Sven Prange (Nachrichtenchef), Tobias Döring, Tom Körkemeier, Marc Renner, Claus Baumann (Print), Susanne Wiesch (Print)

Art Direction: Michel Becker, Ralf Peter Pabmann
International Correspondents: Matthias Brüggemann, Torsten Riecke

Verantwortlich im Sinne des Presserechts sind die jeweiligen Leiter für ihren Bereich. Im Übrigen die Chefredaktion.

Handelsblatt Research Institute
Tel.: 0211 - 887-70, Telefax: 0211 - 887-90,
E-Mail: info@handelsblatt-research.com
Prof. Dr. h. c. Bert Rürup (Präsident),
Dr. Christian Sellmann (Managing Director)

Verlag
Handelsblatt GmbH
(Verleger im Sinne des Presserechts).
Geschäftsführung: Andrea Wasmuth

Verantwortlich für Herstellung und Anzeigen: Christian Wiele
Erfüllungsort und Gerichtsstand: Düsseldorf.
Anschrift von Redaktion, Verlag und Anzeigenleitung:
Postfach 103345, D-4009 Düsseldorf, Tel. 0211 - 887-0
Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte
Manuskripte, Unterlagen und Fotos.

Axel Springer SE, Offsetdruckerei Kettwig,
Im Teilehbruch 100, 45219 Essen; Pressedruck Potsdam GmbH,
Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam;
Süddeutscher Verlag Zeitungsservice GmbH,
Zamdorfer Str. 40, 81677 München

Vertrieb Einzelverkauf:
Verlag der Tageszeitung GmbH, www.tagesspiegel.de

Kundenservice:
Postfach 103345, D-4009 Düsseldorf, Telefon: 0211 887 3602,
E-Mail: kundenservice@handelsblatt.com
Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungsausstellung
übermittelt an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main.

Anzeigenverkauf Handelsblatt:
Tel.: 0211 - 887-0, Fax: 0211 - 887-33 59
E-Mail: info@lqm.de; Internet: www.lqm.de

Anzeigenverkauf Handelsblatt.com

Tel.: 0211 - 887-26, Fax: 0211 - 887-26 56
E-Mail: info@iqdigital.de; Internet: www.iqdigital.de

Anzeigenverkauf Handelsblatt Personalanzeigen:

Tel.: 040 - 3820 5000
E-Mail: angelpo.brandensteiner-wendt@vhb.de

Internet: www.talent.zeit.de

Anzeigendisposition Handelsblatt:

Tel.: 0211 - 887 - 26 60, Fax: 0211 - 887 - 97 26 60
E-Mail: dispo.hb@lqm.de

Redaktion

Tel. 0211 - 887 - 97 12 40
E-Mail: handelsblatt@vhb.de

Politik

Tel.: 030 - 61 68 61 92, Fax: 0211 - 887 - 97 80 27
E-Mail: hb.berlin@vhb.de

Unternehmen

Tel.: 0211 - 8 87 - 19 65, Fax: 0211 - 8 87 - 97 12 40
E-Mail: hb.um@vhb.de

Finanzen

Tel.: 0211 - 887 - 4002, Fax: 0211 - 887 - 97 41 90
E-Mail: hb.fz@vhb.de

Handelsblatt Veranstaltungen

Tel.: 0211 - 807 0, Fax: 0211 - 887 43-40 00
E-Mail: info@euroforum.com
www.handelsblatt.com/veranstaltungen

Das Handelsblatt wird ganz oder in Teilen im Print und digital vertrieben. Alle Rechte vorbehalten.

Kein Teil dieser Zeitung darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter diesen Voraussetzungen ist es jedoch auch die Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM.

Artikelanfragen: Club-Mitglieder erhalten einen Artikel kostenlos, Telefon: 0800-223310
E-Mail: artikelanfragen@vhb.de

Nutzungsrechte:

Tel.: 0211 - 2054-4640 (Dieser Service steht Ihnen Mo-Fr von 8-18 Uhr in den üblichen Bürozeiten zur Verfügung) E-Mail: nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Sonderdrucke:

Tel.: 0211 - 887 - 1748, Fax: 0211 - 887 - 97 14 78
E-Mail: sonderdrucke@vhb.de

Bezugspreise Inland und EU:

monatlich € 6,70 (Inland inkl. € 4,36 MwSt. EU zzgl. der jeweiligen MwSt. Jährlich € 76,40 (Inland inkl. € 52,77 MwSt. EU zzgl. der jeweiligen MwSt.)) Vorratspreis für Studenten (gegen Vorlage einer politischen Bescheinigung):

Monatlich € 3,30 (Inland inkl. € 2,18 MwSt. EU zzgl. der jeweiligen MwSt.), Jahresvorratspreis € 39,60 (Inland inkl. € 28,40 MwSt. EU zzgl. der jeweiligen MwSt.)) Vorratspreis für freies Haus. Bezugspreise übriges Ausland: auf Anfrage.

Bezugspreise sind schriftlich mit einer Frist von 21 Tagen zum Ende des berechneten Bezugszeitraumes möglich, solange es andere Regelungen nicht bestehen. Im Falle höherer Strafzinsen (Ausserungen) besteht kein Beliebtschafts- oder Entschuldigungsanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand Düsseldorf. Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte, Unterlagen und Fotos. Für die Übernahme von Artikeln und Beiträgen ist eine schriftliche Genehmigung erforderlich. Rechte über die PMG Presse-Monitor GmbH, Telefon: 030/284930 oder www.presse-monitor.de. Die ISSN-Nummer für das Handelsblatt lautet: 0017-7296

Handelsblatt

DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Verleger: Dieter von Holtzbrinck

Herausgeberbeit: Prof. Dr. Bert Rürup, Katharina Borchert, Hans-Jürgen Jakobs, Dr. Josef Joffe, Prof. Dr. Katharina Anna Weig

Redaktion

Chefredakteur: Sebastian Matthes
Stv. d. Chefredakteurs: Peter Bross
Stv. Chefredakteur: Kirsten Ludowig

Autor: Hans-Jürgen Jakobs
Textchef: Christian Rickens
Chefkolumnist: Prof. Dr. Bert Rürup

Ressortleiter: Thomas Sigmund (Politik), Markus Fasse, Jürgen Flauger (Unternehmen), Kathrin Jones (Finanzen), Nicole Bastian, Dr. Jens Münnich (Ausland & Meinung), Sönke Iwersen, Martin Murphy (Investigative Recherche)

Chefs vom Dienst: Stefan Kaufmann (Leitung), Sven Prange (Nachrichtenchef), Tobias Döring, Tom Körkemeier, Marc Renner, Claus Baumann (Print), Susanne Wiesch (Print)

Art Direction: Michel Becker, Ralf Peter Pabmann, Torsten Riecke

Verantwortlich im Sinne des Presserechts sind die jeweiligen Leiter für ihren Bereich. Im Übrigen die Chefredaktion.

Handelsblatt Research Institute
Tel.: 0211 - 887-70, Telefax: 0211 - 887-90,
E-Mail: info@handelsblatt-research.com
Prof. Dr. h. c. Bert Rürup (Präsident),
Dr. Christian Sellmann (Managing Director)

Verlag
Handelsblatt GmbH
(Verleger im Sinne des Presserechts).
Geschäftsführung: Andrea Wasmuth

Verantwortlich für Herstellung und Anzeigen: Christian Wiele
Erfüllungsort und Gerichtsstand: Düsseldorf.
Anschrift von Redaktion, Verlag und Anzeigenleitung:
Postfach 103345, D-4009 Düsseldorf, Tel. 0211 - 887-0
Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte
Manuskripte, Unterlagen und Fotos.

Axel Springer SE, Offsetdruckerei Kettwig,
Im Teilehbruch 100, 45219 Essen; Pressedruck Potsdam GmbH,
Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam;
Süddeutscher Verlag Zeitungsservice GmbH,
Zamdorfer Str. 40, 81677 München

Vertrieb Einzelverkauf:
Verlag der Tageszeitung GmbH, www.tagesspiegel.de

Kundenservice:
Postfach 103345, D-4009 Düsseldorf, Telefon: 0211 887 3602,
E-Mail: kundenservice@handelsblatt.com
Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungsausstellung
übermittelt an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main.

Anzeigenverkauf Handelsblatt:

Tel.: 0211 - 887-0, Fax: 0211 - 887-33 59
E-Mail: info@lqm.de; Internet: www.lqm.de

Anzeigenverkauf Handelsblatt.com

Tel.: 0211 - 887-26, Fax: 0211 - 887-26 56
E-Mail: info@iqdigital.de; Internet: www.iqdigital.de

Anzeigenverkauf Handelsblatt Personalanzeigen:

Tel.: 040 - 3820 5000
E-Mail: angelpo.brandensteiner-wendt@vhb.de

Internet: www.talent.zeit.de

Anzeigendisposition Handelsblatt:

Tel.: 0211 - 887 - 26 60, Fax: 0211 - 887 - 97 26 60
E-Mail: dispo.hb@lqm.de

Redaktion

Tel. 0211 - 887 - 97 12 40
E-Mail: handelsblatt@vhb.de

Politik

Tel.: 030 - 61 68 61 92, Fax: 0211 - 887 - 97 80 27
E-Mail: hb.berlin@vhb.de

Unternehmen

Tel.: 0211 - 8 87 - 19 65, Fax: 0211 - 8 87 - 97 12 40
E-Mail: hb.um@vhb.de

Finanzen

Tel.: 0211 - 887 - 4002, Fax: 0211 - 887 - 97 41 90
E-Mail: hb.fz@vhb.de

Handelsblatt Veranstaltungen

Tel.: 0211 - 807 0, Fax: 0211 - 887 43-40 00
E-Mail: info@euroforum.com
www.handelsblatt.com/veranstaltungen

Das Handelsblatt wird ganz oder in Teilen im Print und digital vertrieben. Alle Rechte vorbehalten.

Kein Teil dieser Zeitung darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter diesen Voraussetzungen ist es jedoch auch die Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM.

Artikelanfragen: Club-Mitglieder erhalten einen Artikel kostenlos, Telefon: 0800-223310
E-Mail: artikelanfragen@vhb.de

Nutzungsrechte:

Tel.: 0211 - 2054-4640 (Dieser Service steht Ihnen Mo-Fr von 8-18 Uhr in den üblichen Bürozeiten zur Verfügung) E-Mail: nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Sonderdrucke:

Tel.: 0211 - 887 - 1748, Fax: 0211 - 887 - 97 14 78
E-Mail: sonderdrucke@vhb.de

Bezugspreise Inland und EU:

monatlich € 6,70 (Inland inkl. € 4,36 MwSt. EU zzgl. der jeweiligen MwSt. Jährlich € 76,40 (Inland inkl. € 52,77 MwSt. EU zzgl. der jeweiligen MwSt.)) Vorratspreis für Studenten (gegen Vorlage einer politischen Bescheinigung):

Monatlich € 3,30 (Inland inkl. € 2,18 MwSt. EU zzgl. der jeweiligen MwSt.), Jahresvorratspreis € 39,60 (Inland inkl. € 28,40 MwSt. EU zzgl. der jeweiligen MwSt.)) Vorratspreis für freies Haus. Bezugspreise übriges Ausland: auf Anfrage.

Bezugspreise sind schriftlich mit einer Frist von 21 Tagen zum Ende des berechneten Bezugszeitraumes möglich, solange es andere Regelungen nicht bestehen. Im Falle höherer Strafzinsen (Ausserungen) besteht kein Beliebtschafts- oder Entschuldigungsanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand Düsseldorf. Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte, Unterlagen und Fotos. Für die Übernahme von Artikeln und Beiträgen ist eine schriftliche Genehmigung erforderlich. Rechte über die PMG Presse-Monitor GmbH, Telefon: 030/284930 oder www.presse-monitor.de. Die ISSN-Nummer für das Handelsblatt lautet: 0017-7296

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com



Adidas-Werbung zur WM 2006: Die 65 Meter breite „Oliver-Kahn-Brücke“ über der Autobahn zum Münchener Flughafen.

unserem Sinne ausgeübt werden kann“, schrieb Fedor Radmann am 3. März 1999 an Adidas-Vorstand Erich Stammer. Radmann war früher selbst einmal sportpolitischer Direktor bei Adidas und zum Zeitpunkt seines Schreibens

Wird André Schwämmlein auf den von der Politik und der Deutschen Bahn vorangetriebenen Deutschlandtakt – alle halbe Stunde eine Fernverbindung zwischen den großen Städten in Deutschland – angesprochen, hat der Mitgründer und Chef von Flix Mobility eine klare Meinung: „Kein Mensch braucht während des ganzen Tages einen 20-Minuten-Takt auf einer Fernverkehrsstrecke. Man muss das Angebot dann verdichten, wenn die Menschen fahren wollen.“ Das Umsteigen sei das, was die Menschen davon abhalten, Zug zu fahren. Schwämmlein ist überzeugt, dass man mit der Digitalisierung von Schienen, Weichen und Signalen 80 Prozent der erforderlichen Kapazität für eine bessere Taktung erreichen kann. Schwämmlein will mit Flixbus und Flixtrain nicht nur in Deutschland weiter wachsen, auch das Auslandsgeschäft will er ausbauen. Zum Jahresende soll Flixbus in Brasilien starten. Auch in den USA habe man Marktanteile dazugewinnen können. Noch spüre man die Pandemie, aber die Nachfrage ziehe überall wieder an.

Herr Schwämmlein. Viele Menschen sind geimpft, wie läuft das Geschäft bei Ihren Bahnen und Bussen?
Wir merken, dass die Reisestruktur zurückkommt, sogar etwas mehr als im vergangenen Sommer. Aber es ist immer noch Corona, die Nachfrage ist noch nicht da, wo sie vorher war.

Kam der schnelle Ausbau des Angebots also zu früh?
Nein, die zusätzlichen Angebote werden gut angenommen. Wir gehen kontrolliert in die Offensive. Der Hochlauf hat insgesamt sehr gut geklappt, auch wenn es hier und da natürlich etwas ruckelt. Das ist normal. Und mit dem Hochwasser, den Hitzenwellen und jetzt den Bahnstreiks haben wir ja auch gleich das volle Programm der operativen Herausforderungen erlebt. Aber in Summe gibt es bisher keine großen Probleme.

Ihr Versuch, mit einem Nachzug ohne Liegewagen von Hamburg nach München zu starten, zeigt erste Erfolge?

Wir sehen eine Nachfrage zusätzlich zu unserem Bus, den wir auf der Strecke auch fahren lassen. Wir erreichen also neue Kundengruppen. Es gibt eine Nachfrage nach Nachzügen ohne Liegewagen. Nachzüge sind aber ein schwieriges Geschäft. Bis her können die alle anderen Unternehmen nur mithilfe von Subventionen anbieten, wenn überhaupt. Wir wollen zu den wenigen gehören, die es ohne schaffen.

Kurzer Abstecher zum Bus: Sie wollen die Öffnung des Markts in Brasilien nutzen und dort starten. Liegen Sie im Plan?
Wir sind dabei, uns technologisch an den lokalen Markt anzupassen. Man ist dort sehr an den Erfahrungen mit der Liberalisierung in Europa und Deutschland interessiert und fragt: Ist das gut fürs Produkt, was hat sich dadurch verändert, wie wirkt es auf die Bevölkerung? Wir können berichten, dass sich so eine Öffnung positiv auswirkt. Es entsteht ein gutes zusätzliches Angebot, das nachhaltig und günstig ist, und die Qualität steigt.

Warum ausgerechnet Brasilien?
Sehr viele der nationalen Bus-Märkte auf der Welt sind geschlossen, übrigens auch in Europa. Wettbewerb im Sinne der Fahrgäste findet dort gar nicht oder fast nicht statt. Sie sind von Monopolen oder Oligopolen geprägt. Brasilien agiert hier mittlerweile progressiver. Und es ist ein gigantischer Markt, der alleine so groß ist wie der in ganz Europa.

Gleichzeitig wollen Sie in den USA weiter expandieren. Konnten Sie dort von dem frühen Impffortschritt profitieren?

Wir sind dort mittlerweile größer, als wir es vor Covid waren. Das liegt aber nicht daran, dass der Markt schneller zurückgekommen ist. Wir haben auch Marktanteile von Wettbewerbern gewinnen können, die es nicht ganz so gut geschafft haben, das Geschäft wieder hochzufahren. Jetzt müssen wir schauen, was die Delta-Welle in den USA macht. Aber ich bin sehr zuversichtlich, einen echten Lockdown wird es dort wohl nicht mehr geben.



André Schwämmlein und sein Flixtrain: Der CEO ist unzufrieden mit der Verkehrspolitik.



André Schwämmlein

„Niemand hat Lust umzusteigen“

Der Chef von Flix Mobility kritisiert, dass viele Verkehrsinvestitionen direkt an die Deutsche Bahn fließen und nicht ins Schienennetz. Die Politik müsse andere Anreize setzen.

Wenn der Markt so stark ist, denken Sie in den USA auch an Zukäufe?

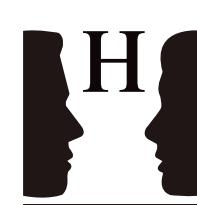
Im Moment wachsen wir in den USA sehr stark organisch. Wir schauen uns aber natürlich immer an, wie wir expandieren können, und wollen mittelfristig auch dort die Nummer eins sein.

Zurück zur Schiene: Sie gilt als ein zentraler Hebel, um die Klimaziele zu erreichen. Kann dieses Verkehrsmittel das, was man von ihm erwartet, überhaupt erfüllen?

Ich bin überzeugt, dass die Schiene in einem Land wie Deutschland ein integraler Bestandteil der Mobilitätswende und damit des Klimaschutzes sein muss und kann. Hier und in einigen anderen Ländern Europas sind die Voraussetzungen dafür schwierig, aber die Chancen gut. Es geht um den Ausbau des kollektiven Verkehrs, dazu zählt auch der Bus. Wir müssen Anreize schaffen, damit die Menschen freiwillig nachhaltig reisen und aufs Fliegen oder das Auto gerne verzichten. Die Schiene ist aber nicht das Allheilmittel und wird nicht alleine eine grüne Mobilitätswende herbeiführen können – wie auch die DB das allein nicht schaffen wird. Mit Verlaub: Sie hat es in der Vergangenheit trotz massiver staatlicher Unterstützung noch nie geschafft, die Versprechungen zu erfüllen.

Gleichzeitig wollen Sie in den USA weiter expandieren. Konnten Sie dort von dem frühen Impffortschritt profitieren?

Wir sind dort mittlerweile größer, als wir es vor Covid waren. Das liegt aber nicht daran, dass der Markt schneller zurückgekommen ist. Wir haben auch Marktanteile von Wettbewerbern gewinnen können, die es nicht ganz so gut geschafft haben, das Geschäft wieder hochzufahren. Jetzt müssen wir schauen, was die Delta-Welle in den USA macht. Aber ich bin sehr zuversichtlich, einen echten Lockdown wird es dort wohl nicht mehr geben.



Das Unternehmergespräch

Das Handelsblatt im Gespräch mit den Entscheidern in Familienunternehmen – jede Woche diskutieren wir über aktuelle Herausforderungen, Nachfolgethemen, über die Folgen der Digitalisierung sowie über Nachhaltigkeit und die Zukunftsfähigkeit von Geschäftsmodellen.

Ich sehe die Situation nicht so negativ. Natürlich sind Investitionen in die Schiene nötig. Die müssen dann aber auch dort hineinfließen und nicht nur in die Deutsche Bahn. Insofern finde ich es gut, dass die EU-Kommission die geplante Eigenkapitalzuführung an die Bahn intensiv geprüft und die direkten Zahlungen deutlich gedeckelt hat. Denn das ist nicht die Lösung des Problems.

Sondern?
Man muss das System Schiene stützen, nicht ein einzelnes Unternehmen. Die Schiene ist in Deutschland physisch unterausgelastet, weil wir bei der Digitalisierung noch nicht so weit sind und deswegen nicht intelligent genug planen. Hinzu kommt: Man kann schon die Frage stellen, ob Projekte wie Stuttgart 21 oder auch die Schnellstrecke von München nach Berlin, wo je Richtung einmal in der Stunde ein Zug auf einer Milliardentrasse fährt, helfen, Engpässe zu beseitigen.

Also wird in Ihren Augen falsch investiert – weil die Deutsche Bahn das Netz betreibt und ausbaut, es aber auch selbst nutzt?
Ich glaube, dass ein reiner und unabhängiger Netzbetreiber im Gegensatz zu einem Staatskonzern, der auch selbst Züge fährt, anders über seine Investitions in das Netz nachdenken würde. Ich an seiner Stelle würde eine Entflechtung von Personen- und Güterverkehr vornehmen. Ich würde mich fragen: Welche Schnellfahrtstrecken brauche ich wirklich? Ich bin davon überzeugt, dass ein separater Netzbetreiber besser

funktionieren und dem System Schiene helfen würde.

Daraus höre ich, dass Sie von der nächsten Bundesregierung eine Bahnreform beziehungsweise die Trennung von Netz und Betrieb bei der Deutschen Bahn fordern?

Absolut. Die Beispiele, die gerne als Argument dagegen genannt werden, wie die Schweiz oder Frankreich, sind als Vergleich komplett ungeeignet. Frankreich hat eine andere Siedlungsstruktur, da konzentriert sich viel mehr auf einzelne Metropolregionen. In Deutschland gibt es deutlich mehr Großstädte und damit Zwischenhalte. In der Schweiz fließt sehr viel Steuer geld in das System. Die Effekte für den Modal split, also die Verlagerung von der Straße auf die Schiene, sind angehoben dieser Summen überschaubar. Wir müssen unseren eigenen Weg finden, den die strukturellen Besonderheiten in Deutschland Rechnung trägt.

Und das ist eine Zerschlagung des Bahn-Konzerns?

Das Bahnsystem in Deutschland muss smarter, pünktlicher und verbraucherfreundlicher werden. Wie schaffen wir das? Mit einem Staat, der Milliarden ins Netz steckt, nicht aber in ein Unternehmen. Ich verstehe schon, dass man nicht gleich morgen den Konzern aufzusplitten will und kann. Aber es müssen die ersten Schritte der Entflechtung vorgenommen werden. Die Ausrede, dass das alles viel zu kompliziert sei, ist nämlich genau das: eine Ausrede. Ich glaube, eine klare Trennung von Netz und Betrieb auf der Governance-Seite, also bei der Führungsstruktur, ist schnell zu realisieren und unmöglich, wenn man die Schiene stärken will. Das langfristige Ziel muss eine neutrale staatliche Infrastrukturgesellschaft sein, die nicht verpflichtet ist, Gewinne zu erzielen und abzuführen.

Die das Netz besser ertüchtigen kann als eine Deutsche Bahn?

Eine solche Gesellschaft wäre ein natürliches Monopol. Der Staat kann sich zudem immer günstiger refinanzieren als private Investoren, die da nichts verloren haben. Je näher wir diesem Ziel kommen, desto besser wird das für Wettbewerber und damit das Angebot und die Fahrgäste sein. Es würde anders investiert werden. Nehmen Sie die Hochgeschwindigkeitsstrecken in Frankreich. Die Tarifpreise sind so hoch, dass das prohibitiv ist. Das kann doch nicht die Lösung sein.

Mehr Wettbewerb – bedeutet das am Ende nicht nur, dass Verkehr von einem staatlichen Anbieter auf einen privaten Anbieter übergeht, ohne Gewinn für das Klima und die Verkehrswende?

Das wird immer behauptet, stimmt aber nicht. Die Liberalisierung des Fernbus-Marktes hat nicht wie befürchtet die Existenz der Deutschen Bahn gefährdet. Auch die Trennung von Netz und Betrieb ist nicht das Ende der Deutschen Bahn, es wird eine bessere DB werden. Wir nehmen niemandem etwas weg, wir haben aber die Chance, einen neuen Markt zu schaffen und mehr Menschen in die Züge zu bekommen. Am Ende würden FlixTrain und die Deutsche Bahn Fahrgäste hinzugewinnen, die Schiene als Ganzes profitiert.

Wenn man investiert. Wie soll der Ausbau gehen, wenn Planungs- und Genehmigungsverfahren Jahrzehnte dauern?

Noch mal: Das bestehende Netz ist unterausgelastet. 80 Prozent der erforderlichen Kapazität kann man haben, wenn man Schienen, Weichen, Signale digitalisiert. Dazu muss man keine neuen Trassen durch Deutschland ziehen.

Und das reicht, um den von der Politik und der Bahn versprochenen Deutschlandtakt ab dem Jahr 2030 realisieren zu können?

Es gibt Dinge, die mir beim Deutschlandtakt gefallen. Etwa der Ansatz, anders als bisher erst auf den Bedarf der Passagiere zu schauen und danach ausgerichtet die Infrastruktur zu schaffen. Aber ich halte es für eine Illusion, ein Netz in Deutschland auf Umsteiger auszulegen, wie es im Deutschlandtakt vorgesehen ist. Kein Mensch hat Lust umzusteigen. Das ist doch genau das, was die Menschen davon abhält, die Bahn zu nutzen.

kenwind hat, dass dort investiert wird. Wenn wir merken, dass das ganze diskriminierungsarm läuft und es starke Schiedsrichter wie die Monopolkommission, die Bundesnetzagentur, das Bundeskartellamt und die EU-Kommission gibt, wollen wir unseren Beitrag leisten. Diesen starken Schiedsrichter braucht man aber, sonst kann man gegen einen Staatskonzern nicht bestehen.

Aber braucht so ein Deutschlandtakt nicht auch eine einheitliche Buchungs-App?

Natürlich gilt die Deutsche Bahn als das Schienunternehmen schlechthin, der DB Navigator wird deshalb als die Plattform angesehen, die die umfassende Schienenauswahl ist. Das liegt natürlich am generischen Namen bahn.de. Bahn ist kein Eigenname. Da ärgert es uns schon, dass sich die Bahn weigert, uns auf ihrer App zu verkaufen. Das geht rechtlich nicht, das Thema gehen wir auch an. Aber eine App für alles wird niemanden motivieren, nachhaltig zu reisen. Nur weil die App schöner und umfassender ist, werden nicht 30 Prozent mehr Menschen Bahn fahren. Die echte Arbeit ist die harte an der Infrastruktur und einem attraktiven Angebot.

Vielen Dank für das Gespräch, Herr Schwämmlein.

Die Fragen stellte Jens Koenen.

Florian Jaenickel/afp, Imago/STPP

Was brauchen wir dann?

Es muss ein attraktives Angebot auf möglichst vielen Verbindungen aufgebaut werden, und zwar Direktverbindungen zwischen den großen Ballungsräumen. Von dort kann man in die Fläche ausfassen und so der deutschen Struktur gerecht werden. Kein Mensch braucht während des ganzen Tages einen 20-Minuten-Takt auf einer Fernverkehrsstrecke. Man muss das Angebot dann verdichten, wenn die Menschen fahren wollen. Freitagnachmittag reisen viel mehr Menschen als Sonntagnachmittag, das muss ein sinnvoller Deutschlandtakt berücksichtigen.

Angeblich haben sich im Verkehrsministerium jenseits der Bahn schon viele Interessenten für den Fernverkehr beim Deutschlandtakt gemeldet. Sind Sie dabei?

Wir sind bereit, viel zu investieren, auch um die Klimaziele zu erreichen. Und wir wollen den Deutschlandtakt mitgestalten, wir passen mit unseren Geschwindigkeiten mittlerweile auch in den Takt hinein. Wir machen jedem der Verantwortlichen bewusst, dass es kein reiner DB-Takt werden darf, sondern dass es da noch einen zweiten Anbieter gibt.

Haben Sie keine Bedenken, dass Sie ausgebremst werden?

Wir finden es gut, dass die Schiene politischen Rü-

Anzeige



SUSTAINABLE IMPACT AWARD

02.09.2021
19:00 UHR

Die nachhaltigste Preisverleihung des Jahres

Willkommen zur feierlichen Vergabe des SIA an Deutschlands nachhaltigste Unternehmen aus dem Mittelstand. Am 02.09. bittet WirtschaftsWoche-Chefredakteur Beat Balzli die Sieger der Kategorien **Impact on Humans**, **Impact on Earth**, **Impact of Product** und der beiden Sonderpreise **SME EnterPrize** und **THSN NewComer** auf die große Bühne – und Sie können live per Stream dabei sein. Veredelt wird die Verleihung durch Beiträge unserer Impulsgeber:innen:

Anna Alex, Co-Founder Planetly
Anna Cavazzini, Grünen-Europaabgeordnete
Christoph Werner, CEO von dm-drogerie markt

Jetzt anmelden:
sia-award.de

Hauptsponsor

GENERALI

Wirtschafts
Woche



Geldpolitik

Biden sollte auf Powell setzen

Eine Wende in der US-Geldpolitik rückt näher. Der Fed-Chef ist der richtige Mann dafür.

US-Notenbankchef Jerome Powell hat mit seiner Rede auf der Jackson-Hole-Konferenz ein weiteres Signal für ein baldiges Auslaufen der Anleihekäufe in den USA gegeben. Damit rückt die Wende in der Geldpolitik dort näher.

Wer die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) durch diese Phase führen soll, ist noch offen. Powells Amtszeit läuft nächstes Jahr im Februar aus. US-Präsident Joe Biden hat noch nicht entschieden, ob er ihn für weitere vier Jahre nominiert oder auf eine andere Person im wichtigsten Amt für das globale Finanzsystem setzt. Die Personalie ist aktuell noch wichtiger als ohnehin, weil die Fed vor besonders kontroversen Entscheidungen steht.

Das zeigt sich bereits daran, dass die Positionen der Notenbanker über das weitere Vorgehen nun stärker auseinandergehen. In der Krise war für alle klar, welche Richtung die Fed einschlagen musste. Ihre Mitglieder entschieden meist mit großer Mehrheit. Seit die US-Wirtschaft aber wieder kräftig wächst, die Inflation hochgeschossen ist und die Märkte immer neue Rekorde erreichen, ist die Situation viel komplizierter geworden. Darauf spielen unterschiedliche geldpolitische Orientierungen eine größere Rolle. Es geht viel stärker darum, wie der oder die Einzelne verschiedene Risiken abwägt.

Das gilt vor allem für die Inflation. Natürlich hängt ein Teil des aktuellen Preisanstiegs mit vorübergehenden Faktoren zusammen. Dass sich etwa Preise für Flugreisen oder Hotelübernachtungen deutlich verteuert haben, liegt daran, dass sie zu Beginn der Pandemie eingebrochen waren. Auch der hohe Preisanstieg für Autos und Gebrauchtwagen lässt



Angesichts der gestiegenen Inflation wäre ein Wechsel an der Fed-Spitze riskant.

Jan Mallien

sich darauf zurückführen, dass viele Autohersteller wegen des Chipmangels ihre Produktion nicht hochfahren können.

Richtig ist aber auch, dass die Fed mit ihren Inflationsprognosen für dieses Jahr weit danebenlag – und den starken Anstieg nicht vorhergesahen hat. Die Situation in den USA ist anders als die in Europa, weil dort die Regierung die Wirtschaft in viel größerem Umfang stützt; dadurch sind die Inflationsgefahren größer. So sind auch Immobilienpreise und Mieten deutlich gestiegen. Diese Preisanstiege dürften länger anhalten, denn sie lassen sich nicht durch eine kurzfristige Anhebung des Angebots bremsen. Zudem sprechen die zuletzt hohen Lohnzuwächse für länger anhaltende hohe Inflationsraten.

Auch die Debatte über die Lage am Arbeitsmarkt dürfte kontroverser werden. Die Arbeitslosenquote in den USA ist mit zuletzt 5,4 Prozent im Juli bereits recht niedrig. Darin sind aber viele Menschen gar nicht erfasst, weil sie schon länger arbeitslos sind und nicht mehr aktiv nach Arbeit suchen. Einige Ökonomen sind daher überzeugt, dass die Fed ihre Geldpolitik noch deutlich länger sehr locker lassen sollte. In den kommenden vier Jahren steht die Fed also vor besonders kontroversen Debatten. Wer ist am besten geeignet, um sie durch diese Phase zu führen? US-Präsident Biden wäre gut beraten, weiter auf Amtsinhaber Powell zu setzen.

Powell hat seine politische Unabhängigkeit bewiesen. Seine wichtigste Leistung bestand darin, dass er den Angriffen von Bidens Amtsvorgänger Donald Trump auf die Fed widerstanden hat und ihre Unabhängigkeit verteidigte. Trump wollte niedrige Zinsen,

aber Powell folgte ihm nicht wie gewünscht. Außerdem hat sich Powell geldpolitisch bisher keine gravierenden Fehler zuschulden kommen lassen. Und er hat gezeigt, dass er zu schnellen Kurskorrekturen bereit ist, wenn sich die wirtschaftlichen Bedingungen ändern. Nach seinem Amtsantritt 2018 erhöhte er die Zinsen, änderte dann aber die Richtung, als sich die Inflation 2019 abschwächte. Zu Beginn der Pandemie senkte er die Zinsen auf nahe null und leitete massive Käufe von Vermögenswerten ein, um die Märkte zu stabilisieren. Ein solcher Pragmatismus ist im aktuellen Umfeld großer Unsicherheit gefragt.

Angesichts der gestiegenen Inflation wäre ein Wechsel an der Fed-Spitze riskant. Andere Anwärter als Powell, wie Fed-Gouverneurin Lael Brainard, die der Demokratischen Partei angehört, haben den Ruf, dass sie für eine noch lockere Geldpolitik stehen. Würde Powell, der als Republikaner gilt, durch Brainard ersetzt, könnte dies als Zeichen aufgefasst werden, dass die Fed künftig eine höhere Inflation in Kauf nimmt. Zudem wäre dies ein deutliches Signal für eine stärkere politische Einflussnahme auf die Fed.

Powell hat viel Zeit darauf verwandert, Kontakte zu beiden Seiten des politischen Lagers zu knüpfen. Er ist daher die beste Wahl, um zu verhindern, dass die extreme Polarisierung in der amerikanischen Politik auf die Notenbank übergeht. Mit ihm hat die Fed die besten Chancen, die Phase des Ausstiegs aus der lockeren Geldpolitik gut zu bewältigen.

Der Autor ist Korrespondent in Frankfurt. Sie erreichen ihn unter: mallien@handelsblatt.com

Es gibt keine einheitlichen Standards, die festlegen, welche Anlagen nachhaltig sind.

Yasmin Osman

Bei der Anlage in ökologische, soziale oder ethische Vermögenswerte, zusammengefasst im Kürzel ESG (Environment, Social, Governance), spielen das Vertrauen in den Anbieter eines Produkts mindestens eine ebenso große Rolle wie die erzielbare Rendite. Und allein die Untersuchungen der Aufsichtsbehörden machen deutlich, dass Greenwashing – also Schönfärberei bei Nachhaltigkeitsangaben – wohl bald kein Kavaliersdelikt mehr sein wird.

Für die Finanzbranche ist das Warnschuss und Chance zugleich. Das Risiko für die Branche liegt darin, dass es bislang keine einheitlichen Standards gibt, die festlegen, welche Anlagen eigentlich wirklich nachhaltig sind. Nachhaltigkeitskriterien sind erst im Entstehen, selten verbindlich und erst recht nicht einheitlich. Dieser Wildwuchs ist einerseits sehr bequem: Er verleiht dazu, auf möglichst breite Definitionen zu setzen und die dann möglichst großzügig auszulegen.

Der Nachteil: Ohne ESG-Goldstandard lassen sich Greenwashing-Vorwürfe auch nicht auf die Schnelle ausräumen. Man darf davon ausgehen, dass die DWS nicht der einzige Vermögensverwalter ist, der sich schnell mal in Verlegenheit bringen ließe, wenn man seine Nachhaltigkeitsangaben genau abklopfen würde.

Genau darin liegt aber auch eine Chance: Wenn sich nämlich Politik und Finanzbranche dazu aufrufen können, einen ESG-Goldstandard zu schaffen. Gerne darf es auch noch einen Silber- oder Bronze-Standard für feinere Abstufungen in der Nachhaltigkeit geben. Hauptsache, er ist möglichst breit akzeptiert, möglichst marketing-frei, möglichst verständlich, möglichst verbindlich. Wie schwierig das ist, zeigt das Beispiel Atomkraft – in Deutschland als schmutzige Energieform verpönt, in Frankreich wegen des geringen Ausstoßes von Kohlendioxid bei der Spaltung von Uran hoch geschätzt. Die EU hat sich zu dieser Frage noch immer nicht positioniert. Eine Entschuldigung sind solche Schwierigkeiten aber nicht. Der Preis für reputationsschädigende Ermittlungen – und womöglich noch peinlichere Strafen – ist im Zweifel noch höher.

Die Autorin ist Korrespondentin in Frankfurt. Sie erreichen sie unter: osman@handelsblatt.com

iPhone-Konzern

Gar nicht intuitiv

Bei seiner App-Store-Gebühr verrenkt sich Apple immer mehr



Für Apple geht es bei seinen App-Store-Gebühren um Macht und Geld.

Alexander Demling

Alleine in der vergangenen Woche hat Apple zwei größere Änderungen an seinen App-Store-Regeln angekündigt: In einer außergerichtlichen Einigung gestand der iPhone-Hersteller App-Entwicklern zu, ihre über den App Store gewonnenen Nutzer per E-Mail über alternative Zahlungsmöglichkeiten für dort abgeschlossene Abos zu informieren – so können die App-Entwickler die 30-prozentige Gebühr umgehen, die Apple für Vermittlung, Zahlungsabwicklung und andere Dienstleistungen nimmt. Und dann hat Apple noch angekündigt, von Verlagen nur noch 15 Prozent zu nehmen, allerdings nur wenn diese an Apples ziemlich schlapp angelaufenem Nachrichten-Abo News+ teilnehmen.

Sollte ein deutscher Steuerberater eine neue Herausforderung suchen, kann er sich bald auf Apples Regelwerk spezialisieren. Für einen Konzern, der Intuition zum obersten Designprinzip seiner iPhones und iPads erklärt hat, ist das ziemlich peinlich. Für Apple geht es bei seinen App-Store-Gebühren natürlich nicht um Eleganz, sondern um Macht und Geld. Im Prozess gegen den Spieleentwickler Epic Games erklärte Tim Cook recht offen die Überlegung hinter dem Verbot, Nutzer auf alternative Zahlungsmethoden hinzuweisen: „Wir würden praktisch unsere Rendite auf unser geistiges Eigentum aufgehen.“

Gerechter wird es, ähnlich wie im deutschen Steuerrecht, aber nicht durch immer mehr Ausnahmen. Nehmen wir das nun leicht aufgeweichte Verbot, Nutzer über alternative Zahlungswegen zu informieren. Dieses dürfen Entwickler mit einer Mail umgehen, nicht aber mit einem Hinweis in ihrer App selbst. Im Epic-Prozess verglich ein Apple-Anwalt das mit einem Schild, das Apple in einem Elektronikmarkt aufstellt, um auf die günstigeren Preise für das iPhone im Apple-Laden gegenüber hinzuweisen – was der Elektronikladen natürlich verbieten würde.

Der passende Vergleich wäre aber ein Elektronikladen, der selbst in Apple-Apps oder dem Safari-Browser rumschnüffelt, ob Apple dort Smartphones feilbietet, ohne dass der Markt Umsatz abbekommt.

Die meisten Nutzer werden einen Teufel tun, Spotify- oder Tinder-Abos über fremde Webseiten abzuschließen und dort ihre Bankverbindung einzutippen. Sie schätzen die Sicherheit und Einfachheit des App Stores oder sind einfach Gewohnheitstreue. Es stünde dem wertvollsten Konzern der Welt gut zu Gesicht, eigene konsequente Konzessionen zu machen statt sich von Regulierern dazu zwingen zu lassen.

Der Autor ist Korrespondent in San Francisco. Sie erreichen ihn unter: demling@handelsblatt.com

Außenansichten

LE FIGARO

Die französische Zeitung „Le Figaro“ kommentiert die Auswirkungen des Corona-Sanitätspasses auf die französische Bahn SNCF:

Die Auswirkungen des Sanitätspasses auf den Verkehr bei der SNCF im Sommer sind limitiert. Mehr als 97 Prozent der Reisenden haben einen gültigen Sanitätspass. Die Einführung des Passes für Fernzüge hat den Verkehr in diesem Sommer nicht wesentlich reduziert. „Wir hatten einen guten Sommer mit fast 22 Millionen Personen, die wir befördert haben“, erklärte SNCF-Chef Jean-Pierre Farandou. Für fehlende Sanitätspässe hat die SNCF Partnerschaften mit Apotheken geschlossen, um schnell einen Test machen zu können. Bei den SNCF-Baumeln kommt die Impfung voran, 70 Prozent sind geimpft. Ab Montag ist der Sanitätspass an öffentlichen Orten wie Restaurants, Museen, Kinos und Geschäftszentren für die Angestellten Pflicht. Die Angestellten, die sich nicht daran halten, werden nicht entlassen, können aber ohne Bezahlung freigestellt werden.

FT FINANCIAL TIMES

Die britische „Financial Times“ kommentiert den Aktienrückkauf von Spotify:

Für den schwedischen Streamingdienst der Musikindustrie ist der Rückkauf von Aktien im Wert von einer Milliarde US-Dollar – anstatt das Geld in Forschung und Entwicklung, Marketing oder Investitionen zu stecken – offensichtlich mit Vertrauen in die Wachstumsaussichten vereinbar. Es ergäbe vielleicht mehr Sinn für Spotify, das Vierfache des nachlaufenden freien Cashflows in einen Rückkauf zu stecken, wenn die Aktien ein Schnäppchen wären. Aber trotz eines Rückgangs von 44 Prozent seit seinen Höchstständen Anfang Februar handelt der Streamingriesen immer noch mit dem Vierfachen des erwarteten Umsatzes. Und das bei einer Wachstumsrate von nur 18 Prozent und Bruttomargen von 26 Prozent. Das Problem dabei ist jedoch nicht so sehr der für die Spotify-Aktien gezahlte Preis, sondern was er über die Wachstumsaussichten aussagt. Wer Geld für Aktienrückkäufe übrig hat, hat offenbar keine interessanten Ziele für Investitionen mehr.

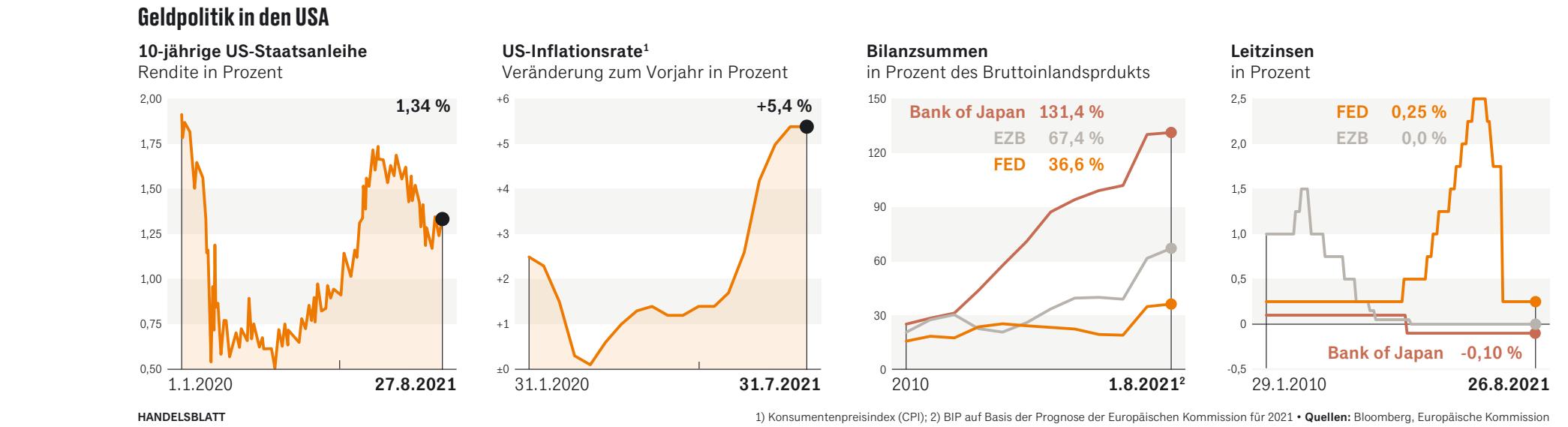
Bloomberg

Die Finanznachrichtendienst „Bloomberg“ kommentiert die Großspenden chinesischer Tech-Konzerne:

Man könnte es die kommunistische Dotcomblase nennen. Die Aktien des chinesischen Onlineshändlers Pinduoduo stiegen in den USA um 22 Prozent, nachdem sie als einer von mehreren Technologieriesen eine große Spende für soziale Projekte zugesagt hatten. Die Unternehmensfürer des Landes reagierten auf das Streben von Präsident Xi Jinping nach „gemeinsamem Wohlstand“. Heutzutage scheint es: je mehr chinesische Internetunternehmen verschenden, desto mehr sind sie wert. Chinas Kommunistische Partei ist misstrauisch gegenüber dem wachsenden Reichtum und der Macht der Technologieindustrie. Gleichzeitig hat Xi seine Entschlossenheit gezeigt, die politische Kontrolle über die Wirtschaft wiederherzustellen und den Trend der zunehmenden Ungleichheit umzukehren. In diesem Umfeld ist es gut angelegtes Geld, Ressourcen bereitzustellen, um die Regulierungsbehörden zu beruhigen und die Ausrichtung an den soziökonomischen Prioritäten der Regierung zu signalisieren.



Jerome Powell:
Er versicherte, dass
eine Reduktion der
Anleihekäufe nicht als
direktes Signal für
baldige Zinserhöhun-
gen zu verstehen sei.



Die US-Notenbank hat bisher stets als Kriterien für ein Tapering genannt, dass es „substantielle Fortschritte“ auf dem Weg zu Vollbeschäftigung und Preisstabilität geben muss. Powell machte in seiner Rede deutlich, dass es zuletzt in beiden Punkten weitere Verbesserungen gegeben habe. Mit Blick auf die Preisstabilität war dabei lange Zeit eher zu niedrige als zu hohe Inflation das Problem. Das hat sich in diesem Jahr geändert.

Infoe der wirtschaftlichen Erholung von der Coronakrise ist die Inflation zuletzt kräftig gestiegen und lag deutlich über der angestrebten Preissteigerungsrate der Fed von zwei Prozent. Laut Powell hat die US-Notenbank ihr Preisstabilitätsziel inzwischen erreicht. Im Juli lag der Anstieg des Konsumentenpreisindex bei 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch das von der Fed präferierte Inflationsmaß, der Preisindex der privaten Konsumausgaben, stieg im gleichen Monat auf 4,2 Prozent – der höchste Wert seit 30 Jahren.

Die Fed war in ihren Inflationsprognosen für dieses Jahr von deutlich geringeren Werten ausgegangen. Sie hält aber an ihrer Position fest, dass es sich bei dem Preisanstieg weitgehend um ein vorübergehendes Phänomen handelt, das sie vor allem auf Sondereffekte durch die Pandemie zurückführt. In seiner Rede wies Powell darauf hin, dass sich die hohen Preissteigerungen hauptsächlich auf eine überschaubare Gruppe von Produkten beschränkt, die davon stark beeinflusst gewesen seien. Zum Beispiel Hotelpreise, die in der Pandemie dramatisch gesunken waren und nun im Vergleich zum Vorjahr besonders stark gestiegen sind. Powell geht davon aus, dass dieser relative Anstieg nicht mehr lange andauern wird, da die Hotelpreise schon heute fast wieder auf dem Niveau der Zeit vor der Pandemie sind. Auch bei den zuletzt stark gestiegenen Gebrauchtwagenpreisen sieht er derzeit bereits einen Rückgang. Für 2022 prognostiziert die Fed wieder eine deutlich niedrigere Inflation.

Unterschiedliche Sicht über Inflation
Diese Sicht ist unter Ökonomen aber umstritten. So erwartet zum Beispiel der Chef des Washingtoner Peterson Institute, Adam Posen, dass die höhere Inflation länger anhalten wird. Dennoch plädiert er dafür, trotz einer höheren Inflation noch lange an der lockeren Geldpolitik festzuhalten. Er sieht nur eine Bewährungsprobe für die neue Strategie der Fed. Sie hatte im vergangenen Jahr angekündigt, dass sie künftig eine Inflation von über zwei Prozent anstreben will, wenn diese zuvor darunter lag.

Laut Posen hat Powell die weiter sehr lockere Geldpolitik bisher mit dem temporären Charakter des Inflationsanstiegs begründet. Dies bringt ihn in eine schwierige Position, wenn sich die Prognosen der Fed als falsch erweisen – und die Inflation auch im nächsten Jahr hoch bleibt. Denn dann würde die Öffentlichkeit eine schnellere Straffung der Geldpolitik erwarten.

aus der offiziellen Statistik heraus, weil sie zum Beispiel schon länger arbeitslos sind und nicht mehr aktiv nach Arbeit suchen.

Auch wenn Powell in seiner Rede betonte, dass kein direkter Zusammenhang zwischen Anleihekäufen und Zinserhöhungen besteht, hängen beide Elemente eng miteinander zusammen. Ein Grund für seine Äußerungen dürften die Erfahrungen aus dem Jahr 2013 sein. Als der frühere Fed-Chef Ben Bernanke damals ein schnelleres Herunterfahren der Anleihekäufe in Aussicht stellte, löste er schwere Turbulenzen an den Finanzmärkten aus, weil Investoren daraufhin frühere Zinserhöhungen erwarteten. Solange die Fed noch Anleihen kauft, gilt eine Zinserhöhung als nahezu ausgeschlossen. Das bedeutet jedoch im Umkehrschluss: Wenn die Anleihekäufe beendet sind, rückt eine Zinserhöhung näher.

Die Tücken des Ausstiegs

Aus Sicht von Adam Posen sind die massiven Anleihekäufe wirtschaftlich gar nicht mehr wichtig. Ihre Wirkung sei vor allem in Krisen stark, aber nicht in normalen Zeiten. Dennoch warnt er, dass ihr Auslaufen Probleme verursachen könnte – nicht nur, wenn die Märkte dadurch frühere Zinserhöhungen erwarten. Daneben könnten auch öffentliche Auflerungen von Notenbankern über die Feinjustierung des Taperings zu Schwankungen an den Märkten führen. Zudem sieht er die Gefahr, dass es den Fed-Verantwortlichen während des Taper-Prozesses möglicherweise schwerer einzugestehen, dass die Inflation länger hoch bleiben könnte.

Wie sich das Tapering auswirkt, wird auch davon abhängen, über welchen Zeitraum die Fed es streckt und wie sie dabei vorgeht. Sie muss abwägen, ob sie flexibel vorgeht oder sich darauf festlegt, in welchem Tempo sie die Käufe reduziert. Legt sie sich von vornherein fest, würde das die Unsicherheit reduzieren. Ein flexibles Vorgehen dagegen hätte den Vorteil, dass sie die Schritte an die wirtschaftlichen Bedingungen anpassen kann.

Die US-Investmentbank Goldman Sachs erwartet, dass die Fed ihre Anleihekäufe ab Dezember bei jedem ihrer Treffen um 15 Milliarden US-Dollar reduzieren wird. In diesem Fall wären die Käufe im Herbst 2022 beendet. Danach könnte die Notenbank aus Sicht von Goldman Sachs noch ein Jahr warten, bis sie die Zinsen erstmals anhebt. Der Chef der regionalen Fed von St. Louis, James Bullard, sprach sich hingegen dafür aus, die Käufe bereits innerhalb des ersten Quartals 2022 zu beenden.

Klar ist, dass die USA die wirtschaftliche Krise in der Pandemie überwunden haben. Damit dürften nun auch die geldpolitischen Entscheidungen wieder kontroverser werden. Das zeigt sich bereits daran, dass einzelne Fed-Vertreter sehr unterschiedliche Vorstellungen geäußert haben, wie die Notenbank beim Ausstieg aus der lockeren Geldpolitik vorgehen sollte.



Der Chef der US-Notenbank sucht nach Wegen, die Anleihekäufe zu beenden, ohne die Märkte zu verschrecken. In seiner Rede auf der Jackson-Hole-Konferenz gibt Powell ein deutliches Signal dafür.

Katharina Kort, Jan Mallien
New York, Frankfurt

Die US-Notenbank Fed könnte noch in diesem Jahr damit beginnen, ihre Anleihekäufe zurückzufahren. Das erklärte Fed-Chef Jerome Powell am Freitag auf der Jackson-Hole-Konferenz der Notenbank. Auf der Juli-Sitzung der Fed sei er wie die meisten seiner Kollegen der Auffassung gewesen, „dass es angemessen sein könnte, das Tempo der Wertpapierkäufe in diesem Jahr zu reduzieren, wenn sich die Wirtschaft im Großen und Ganzen wie erwartet entwickelt“. Seither habe es einen weiteren starken Arbeitsmarktreport gegeben, es sei aber auch das Risiko durch die Delta-Variante des Coronavirus gestiegen.

Damit steuert die Fed auf eine Wende in ihrer Geldpolitik zu. Seit Beginn der Corona-Pandemie hat sie ihre Leitzinsen bis nahe null gesenkt und kauft für monatlich 120 Milliarden Dollar Anleihen und Hypothekenpapiere. Angesichts der starken Erholung der US-Wirtschaft drängten zuletzt mehrere Notenbankvertreter auf einen baldigen Kurswechsel. Der erste Schritt in diese Richtung wäre ein Herunterfahren (taper) der Anleihekäufe.

Für Brent Schutte, Chef-Investmentstrategie von Northwestern Mutual Wealth Management, ist die Powell-Rede ein weiterer Beweis, dass die

Er gilt allerdings auch als besonders sensibel für die Märkte, weil Investoren daraus unter Umständen Rückschlüsse auf die Zinsentwicklung bis weit in die Zukunft ziehen. Powell versicherte in seiner Rede jedoch, dass eine Reduktion der Anleihekäufe nicht als direktes Signal für baldige Zinserhöhungen zu verstehen sei.

Anleger reagieren erleichtert

Vor allem diese Bemerkung kam an der Börse gut an. Der Dow Jones legte nach der Rede am Freitag zu und gewann 0,7 Prozent. Auch der technologielastige Nasdaq legte zu. Die Renditen zehnjähriger US-Anleihen gaben nach. Die Finanzierungsbedingungen wurden damit also eher lockerer straffer.

Der Chefvolkswirt des Internationalen Bankenverbands (IIF), Robin Brooks, reagierte verwundert auf die Marktreaktion. „Wenn das Ziel der Fed darin besteht, die Finanzbedingungen zu straffen, ist dies prekär“, schrieb er auf Twitter. Aus seiner Sicht erhöhen fallende Langfristrenditen das Risiko, dass die Fed früher die Zinsen anheben muss.

Für Brent Schutte, Chef-Investmentstrategie von Northwestern Mutual Wealth Management, ist die Powell-Rede ein weiterer Beweis, dass die



Diese Fed ist dem
Markt verpflichtet.

Brent Schutte
Chef-Investmentstrategie von
Northwestern Mutual Wealth
Management

Fed für eine lockere Politik steht: „Diese Fed ist dem Markt verpflichtet“, sagte er gegenüber dem Wirtschaftssender CNBC. Die Fed wolle ganz offensichtlich den September abwarten, um zu sehen, wie der Arbeitsmarktreport während der zeitgleichen Ausbreitung der Delta-Variante ausfällt.

Laut dem Devisenexperten der US-Großbank Citi, Ebrahim Rahbari, hält sich Powell alle Optionen offen. Seiner Ansicht nach ist die Fed bestätigt, dass die Fed das Tapering wahrscheinlich im November verkünden wird.

Powells Rede war mit besonderer Spannung erwartet worden. Traditionell gilt die Jackson-Hole-Konferenz als eines der wichtigsten Ereignisse der internationalen Geldpolitik. In diesem Jahr fand die Konferenz aber nur virtuell statt. Der Teilnehmerkreis beschränkte sich weitgehend auf US-Vertreter. Der Chef der Bank of England, Andrew Bailey, und EZB-Chefin Christine Lagarde waren nicht dabei. Letztere kommt erst an diesem Montag aus dem Urlaub zurück. So drehte sich die Debatte in diesem Jahr noch stärker als sonst um die amerikanische Geldpolitik.

Susanne Schier Frankfurt

Es waren die ersten Quartalszahlen nach dem milliardenschwernen Börsengang, und sie fielen nicht überzeugend aus. Der US-Neobroker Robinhood meldete zwar ein kräftiges Umsatzwachstum im zweiten Quartal, doch gleichzeitig musste das Unternehmen die Investoren auf schwierige Zeiten einstellen: Für die drei Monate bis Ende September 2021 rechnet Robinhood mit saisonalem Gegenwind und geringeren Handelsaktivitäten – mit Folgen für Umsatz und Kundenwachstum.

Ist diese Warnung auch für die deutschen Neobroker ein schlechtes Omen? Geht dem Hype um neue Anbieter wie Trade Republic, Scalable Capital und Smartbroker die Luft aus? Zwar sind saisonale Schwankungen wie die, vor denen Robinhood warnt, ein bekanntes Phänomen im Wertpapierhandel. Dennoch stehen die Neobroker vor einer Bewährungsprobe: In den nächsten Monaten müssen sie beweisen, dass sie dauerhaft als Alternative zu Direktbanken und Online-Brokern etablieren können.

Während des Lockdowns in der Corona-Pandemie profitierten die Neobroker von einer Sonderkonjunktur. Viele Menschen entdeckten ihr Interesse an den Aktienmärkten und fanden über die neuen Trading-Angebote mit ihren günstigen Preisen und intuitiven Benutzeroberflächen einen einfachen Zugang zur Börse. Der Ansturm von Kleinanlegern auf US-Aktien wie Gamestop, AMC und Blackberry brachte den Neobrokern im ersten Quartal 2021 zusätzliche Neukunden und ein starkes Geschäft.

“

Wir sind voll auf Kurs, bis zum Jahresende etwa eine halbe Million Kunden auf der Plattform zu haben.

Erik Podzuweit
Mitgründer von Scalable Capital

Dass nach dieser außergewöhnlichen Entwicklung auch wieder schwächere Phasen kommen, war abzusehen. „Wenn der Lockdown zu Ende geht und die Menschen wieder mehr rausgehen können, werden viele die Lust an solchen Wetten verlieren“, hatte Erik Podzuweit, Mitgründer von Scalable Capital, bereits im Februar prophezeit.

Auch Brokerage-Experte Philipp Bulis von der Beratungsgesellschaft Oliver Wyman hat „das Wiederabflachen der Handelsaktivität“ erwartet. Um das Wachstum aufrechtzuerhalten, hätte es weiteren Ereignisse wie den Gamestop-Hype gebraucht, die „natürgemäß nicht regelmäßig vorkommen“. Alexander Braun von Beratungsunternehmen Capco bezeichnet den Rückgang des Trading-Hypes, der wohl alle Broker und Neobroker trifft, nach den Rekorden aus dem ersten Quartal ebenfalls als „normale Entwicklung“.

Nun geht es darum, ob die Neobroker unabhängig von solchen Hypes wachsen können. Ganz einfach scheint das nicht: In dieser Woche überraschte der zur Wallstreet-Online-Gruppe gehörende Smartbroker mit einem deutlich schwächeren Kundenwachstum. Bis Ende 2020 hatte der Broker gut 80.000 Kunden gewonnen. Im Früh-

Wertpapierhandel

Bewährungsprobe für die Neobroker

Der Trading-Hype ebbt ab. Nach einem sehr guten Jahresstart sind Kundenwachstum und Handelsaktivitäten derzeit wieder schwächer. Dennoch sehen sich die neuen Plattformen auf Kurs.



PHILIP CHEUNG/The New York Times

jahr waren es 135.000 Kunden. Bis Ende Juni erhöhte sich die Zahl dann nur noch auf 142.000.

Wallstreet-Online-Chef Matthias Hach sagt dazu: „Auch wenn die offiziellen Zahlen nach dem ersten Quartal des Jahres den Anschein geben, dass sich unser Kundenwachstum zuletzt abgeschwächt hat, sind wir sehr zuversichtlich, unsere Ziele zu erreichen.“ Er gehe davon aus, bis zum Jahresende 200.000 Kunden bei Smartbroker zu haben. Seine Einschätzung stützt er darauf, dass „der-

Computerspiele-händler Gamestop: Am Jahresanfang trieben Kleinanleger den Aktienkurs nach oben.

zeit zahlreiche Menschen Interesse an einer Kontoeröffnung zeigen oder bereits das Legitimationsverfahren durchlaufen“.

Positiv sticht zudem das betreute Vermögen mit 30.000 Euro pro Kundenhäuschen hervor. So hatte Flatedegiro zum Halbjahr ein betreutes Kundenvermögen von über 40 Milliarden Euro und gut 1,75 Millionen Kunden, was knapp 23.000 Euro pro Kunde entspricht. Der Online-Broker konnte von Januar bis Juni über 500.000 neue Kunden hinzugewinnen.

Experten sehen bei Smarbrocker aber einen wichtigen Nachteil. Dem Anbieter fehle eine Smartphone-App. Die einfach bedienbaren Apps der Konkurrenten und die damit verbundene Möglichkeit, überall zu handeln, gelten neben den niedrigen Gebühren als einer der Gründe, warum sich Anleger für einen Neobroker entscheiden. Hach stellt daher den Marktstart einer App für Anfang 2022 in Aussicht.

Dennoch optimistisch

Auch anderen Neobrokern dürfte es zuletzt schwerer gefallen sein, das hohe Kundenwachstum zu halten. Podzuweit von Scalable Capital bleibt dennoch optimistisch: „Wir sind voll auf Kurs, bis zum Jahresende etwa eine halbe Million Kunden auf der Plattform zu haben.“ Aktuell habe das Unternehmen, das auch in der digitalen Vermögensverwaltung aktiv ist, knapp 350.000 Kunden. Davon nutze die Mehrheit den Broker. Marktführer Trade Republic hatte bereits im Mai mehr als eine Million Kunden und gibt keine aktuelleren Zahlen bekannt.

Brokerage-Experte Bulis hält die Ziele der Neobroker zwar nicht für unrealistisch, aber für ambitioniert, solange es keine neuen Impulse an den Märkten gibt. Dass die Kunden derzeit weniger handeln als noch im Frühjahr, sehen auch die deutschen Anbieter vor allem in der Saisonalität begründet. „Traditionell ist im Wertpapiergeschäft das vierte und das erste Quartal am stärksten. Dass unsere Kunden derzeit weniger handeln, beunruhigt uns nicht“, betont Podzuweit. Er geht davon aus, dass die Handelsaktivitäten im Herbst wieder anziehen. Und das auch ohne neuen Gamestop-Hype.

Zugleich legen die Neobroker Wert darauf, nicht als Zockerbuden wahrgenommen zu werden, auch wenn es für sie lukrativ ist, wenn die Kunden kräftig handeln. So gab Scalable Capital am Freitag bekannt, sein Sparplanangebot deutlich zu erweitern. Ab einer Rate von einem Euro können Anleger Aktien, Indexfonds und Kryptowährungen ohne Ordergebühren besparen.

Auch Trade Republic stellt sich als eine Plattform für das langfristige Sparen dar: „80 Prozent unserer Kunden haben mindestens einen Aktien- oder ETF-Sparplan“, sagte Mitgründer Christian Hecker vor Kurzem im Handelsblatt-Interview. Seiner Ansicht nach bleiben Kunden, die im Niedrigzinsumfeld eine Alternative für die Altersvorsorge suchen, auch längerfristig bei der Stange.

Laut Braun von Capco ist für den Erfolg der Neobroker in Deutschland daher entscheidend, wie anfällig sie aufgrund der Aufstellung ihrer Kundenbasis gegenüber Marktschwankungen sind, da insbesondere viele Börseneinsteiger noch unzureichende Erfahrungen sowohl mit starken Kursenbrüchen als auch mit nachhaltigen Anlagestrategien gemacht hätten. Fraglich sei daher, ob die Neobroker auch in einem Marktumfeld mit heftigeren Korrekturen Marktanteile gegenüber den etablierten Anbietern ausbauen können.

Bulis von Oliver Wyman ist allerdings überzeugt, dass es einen Kundenstockel gibt, der auch bei „schlechteren Märkten bestehen bleiben wird“. Im Jahr 2020 habe der Marktanteil von Neobrokern in Deutschland bei sieben bis acht Prozent gelegen: „Für 2023 haben wir einen Marktanteil von 20 bis 25 Prozent berechnet.“ Vorteile sieht er in der Ansprache junger Kunden und in der kostengünstigen Infrastruktur.

Finanzaufsicht

Zusätzlicher Rettungsfonds für kriselnde Institute

Sparkassen und Landesbanken haben eine milliardenschwere Reform ihres Sicherungssystems auf den Weg gebracht. Die EZB muss allerdings noch zustimmen.

Nach monatelangem Streit haben sich die Sparkassen und Landesbanken auf einen Umbau ihres Sicherungssystems verständigt. Die Mitgliederversammlung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) stimmte am Freitag in Berlin einstimmig für eine grundlegende Reform sowie den Aufbau eines zusätzlichen Fonds zur Rettung kriselnder Geldhäuser.

„Es war ein intensiver Diskussionsprozess in unserer Gruppe, in dem befreit, unterschiedliche Interessen engagiert vertreten wurden“, sagte DSGV-Präsident Helmut Schleweis. „Erst dadurch wurde es möglich, eine gemeinsame Lösung zu finden, die alle Beteiligten jetzt mittragen können.“

Die Sparkassen-Finanzgruppe kommt mit dem Umbau Forderungen der Aufsichtsbehörden EZB und BaFin nach, die zahlreiche Schwächen bei der Institutssicherung bemängelt und grundlegende Anpassungen gefordert hatten. Unter anderem verlangten sie, dass die Institute zusätzlich zu den bereits vorhandenen Mitteln im Sicherungssystem ab dem Jahr 2025 gut fünf Milliarden Euro in einen neuen Topf zur Rettung kriselnder Institute einzahlen. Der DSGV will die verabschiedeten Beschlüsse nun der Finanzaufsicht vorlegen, wie DSGV-Präsident Schleweis erklärte. „Wir sind optimistisch, die Gespräche mit der EZB bald abschließen zu können.“

“

Die Verhandlungen unter Sparkassen und Landesbanken waren hart, der jetzt gefundene Kompromiss ist tragfähig und wichtig.

Danyal Bayaz
Finanzminister in Baden-Württemberg

Das öffentlich-rechtliche Sicherungssystem besteht seit den 1970er-Jahren und sieht vor, dass sich Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen im Krisenfall gegenseitig stützen. Die Institutssicherung gilt als maßgeblich für den Zusammenhalt der öffentlich-rechtlichen Institute, die zusammen Marktführer am deutschen Bankenmarkt sind.

Die Finanzaufsicht sieht die Institutssicherung schon länger kritisch, weil es bei der Rettung von Landesbanken wie der NordLB immer wieder zu monatelangen Hängepartien kam. Aktuell dienen die im Sicherungssystem hinterlegten Mittel nicht nur der Stützung kriselnder Institute, sondern auch zur gesetzlich vorgeschriebenen Absicherung von Spareinlagen. Die Finanzaufsicht findet das problematisch und dringt deshalb auf zwei getrennte Töpfe.

Die Zielausstattung des neuen Fonds zur Rettung kriselnder Banken entspricht dabei 0,5 Prozent der Risikopositionen der beteiligten Institute. Da sich die sogenannten Risikoaaktivitäten in der Sparkassen-Finanzgruppe insgesamt auf gut eine Billion Euro



Sparkassen-Logo:
Die Finanzgruppe kommt mit dem Umbau den Forderungen von EZB und BaFin nach.

ren. An den Landesbanken sind neben den Sparkassen auch die jeweiligen Bundesländer beteiligt. Wenn diese sich an Bankenrettungen beteiligen, wird dies von der EU-Kommission stets überprüft, was den gesamten Prozess in die Länge zieht.

Scope weist allerdings auch darauf hin, dass der Aufbau des Rettungstopfes eine zusätzliche finanzielle Belastung für die öffentlich-rechtlichen Institute darstellt, „die wegen sinkender Zinsmargen und ihrer hohen Kostenbasis ohnehin unter Druck stehen“. Die Extra-Kosten seien für Sparkassen und Landesbanken aber verschmerzbar, da der neue Fonds über einen längeren Zeitraum hinweg und erst ab 2025 befüllt werden müsse, erklärte die Ratingagentur. Andreas Kröner

ANZEIGE

Die Anleger-Initiative von Deutsche Bank und Handelsblatt

Investment Live Digital Edition

Nachhaltige Investmentstrategien und Anlagemöglichkeiten in bewegten Zeiten: In exklusiver Runde geben unsere Expert:innen Tipps und beantworten Ihre Fragen.

Melden Sie sich jetzt für den 13. September ab 17:30 Uhr an.



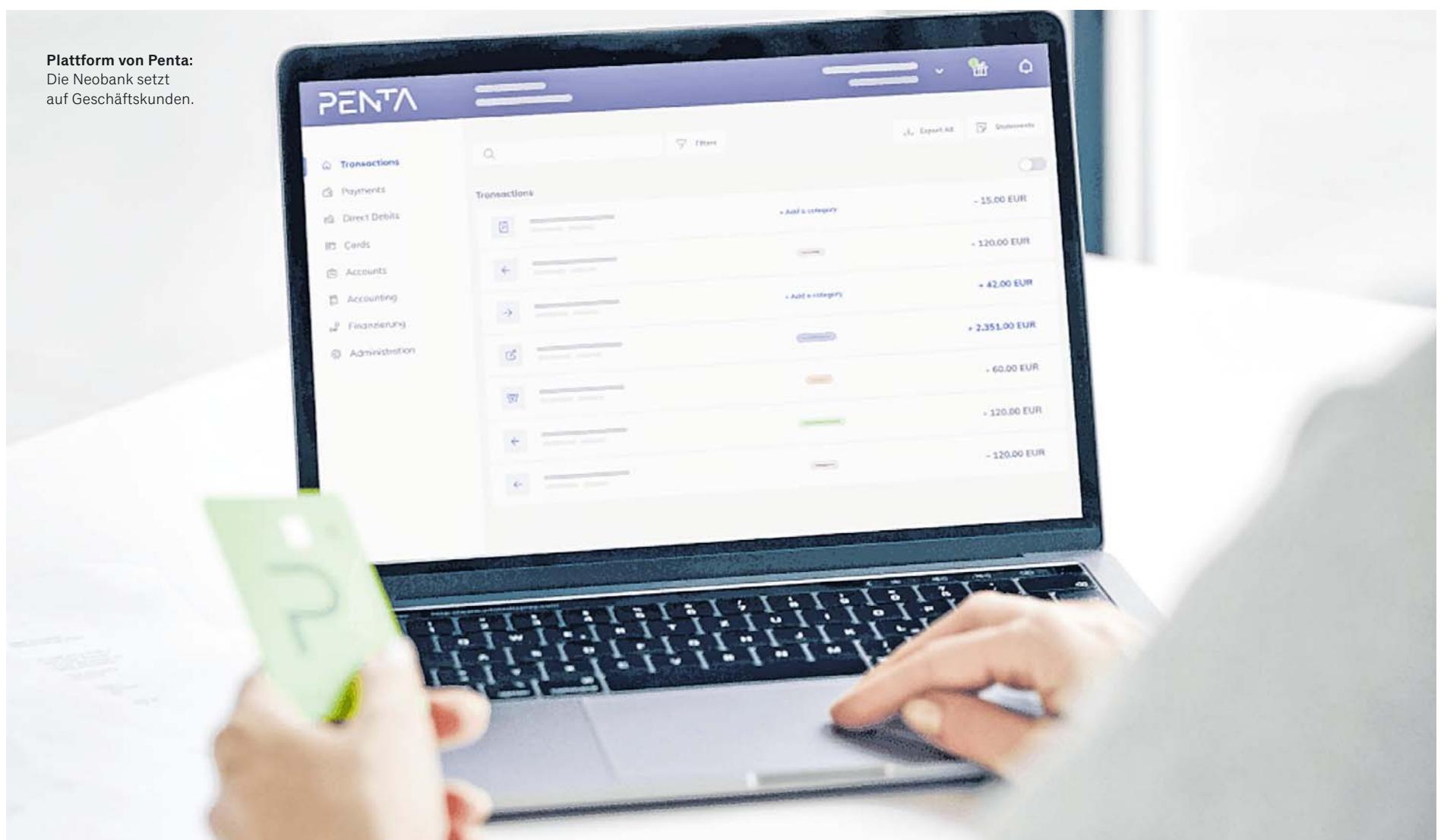
Katja Dofel
NTV-Börsen-moderatorin
Sebastian Matthes
Chefredakteur Handelsblatt
Dr. Ulrich Stephan
Chef-Anlagestrategie Privat- und Firmenkunden Deutsche Bank

Jetzt kostenlos anmelden:
handelsblatt.com/investmentlive



Handelsblatt
Substanz entscheidet.

In Kooperation mit
Deutsche Bank



Plattform von Penta:
Die Neobank setzt
auf Geschäftskunden.

Darlehensmarkt

Neue Konkurrenz für etablierte Banken

Ex-Deutschbanker Markus Pertlwieser baut das Kreditangebot von Penta aus.

Frank M. Drost Berlin

Penta-CEO Markus Pertlwieser stellt beim Thema Kredite die ersten strategischen Weichen. „Wir werden in diesem Jahr unser Kreditangebot ausbauen“, kündigte Pertlwieser gegenüber dem Handelsblatt an. Mit einigen Großbanken sei man in fortgeschrittenen Gesprächs.

Auch im Einlagenbereich wolle man den Kunden neue Angebote unterbreiten. „Wir werden keine zweistellige Anzahl von Partnern für unsere Plattform brauchen“, erklärt Pertlwieser. Aber wir benötigen je nach Risikoprofil unserer Kunden unterschiedliche Kreditgeber.“

Das Thema Dispokredit hat Penta ebenfalls im Visier. „Einen Dispokredit werden wir mit der Solarisbank anbieten, die auch für unsere Bank-Infrastruktur zuständig ist“, kündigt Pertlwieser an. Die Kreditangebote dürfen im kommenden Jahr auf den Markt kommen. Selbst werde Penta aber keine Kredite auf die eigene Bilanz nehmen.

Die Challenger-Bank bietet mit Hilfe von Kooperationspartnern bereits seit Ende vergangenen Jahres KfW-Schnelldarlehen an. Mit dem Kreditangebot hebt sich Penta derzeit von anderen Angeboten der Online-Geschäftsbanken ab. Aber Wettbewerber wie Holvi und Qonto liebäugeln ebenfalls mit entsprechenden Offerten für Geschäftskunden. Andere Anbieter wie Moss, Kontist oder

Finom dürfen sich dem Sog schlecht entziehen können.

Experten halten ein Kreditangebot für zentral. „Für Gründer und kleine und mittlere Betriebe sind Kredite in gewünschtem Volumen oder zu passenden Konditionen nicht immer leicht zu erhalten. Hier besteht Bedarf“, so Sven Korschinski, Partner bei der Beratungsgesellschaft KPMG. Derzeit gibt es in Deutschland 3,5 Millionen Freiberufler, Solo-Selbstständige sowie kleine und mittlere Unternehmen.

Diese Zielgruppe wird aus Sicht der Neo-Banken derzeit nicht optimal von etablierten Banken bedient. Das fängt bei der unkomplizierten Eröffnung eines Kontos an und hört bei Dienstleistungen auf, die das Leben des kleinen Mittelstands erleichtern, wie etwa Spesenverwaltung und Buchhaltungsfunktionen. Diese Lücke wollen die Neobanken füllen. „Wir sind für unsere Kunden der digitale Chief Financial Officer“, meint Pertlwieser etwa.

Pertlwieser war bis September 2020 Digitalchef des Privatkundengeschäfts der Deutschen Bank. Dass Penta einen Hochkaräter aus der etablierten Bankenwelt verpflichtete, sorgt für Überraschung in der Branche. Von einem Kulturschock will der Wirtschaftsingenieur aber nichts wissen. „Es geht auch bei Penta darum, ein digitales Geschäftsmodell erfolgreich umzusetzen“, sagt Pertlwieser. Das sei auch der Schwerpunkt seiner Arbeit in den vergangenen Jahren gewesen. Aber die Umsetzungsgeschwindigkeit habe

Markus Pertlwieser: Penta hat derzeit 30.000 zahlende Kunden.



Nils Broer für Handelsblatt

sich verändert. „Ich bin bei einem Ozeanriesen von Bord gegangen und steuere jetzt ein Schnellboot.“

Eine zentrale Lücke soll geschlossen werden

Ein bedeutsames Thema hat der neue CEO schon geklärt. Jedes Management müsse sich die strategische Frage stellen, ob das Unternehmen selbst zur Plattform oder zu einer smarten Produktfabrik werden soll.

Die Antwort des bekennenden Anhängers der Plattformökonomie fällt wenig überraschend aus: „Wir wollen unseren Kunden Zugang zu den besten Produkten und den besten Dienstleistungen bieten.“ Und mit dem Kreditangebot wird eine zentrale Lücke auf der Plattform geschlossen. Generell biete die Digitalisierung des Firmenkundensegments noch erhebliche Chancen. „Die Geschäftskunden klassischer Banken sind digital deutlich unterversorgt“, sagt Pertlwieser. Wie dieses Manko konkret in Kundenwach-

tum für Penta umgemünzt werden kann, will der Manager nicht verraten. Das hat auch damit zu tun, dass Penta in der Vergangenheit eine Zahl von 50.000 Kunden als Ziel in den Raum gestellt hat, als das Unternehmen noch kostenlose Konten anbot. Diese Zeit ist vorbei. Derzeit hat Penta 30.000 zahlende Kunden und „wächst dynamisch“.

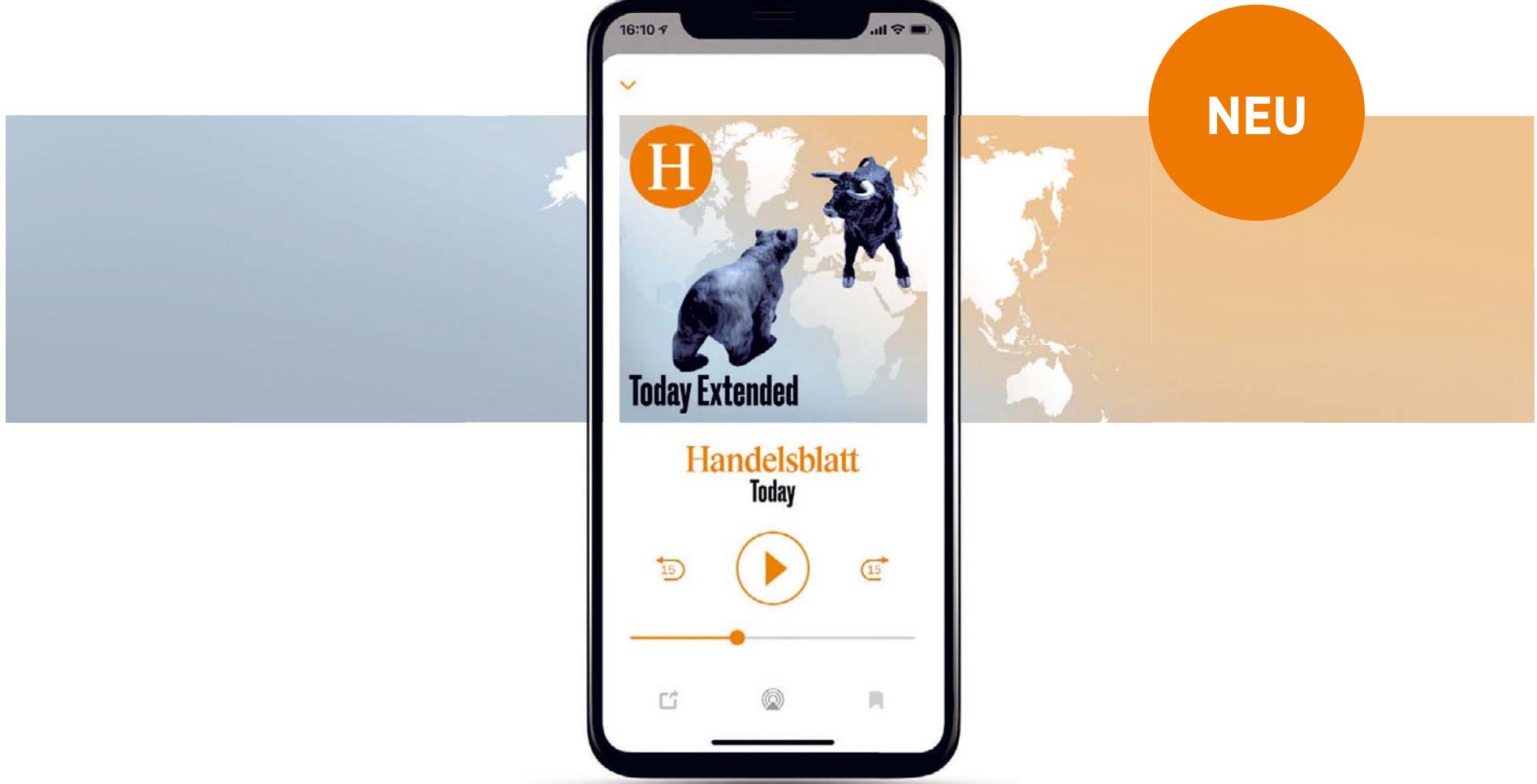
Ein Ehrgeiz mangelt es dem ehemaligen Deutschbanker nicht. Er will Penta zur führenden digitalen Neobank für Geschäftskunden in Deutschland machen. „Das wird nicht gehen, ohne den klassischen Banken einen nennenswerten Marktanteil abzunehmen.“

Dafür sieht sich Penta vorerst gut kapitalisiert. Eine weitere Kapitalrunde spülte kürzlich 15 Millionen Euro in die Kassen und erhöhte das gesamte Funding auf 60 Millionen Euro. Das Unternehmen, das mehrheitlich zum Finleap-Universum gehört – wie beispielsweise die Solarisbank, Clark oder Elinvar –, hat noch keinen Einhorn-Status wie beispielsweise die Solarisbank. Finanzkreise bewerten das Unternehmen derzeit mit rund 180 Millionen Euro. Zum Thema Bewertung will sich Pertlwieser nicht äußern.

Die nächste Kapitalrunde für Penta ist für 2022 avisiert. Dann dürfte auch das Thema Internationalisierung mehr in den Mittelpunkt rücken, erklärt Pertlwieser. „Das ist nicht nur für weiteres Wachstum relevant, sondern auch ein Thema, mit dem man attraktive Investoren und Top-Talente für sich gewinnt.“

Handelsblatt Today Extended

Der Geldanlage-Podcast
mit Börsenexperte Ulf Sommer



Mary-Ann
Abdelaziz-Ditzow

Ulf Sommer

Unsere Podcasts bekommen Zuwachs: Ergänzend zum börsentäglichen Podcast Handelsblatt Today liefern Mary-Ann Abdelaziz-Ditzow und Ulf Sommer im neuen Sonderformat vertiefende Analysen zu ausgewählten aktuellen Geldanlage-Themen.

Jeden zweiten Sonntag ab 6 Uhr – überall, wo es Podcasts gibt.



Jetzt reinhören:
handelsblatt.com/today



Handelsblatt
Substanz entscheidet.



Ingo Narat Frankfurt

Das Top-Thema in der Finanzbranche heißt Nachhaltigkeit. Wie sehr es auch die Vermögensverwalter aufwühlt, begleitet der Fall SEC und DWS. Die US-Börsenaufsicht überprüft aktuell, ob die Deutsche-Bank-Fondsgesellschaft bei den Angaben zu ihren nachhaltigen Anlagen übertrieben hat. Sie geht Anschuldigungen der ehemaligen DWS-Nachhaltigkeitschefin nach. Der Vermögensverwalter sprach am Freitag von „unbegründeten Vorwürfen“ und stellte klar: „Wir weisen die Anschuldigungen einer ehemaligen Mitarbeiterin entschieden zurück.“

Die Aufregung um die Vorwürfe zeigt auch, wie wichtig der Bereich für Asset-Manager und Anleger geworden ist. Mit dem grünen Gewissen lässt sich Geld verdienen – viel Geld. Wer vor knapp zehn Jahren Aktien von Vestas Wind Systems kaufte, der konnte sie beim Höchststand im Januar dieses Jahres zum 60-fachen Preis verkaufen. Und das Beispiel des dänischen Herstellers von Windkraftanlagen ist kein Einzelfall. Auch ähnliche Aktien sind teuer geworden. „Die Investoren kaufen, weil die Nachfrage nach erneuerbaren Energien steigt und weil die weltweiten regulatorischen Initiativen für eine nachhaltige Wirtschaft in diese Richtung drängen“, erklärt Norbert Keimling, Aktienstrategie beim Vermögensverwalter Taunus Trust. Er glaubt allerdings: „Irgendwann müssen sich die Bewertungen normalisieren.“

Am Markt hat sich eine Kluft aufgetan zwischen erneuerbaren und fossilen Energien. Das illustrieren die Aktienindizes: So gewann der „Clean Energy Index“ von S&P seit Beginn letzten Jahres deutlich – trotz des Corona-Börsencrashs im März. Der „World Energy Index“ von MSCI für Firmen aus dem fossilen Energiesektor hat zuletzt zwar ebenfalls zugelegt, liegt aber weit unter dem Niveau des vergangenen Jahres. Stark gewichtet ist im Clean Energy Index unter anderem Vestas, das mit einem Kurs-Gewinn-Verhältnis von 47 gehandelt wird. Unter den großen Positionen ist auch die amerikanische Enphase Energy. Anleger zahlen derzeit für Aktien des Anbieters von Solarstromtechnik das 86-Fache des Gewinns – eine extrem hohe Bewertung.

Minderheit setzt auf fossile Energien

Anders verläuft die Entwicklung bei den Förderern fossiler Energien – maßgeblich mitverantwortlich für die Erderwärmung. Investoren trennen sich von solchen Firmen, was Kurse und Bewertungen drückt. Aktien europäischer Ölkonzerne wie Royal Dutch Shell oder BP werden zu Kurs-Gewinn-Verhältnissen von unter acht gehandelt – das sind sehr niedrige Bewertungen. Anleger können beide Indizes als Indexfonds kaufen und damit deren Wertentwicklungen direkt einfangen.

Bei erneuerbaren Energien ist das größte Produkt das Blackrock-Angebot „iShares Global Clean Energy UCITS ETF“ mit 4,8 Milliarden Euro Kapital. Bei fossilen Energien vereint die DWS-Angebot „Xtrackers MSCI World Energy UCITS ETF“ mit 1,2 Milliarden Euro das meiste Geld auf sich. Die verschiedenen Größenordnungen scheinen auch das unterschiedliche Interesse der Anleger widerzuspiegeln: Viele setzen auf die Zukunftshoffnungen. Eher eine Minderheit sucht Chancen bei den als Auslaufmodell geltenden Konzernen für fossile Energien – nicht zuletzt, weil die Titel billig sind.

Doch der Größenunterschied hat mehrere Gründe. „Die wachsende Kluft bei den Aktienbewertungen zwischen ‚grünen‘ und ‚braunen‘ Unternehmen ist auch regulierungsgetrieben“, sagt Ingo Speich. Den steigenden Druck erkennt der Nachhaltigkeitsexperte bei Deka Investment bei den Unternehmen der Realwirtschaft etwa durch die CO₂-Bepreisung und für die Finanzbranche durch die Vorgaben bei ihren Anlagen. In beiden Sektoren steckt dahin-



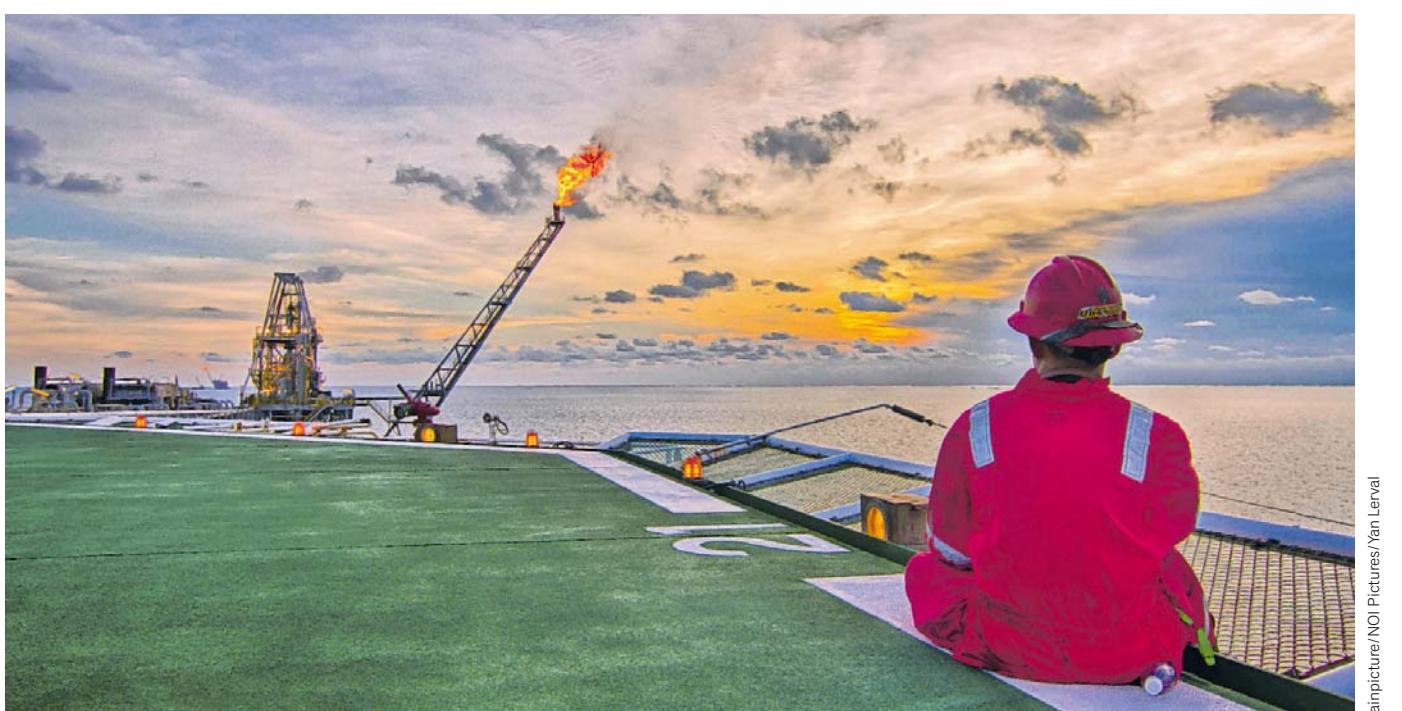
Windpark: Mit dem grünen Gewissen lässt sich Geld verdienen – viel Geld.

Paul-Langrock.de +49 172 31203

Grüne Aktien

Überbewertete Umwelttretter

Immer mehr Investoren stecken ihr Geld in nachhaltige Unternehmen, weshalb die Kurse dieser Wertpapiere stark steigen. Andere Geldverwalter kaufen deshalb lieber billige Klimasünder. Eine Kluft hat sich aufgetan.



plainpicture/NOI Pictures/Nan Lerval

Erdölförderung: Die Förderer fossiler Energien sind maßgeblich mitverantwortlich für die Erderwärmung.

ter die Absicht, das Klimaziel von Paris zur Senkung der Treibhausgasemissionen zu erreichen.

„Uns betreffen vor allem die EU-Definitionen für nachhaltige Geschäftstätigkeiten in der sogenannten Taxonomie und die Vorgaben der deutschen Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin für nachhaltige Fonds“, sagt Speich. Im Sinne der Taxonomie gilt eine Wirtschaftstätigkeit als konform, wenn sie wesentlich zu einem von sechs Umweltzielen beiträgt, ohne einem anderen zu widersprechen. Die BaFin wiederum will eine Mindestanlagequote von drei Vierteln der Gelder in nachhaltige Firmen bei jenen Fonds fordern, die sich als nachhaltig bezeichnen wollen.

Speich hält moderate Korrekturen bei den hochpreisigen Aktien aus dem Bereich der erneuerbaren Energie für möglich. Einen solchen Rückgang gab es bereits zu Jahresanfang. Eine Trendwende erkennt der Experte aber nicht. Die EU-Definitionen würden erst für einen Teil des Klimabereichs vorliegen, weitere für Umwelt und Soziales noch folgen. Außerdem beobachtet der Deka-Mann, dass andere wichtige Regionen einen ähnlichen Weg beschreiten wie Europa. „In den USA fordert die Börsenaufsicht von Unternehmen demnächst den Ausweis für Treibhausgasemissionen, in Hongkong und damit China werden ähnliche Anforderungen diskutiert“, sagt er. Sein Fazit: „Die Neubewertung bei den Aktien wird anhalten. Wir stehen erst am Anfang, denn der Duck durch das Klima wird weiter zunehmen.“

Großinvestoren reagieren darauf bereits, erklärt Taunus-Trust-Experte Keimling: „Portfoliomanager denken um, sie legen eigene Nachhaltigkeitsfonds auf, bereinigen bisherige Depots um Titel mit einem schlechten Nachhaltigkeits-Rating.“ So entsteht ein gewaltiger Anlagenmarkt mit Ansprüchen an Umwelt, Soziales und Unternehmensführung, in Finanzkreisen mit den englischen Begriffen Ecology, Social and Governance beschrieben und mit ESG abgekürzt. Das Vermögen nachhaltiger Fonds hat sich in Deutschland laut BVI binnen Jahresfrist bis Ende Juni verdreifacht und 361 Milliarden Euro erreicht. Der Finanzdatenbank Bloomberg Intelligence beziffert das nach Nachhaltigkeitskriterien verwaltete Vermögen Ende vergangenen Jahres auf weltweit 38 Billionen Dollar und erwartet in vier Jahren einen Anstieg auf 53 Billionen Dollar.

Auch unabhängige Beobachter erkennen die hohen Kurse der grünen Unternehmen. So sagt etwa Ali Masarwah, Fondsexperte bei der Online-Plattform Envistor: „Regulierung verstärkt die Überbewertung von Aktien grüner

Unternehmen.“ Eine vor dem Platzen stehende Spekulationsblase erkennt er jedoch nicht. Die meisten Staaten wollten sich von fossilen Energieträgern verabschieden. So sei wachsende Nachfrage nach den Alternativen programmiert.

Diese Erwartung spiegelt sich in den Börsenkursen wider. „Das absehbare Wachstum zieht einfach Investoren an, aber wann die Kurse überschreien, das ist weniger klar“, sagt Masarwah. Einen Vergleich lehnt er übrigens ab: „Wir sehen hier keine Mega-Blase wie Anfang des Jahrtausends bei den Internet-Aktien.“ Klassische Privatanleger können mit neuen Regeln ab März in Berührung gekommen sein. Seither gilt die sogenannte Offenlegungsverordnung für Investmentfonds und Altersvorsorgeprodukte – etwa von Versicherungen oder jenen im betrieblichen Rahmen. Danach müssen die Verwalter darstellen, inwieweit sie bei ihren einzelnen Angeboten Nachhaltigkeitsüberlegungen berücksichtigen. Ab Sommer kommenden Jahres werden die Bankberater über die europäische Finanzmarktrichtlinie einzbezogen. Sie müssen dann ihre Kunden im Gespräch aktiv auf das Thema Nachhaltigkeit ansprechen.

Die zunehmende Regulierung scheint bei manchen Großinvestoren Unmut zu erzeugen. „Verantwortliche für die Anlage von Geldern zur Altersvorsorge fühlen sich gedrängt, in ‚grüne‘ Firmen zu gehen und die ‚braunen‘ zu meiden“, erklärt ein Investorenberater. Das bereite ihnen Unbehagen. „Nach außen können sie das nicht sagen, weil sie sonst als Klimafeinde und als die Bösen dastehen würden“, ergänzt der Fachmann. Oft höre er, die Politik solle lieber die Realwirtschaft regulieren als die Finanzbranche.

Vielle Vorsorge-Einrichtungen würden schon wegen der Nullzinswelt überzeugt sein, die Ertragsziele für ihre Beitragszahler zu verfeheln, also die versprochenen Rentenzahlungen nicht halten zu können. Jetzt kommt die Regulierung mit zusätzlichen Einschränkungen des Anlage-Universums erschwerend hinzu. Solche Fragen beantwortet Aktienstrategie Keimling ganz anders. Der Taunus-Trust-Mann löst das Problem für die Vermögensverwalter mit einem Ansatz jenseits des Mainstreams. Er reagiert aktiv auf die divergierenden Aktienbewertungen und kauft das, worauf andere jetzt verzichten: „Die Firmen im Bereich Öl und Gas sind zu billig, das bietet Anlagechancen, auch wenn wir Nachhaltigkeit für wichtig halten.“ Bei Taunus Trust sind sogar Aktien des russischen Gaskonzerns Gazprom in den Beständen. Die Aktie gilt rein aus Bewertungssicht als extrem billig.

Juventus-Trainer Massimiliano Allegri hatte zuvor bestätigt, dass sich Ronaldo bereits von seinen Teamkollegen verabschiedet habe. Das Ziel des 36-jährigen hatte er aber offengelassen. „Ich habe mit Cristiano gesprochen. Er hat mir gesagt, dass er nicht bei Juventus bleiben will“, sagte Allegri auf einer Pressekonferenz vor dem Heimspiel gegen den FC Empoli.

Die Entwicklung sorgte nicht nur in der Fuß-

ballwelt für Aufsehen, sondern auch am Kryptomarkt. Der Kurs des Manchester-City-Fan-Tokens reagierte auf den vermeintlich bevorstehenden Wechsel Ronaldos zu City laut Daten des Analysehauses Coinmarketcap zunächst mit einem Kurssprung von 39 Prozent auf bis zu 36 Euro. Die Nachricht vom geplanten Wechsel schickte den Kurs dann auf Talfahrt. Am Sonntagnachmittag notierte der Fan-Token bei etwa 19 Euro. Das Handelsvolumen lag am Freitag auf 24-Stunden-Sicht bei knapp 150 Millionen Euro. Zum Start der vergangenen Woche waren nur Token im Wert von acht Millionen Euro gehandelt worden.

Fan-Tokens gehören zu den sogenannten Utility-Tokens – und werden bei Fußballklubs immer beliebter. Nicht nur Manchester City und Juventus Turin, sondern auch andere europäische Top-klubs wie der FC Barcelona, Paris Saint-Germain und der AC Mailand haben einen Fan-Token ausgetragen.

Der Käufer des Tokens erhält beispielsweise ein Vorkaufsrecht bei Tickets oder Rabatte auf Fanartikel. Auch Abstimmungen über kleinere Entscheidungen sind möglich, etwa über die Farbe der Auswärtsrikots oder den Spruch auf der Kapitänsbinde. Die Tokens können wie andere Kryptowährungen an verschiedenen Cyberbörsen gehandelt werden. Als Zahlungsmittel werden sie aber nicht eingesetzt – es sind Liebhaberwerte.

Siege, Niederlagen oder Transfergerüchte sorgen dabei für große Kursbewegungen. Als der argentinische Superstar Lionel Messi Anfang August vom FC Barcelona in die französische Hauptstadt wechselte, stieg der Kurs des Paris-Fan-Tokens durch die Spekulationen rund um den Transfer in der Spalte um fast 150 Prozent. Das tägliche Handelsvolumen schoss von rund 50 Millionen auf mehr als 600 Millionen Euro in die Höhe. Seitdem gab der Kurs wieder um 40 Prozent nach. Andreas Neuhaus, Marie Vandenhirtz



Cristiano Ronaldo: Er bewegt den Kryptomarkt.

Kryptomarkt

Ronaldo-Transfer lässt Fan-Token schwanken

Der Fußballstar wechselt nicht zu Manchester City, sondern zum Lokalrivalen United.

Wechselwirrwarr um Fußballstar Cristiano Ronaldo: Der Kapitän der portugiesischen Nationalmannschaft verlässt Juventus Turin und schließt sich Manchester United an, wie der englische Klub am Freitagabend auf seiner Internetseite mitteilte. Dabei hatten spanische und italienische Medien berichtet, der Angreifer stehe vor einem Wechsel zu Manchester City.

Juventus-Trainer Massimiliano Allegri hatte zuvor bestätigt, dass sich Ronaldo bereits von seinen Teamkollegen verabschiedet habe. Das Ziel des 36-jährigen hatte er aber offengelassen. „Ich habe mit Cristiano gesprochen. Er hat mir gesagt, dass er nicht bei Juventus bleiben will“, sagte Allegri auf einer Pressekonferenz vor dem Heimspiel gegen den FC Empoli.

Die Entwicklung sorgte nicht nur in der Fußballwelt für Aufsehen, sondern auch am Kryptomarkt. Der Kurs des Manchester-City-Fan-Tokens reagierte auf den vermeintlich bevorstehenden Wechsel Ronaldos zu City laut Daten des Analysehauses Coinmarketcap zunächst mit einem Kurssprung von 39 Prozent auf bis zu 36 Euro. Die Nachricht vom geplanten Wechsel schickte den Kurs dann auf Talfahrt. Am Sonntagnachmittag notierte der Fan-Token bei etwa 19 Euro. Das Handelsvolumen lag am Freitag auf 24-Stunden-Sicht bei knapp 150 Millionen Euro. Zum Start der vergangenen Woche waren nur Token im Wert von acht Millionen Euro gehandelt worden.

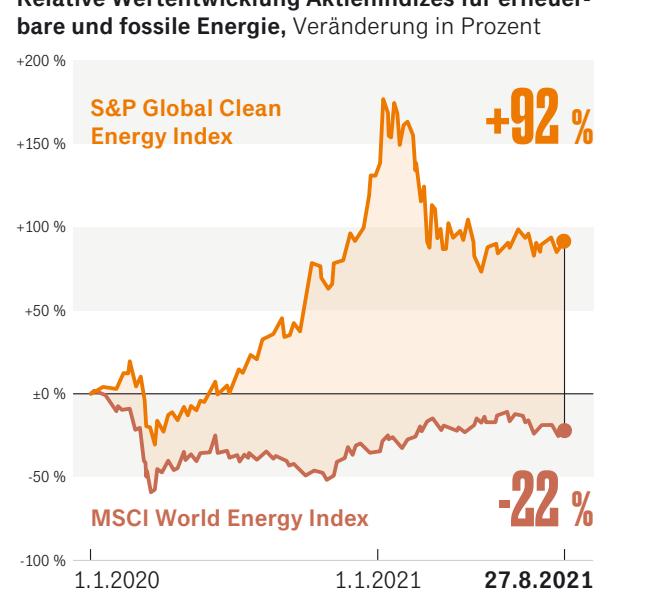
Fan-Tokens gehören zu den sogenannten Utility-Tokens – und werden bei Fußballklubs immer beliebter. Nicht nur Manchester City und Juventus Turin, sondern auch andere europäische Top-klubs wie der FC Barcelona, Paris Saint-Germain und der AC Mailand haben einen Fan-Token ausgetragen.

Der Käufer des Tokens erhält beispielsweise ein Vorkaufsrecht bei Tickets oder Rabatte auf Fanartikel. Auch Abstimmungen über kleinere Entscheidungen sind möglich, etwa über die Farbe der Auswärtsrikots oder den Spruch auf der Kapitänsbinde. Die Tokens können wie andere Kryptowährungen an verschiedenen Cyberbörsen gehandelt werden. Als Zahlungsmittel werden sie aber nicht eingesetzt – es sind Liebhaberwerte.

Siege, Niederlagen oder Transfergerüchte sorgen dabei für große Kursbewegungen. Als der argentinische Superstar Lionel Messi Anfang August vom FC Barcelona in die französische Hauptstadt wechselte, stieg der Kurs des Paris-Fan-Tokens durch die Spekulationen rund um den Transfer in der Spalte um fast 150 Prozent. Das tägliche Handelsvolumen schoss von rund 50 Millionen auf mehr als 600 Millionen Euro in die Höhe. Seitdem gab der Kurs wieder um 40 Prozent nach. Andreas Neuhaus, Marie Vandenhirtz

Die große Kluft

Relative Wertentwicklung Aktienindizes für erneuerbare und fossile Energie, Veränderung in Prozent



HANDELSBLATT

Top-5-Positionen des S&P Global Clean Energy Index
Schätzung: Kurs-Gewinn-Verhältnis 2021

Enphase Energy	86,3
Vestas Wind Systems	46,9
Orsted	42,9
NextEra Energy	33,2
Xcel Energy	23,0

Top-5-Positionen des MSCI World Energy Index
Schätzung: Kurs-Gewinn-Verhältnis 2021

Chevron	14,8
Exxon Mobil	12,9
TotalEnergies	8,7
Royal Dutch Shell	7,7
BP	7,6

Quellen: Bloomberg, MSCI, S&P

Finanzmarktausblick

Konjunktur als Risikofaktor

Das Wirtschaftswachstum könnte sich im Herbst abschwächen. Stärkere Schwankungen an den Börsen sind programmiert.

Susanne Schier Frankfurt

Mit seinen Aussagen zur US-Geldpolitik hat Notenbankchef Jerome Powell für einen positiven Wochenausklang an den Aktienmärkten gesorgt. An der Wall Street erreichten wichtige US-Indizes am Freitag neue Höchststände, zuvor hatte auch der deutsche Leitindex Dax ein Plus geschlossen. Doch nun könnten weitere positive Impulse am Aktienmarkt fehlen. „Die vierte Corona-Welle, der Materialmangel, weniger Wachstum in China – am Konjunkturhimmel sind dunkle Wolken aufgezogen“, sagt Commerzbank-Chefvolkswirt Jörg Krämer. Anleger müssen daher wohl wieder mit größeren Schwankungen an den Börsen rechnen.

Fed-Chef Powell sagte zwar, dass die US-Notenbank noch in diesem Jahr damit beginnen könnte, das Tempo ihrer Anleihekäufe zurückzuführen. Er betonte aber, dass ein Beginn des so genannten Taperings nicht als direktes Signal für baldige Zinserhöhungen zu verstehen sei. Diese Bemerkung kam bei den Anlegern gut an. Der Dax legte am Freitag um 0,4 Prozent auf 15.852 Punkte zu. Auf Wochensicht erzielte der deutsche Leitindex ein Plus von 0,3 Prozent. In den USA erreichten der marktbeste Index S&P 500 und der technologielastige Nasdaq-Index neue Höchststände. Der Dow-Jones-Index der Standardwerte schloss 0,7 Prozent im Plus bei 35.456 Punkten.

Arbeitsmarkt gerät in den Fokus
Weitere Hinweise auf den Zeitplan der US-Notenbank erhoffen sich die Beobachter von der nächsten geldpolitischen Sitzung Ende September. In der neuen Handelswoche werden Investoren aber erst einmal die neuen Arbeitsmarktzahlen aus den USA genau unter die Lupe nehmen. Der Arbeitsmarktbericht für August wird am kommenden Freitag veröffentlicht. Im Schnitt erwarten Analysten laut Datenanbieter Bloomberg, dass im August 787.000 neue Stellen außerhalb der Landwirtschaft entstanden sind. Im Vormonat



picture alliance / dpa Themenbild

Handelsraum in Frankfurt: Ab September gibt es 40 Mitglieder im Dax.

Am Konjunkturhimmel sind dunkle Wolken aufgezogen.

Jörg Krämer
Commerzbank-Chefvolkswirt

waren es noch 943.000 gewesen. Ein ersten Hinweis zum US-amerikanischen Arbeitsmarkt liefern am Mittwoch bereits die ADP-Zahlen.

Hierzulande stehen bereits am Montag die Verbraucherpreise für August auf der Agenda. Im Juli lag die Inflationsrate in Deutschland bei 3,8 Prozent. Am Dienstag folgen die entsprechenden Daten aus der Euro-Zone. Die Europäische Zentralbank (EZB) dürfte ihren geldpolitischen Kurs trotz einer höheren Inflation fortsetzen. Da sich das Wirtschaftswachstum in Deutschland und der Euro-Zone im vierten Quartal „massiv abschwächen“ dürfte, rechnet Krämer von der Commerzbank damit, dass die Notenbank ihr Anleihekauftagogramm über das Frühjahr 2022 hinaus verlängern könnte.

Gewindynamik lässt nach

Für Claudia Windt, Analystin bei der Landesbank Hessen-Thüringen (Hella), scheinen daher neue Rekorde im Dax erst einmal außer Sichtweite. Mitte August hatte der deutsche Leitindex sein bisheriges Rekordhoch bei 16.030 Punkten erreicht. Zwar standen die erzielten Unternehmensgewinne neuen Rekordständen nicht im Wege. Die Beichtsaison zeigte, dass die Firmen den

Einbruch aus dem vergangenen Jahr hinter sich gelassen haben. Starke Quartalszahlen haben den Aktienkursen zahlreicher Firmen in Deutschland zuletzt Rückenwind gegeben. „Mit Blick auf das zweite Halbjahr scheint aber die Skepsis der hiesigen Aktienanleger durchaus angebracht“, meint die Expertin. Eine Fortsetzung der Gewindynamik sei vor dem Hintergrund von Lieferengpässen, mehr Infektionen sowie hoher Inflation eher zweifelhaft. Womöglich, so Windt, könnte diese Gemengelage die deutsche Konjunktur im zweiten Halbjahr beeinträchtigen, wie es der Ifo-Geschäftsclimaindex jüngst bereits angedeutet habe. Zuletzt hat sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft weiter eingetragen. Die Erwartungen der Unternehmen, vor allem aus Gastronomie und Tourismus, sind wieder von weniger Optimismus geprägt.

Auch Markus Wallner, Aktienstrategie der Commerzbank, geht davon aus, dass sich der positive Trend bei den Unternehmensgewinnen im zweiten Halbjahr nicht fortsetzt. „Der anhaltende Mangel an Halbleitern beziehungsweise weiterhin teure Vorprodukte dürften die Ertragsqualität deutscher Unternehmen mindern.“

SUDOKU Zahlen Spiele für Rätsel Freunde

			7	4				
5	1	8		9				
	6	9			2	8		
2	1	7	6				3	
	9	5					8	
6	7		5	8				
	5				7	3	1	
1					2	4	9	
	2				4			

	5			4				
6								
8								
9								
3								
9								
5								
7								
2								

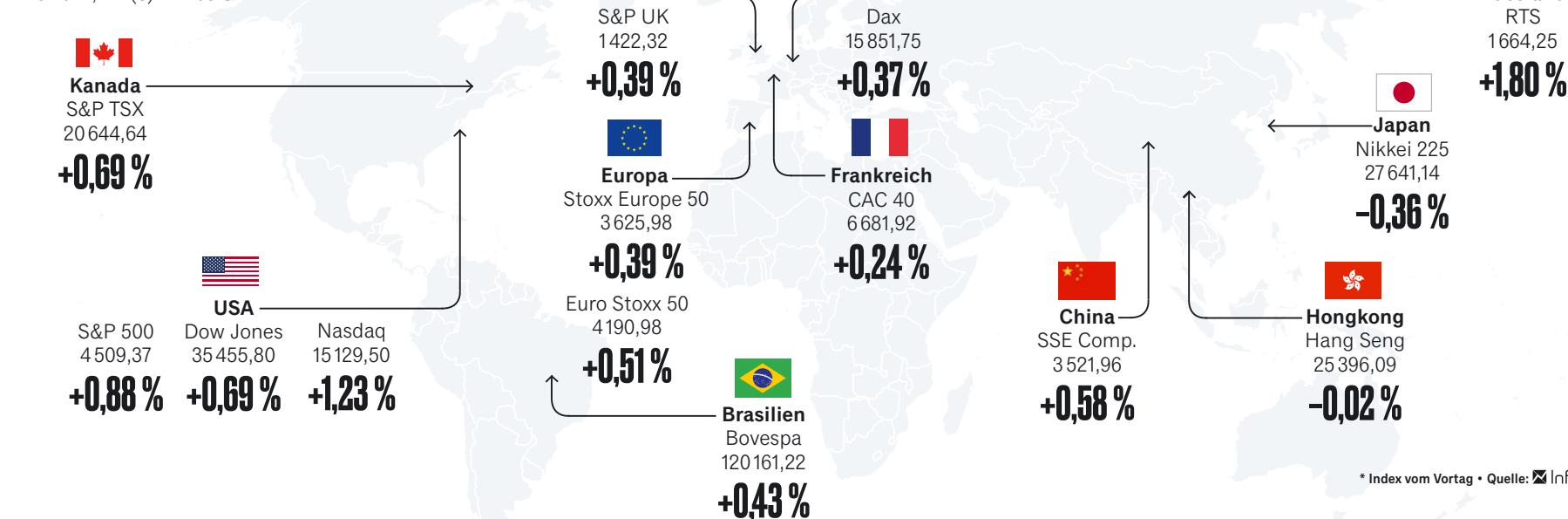
Lösungen vom 27.08.

Das Kulträtsel Sudoku auch unter:
www.handelsblatt.com/sudoku

So funktioniert es:
Füllen Sie die Matrix mit Zahlen von 1 - 9. Jede Ziffer darf nur einmal in jeder Spalte, Reihe und in den 3x3 Feldern vorkommen. Doppelungen sind nicht erlaubt.

6	8	1	3	7	5	2	9	4
3	5	7	2	9	4	8	1	6
2	9	4	6	1	5	3	7	
8	1	6	7	4	2	9	5	3
7	3	5	8	6	9	1	4	2
9	4	2	1	5	3	7	6	8
1	6	3	9	8	7	4	2	5
4	2	8	5	3	1	6	7	9
5	7	9	4	2	6	3	8	1

3	2	1	8	7	5	6	4	9
5	9	7	6	4	2	3	8	1
4	8	6	3	9	1	5	7	2
7	6	4	9	1	8	2	3	5
2	1	9	4	5	3	7	6	8
8	3	5	2	6	7	9	1	4
6	5	2	7	8	4	1	9	3
1	7	8	5	3	9	4	2	6
9	4	3	1	2	6	8	5	7

Leitbörsen im Überblick
27.8.2021, ME(S)Z 22:08 Uhr

* Index vom Vortag • Quelle: Infront

Edelmetall
Deutsche Anleger kaufen so viel Gold wie lange nicht

Der Absatz von Barren und Münzen boomt in Deutschland. Ein Grund sind steigende Inflationssorgen.

Mehr als 90 Tonnen Gold in Barren und Münzen – so viel Edelmetall haben die Deutschen im ersten Halbjahr 2021 gekauft. Das geht aus kürzlich veröffentlichten Daten des World Gold Council hervor. Es ist die größte Menge vergleichbarer Goldabsätze in Deutschland innerhalb eines Halbjahrs seit 2009. Zuvor hatte die Nachrichtenagentur Bloomberg darüber berichtet. Damit übertraf der Goldabsatz sogar den bisherigen Rekord von 90 Tonnen aus dem Corona-Halbjahr 2020.

Weltweit kaufen derzeit nur die Chinesen mehr Gold. In Europa ist Deutschland der

mit Abstand wichtigste Gold-Absatzmarkt. Auf die deutschen Anleger entfielen im ersten Halbjahr knapp 60 Prozent des auf dem europäischen Kontinent verkauften Goldes. Dahinter folgen die Schweiz und Österreich. Der Käuferaustausch der Deutschen in einer Zeit, in der die Inflationssorgen zunehmen. Im Juli stieg die Inflationsrate in Deutschland auf 3,8 Prozent – so viel wie seit fast 30 Jahren nicht mehr. Auch die Europäische Zentralbank geht davon aus, dass die Teuerungsrate mittelfristig erhöht bleibt. Nach wie vor hält die Notenbank den Preisanstieg in diesem Jahr aber hauptsächlich für ein vorübergehendes Phänomen. Gleichzeitig ist das reale Zinsniveau in Deutschland so gering wie nie: Die Rendite der zehnjährigen inflationsbereinigten Bundesanleihe handelt nach ihrem Allzeittief bei rund minus zwei Prozent. Da Gold keine Zinsen abwirkt, ist das Edelmetall aus Sicht deutscher Anleger eine attraktive Alternative.

Trotz des eigentlich günstigen Umfelds schwächt Gold derzeit. Der Preis notiert bei etwa 1800 Dollar pro Feinunze (rund 31,1 Gramm). Seit Jahresbeginn ist der Goldpreis um fünf Prozent gefallen. Insbesondere Portfoliomanager und Goldexperten im Vermögensverwalter Van Eck, sagt: „Derzeit treiben Angebotspässe und die wachsende Nachfrage die Inflation an.“ Doch die tiefen Anleiherenditen zeigten, dass die Märkte niedrigere Wachstum in der Zukunft eipreisen. „Inflation stellt ein erhebliches Risiko dar, und wenn der Anleihemarkt die wirtschaftliche Schwäche richtig vorhersagt, dann wird die aktuelle Inflation eventuell irgendwann in eine Stagflation übergehen“, warnt Foster. Für genau diesen Fall scheinen die deutschen Goldkäufer vorzusorgen. Jakob Blume

so Briesemann. Die Investoren nachfrage könnte jedoch zurückkommen, wenn die gestiegene Inflation auf schwächeres Wirtschaftswachstum trifft. Joe Foster, Portfoliomanager und Goldexperte beim Vermögensverwalter Van Eck, sagt: „Derzeit treiben Angebotspässe und die wachsende Nachfrage die Inflation an.“

Steigende Nachfrage

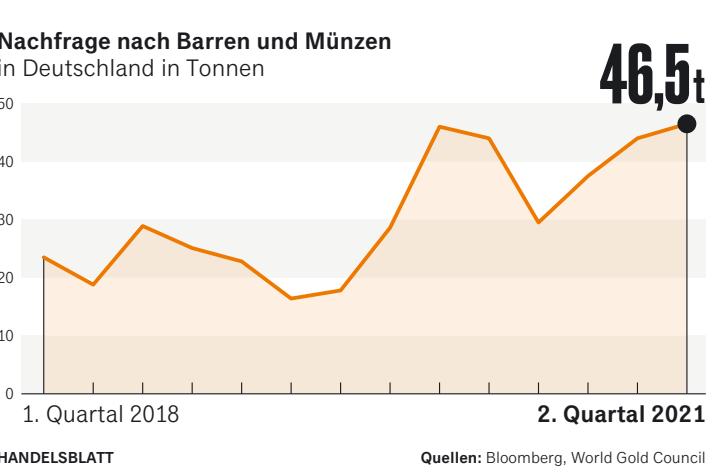
Goldpreis in US-Dollar je Feinunze

1.792,46 US\$



Gold-Verarbeitung: In Europa ist Deutschland der mit Abstand wichtigste Gold-Absatzmarkt.

Nachfrage nach Barren und Münzen in Deutschland in Tonnen



Märkte heute

Tops Dax Flops

Infineon NA +1,85 % Fresenius M. C. St. -1,75 %
Vonovia NA +1,29 % RWE St. -0,76 %
Siemens NA +1,16 % Deutsche Bank NA -0,47 %

MDax

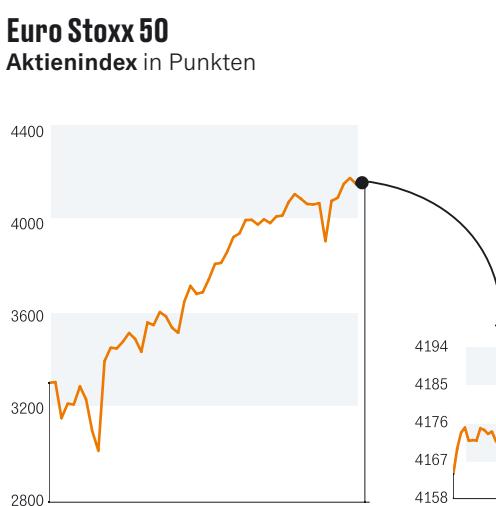
Aixtron NA +3,29 % HelloFresh -2,41 %
Knorr-Bremse +2,73 % Symrise Inh. -1,67 %
Qiagen +2,50 % Varta -1,61 %

Euro Stoxx 50

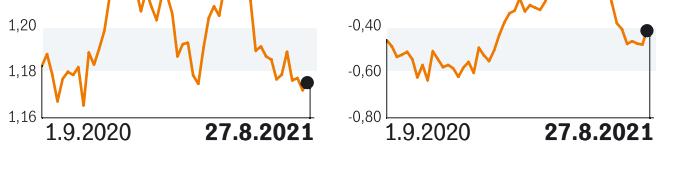
Adyen +2,48 % Flutter Entertain. -1,52 %
ASML Hold. +2,21 % CRH -0,92 %
Infineon NA +1,85 % Kering -0,57 %

4 190,98 Punkte

zum Vorjahr +25,82 %
zum Vorjahr +0,51 %



Euro-Wechselkurs 1,1761 US\$ je Euro -0,38 % zum Vorjahr
10-jährige Bundesanleihe -0,4120 % Rendite +0,01 % zum Vorjahr



Brentöl 72,57 US\$ je Barrel +60,80 % zum Vorjahr
Gold 1817,71 US\$ je Feinunze -5,79 % zum Vorjahr

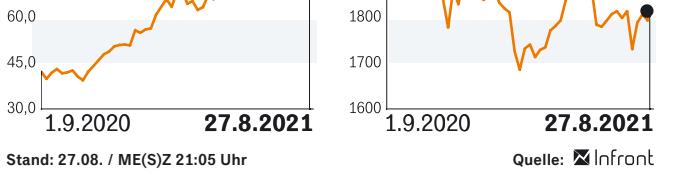
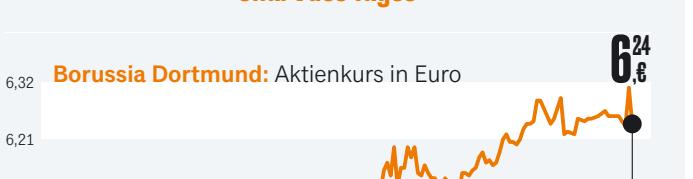


Chart des Tages



HANDELSBLATT Quelle: Bloomberg

Die Aktie von Borussia Dortmund ist am Freitag um 5,5 Prozent auf 6,27 Euro gestiegen und hat sich damit an die Spitze des Kleinwerteindexes SDax gesetzt. Nicht nur Fußballfans, sondern auch Investoren gefiel die Auslosung der Gruppengegner in der Champions League. Mit Sporting Lissabon, Ajax Amsterdam und Besiktas Istanbul sehen die Anleger offenbar gute Chancen auf ein Weiterkommen.

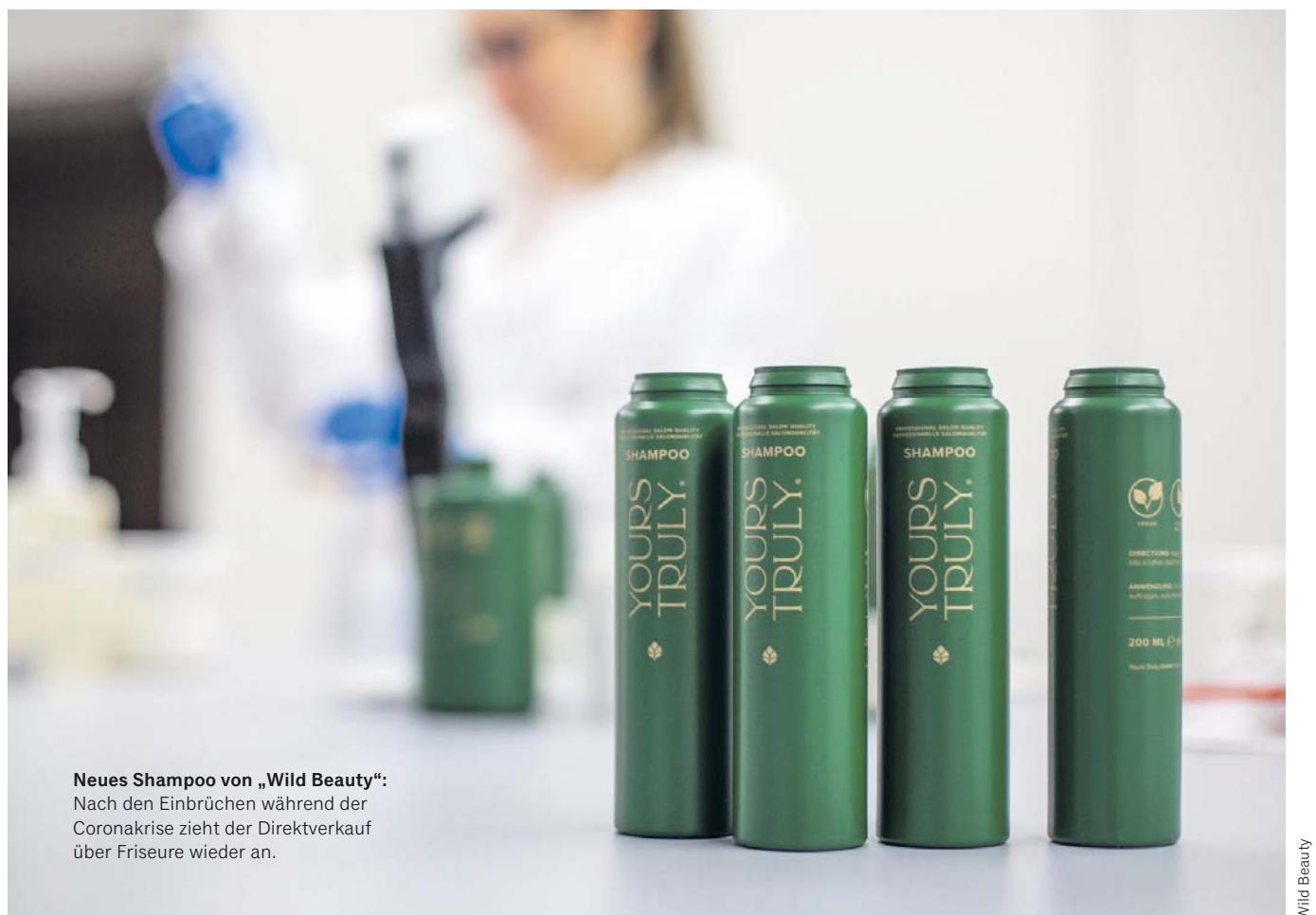
Dax (auch im ¹⁹ Euro Stoxx 50, ²⁰ Stoxx 50, ²¹ TecDAX) 15851,75 | +0,37 % | 52-Wochen-Hoch 16030,33 | 52-Wochen-Tief 11450,08

Dividendenrendite ↑ Jahressdiv. Ex-Tag KGV ↑ Ergebnis

	Tages-Hoch	Tief	Schluss	± % Vortag	± % 1 Jahr	52 Wochen	Umsatz	Letzte	HV	Div.	Divs.	2021	2021	2021	2022	KGV	MarktStreb.
BasF NA	5,0 %	3,30 %	30.04.21	BMW St.	5,8	13,52											
Allianz vNA	4,8 %	9,60 %	06.05.21	Daimler NA	6,0	11,82											
E.ON NA	4,2 %	0,47 %	20.05.21	Volkswagen Vz.	7,1	28,41											
Bayer NA	4,2 %	2,00 %	28.04.21	Covestro	7,6	7,31											
Münchener Rück vNA	3,9 %	9,80 %	29.04.21	Bayer NA	7,8	6,03											
Deutsche Telekom NA	3,2 %	0,60 %	06.04.21	HeidelbergCement	9,0	8,28											
HeidelbergCement	3,0 %	2,20 %	07.05.21	Allianz vNA	9,8	20,33											

Dividendenrendite ↑ Jahressdiv. Ex-Tag KGV ↑ Ergebnis

	Tages-Hoch	Tief	Schluss	± % Vortag	± % 1 Jahr	52 Wochen	Umsatz	Letzte	HV	Div.	Divs.	2021	2021	2021	2022	KGV	MarktStreb.
Adidas NA ²²	306,60	302,65	304,25	-0,26	+19,03	336,25	250,20	27,835	3,00	1,30	3,30	7,81	14,61	87,6	52,50	43,67	87,53
Allianz vNA ²³	199,04	197,42	199,60	-0,28	+8,12	223,50	148,60	50,40	1,20	1,20	1,20	9,79	13,72	90,0	52,00	43,67	87,53
BasF NA ²⁴	64,66	64,50	64,50	-0,30	+0,00	72,00	45,92	1,21	0,05	0,05	0,05	14,50	14,50	94,0	52,00	43,67	87,53
Bayer NA ²⁵	47,43	47,01	47,21	-0,06	-16,32	57,73	39,10	1,08	1,08	1,08	1,08	6,00	6,00	94,0	52,00	43,67	87,53
BMW St. ²⁶	78,49	77,34	80,44	+31,34	96,39	57,25	74,32	1,10	0,05	0,05	0,05	12,79	12,79	6,12	52,00	43,67	87,53
Continental	115,02	113,38	114,90	+1,14	+25,85	123,68	84,34	2,33	1,10	1,10	1,10	11,53	15,10	9,79	23,0	54	
Covestro	120,00	119,70	120,20	-0,20	+2,22	120,20	22,23	2,51	1,31	1,31	1,31	5,86	5,79	9,47	10,7	100	
Daimler NA ²⁷	71,40	70,43	71,21	-0,72	+65,56	80,41	41,77	1,21	0,20	0,20	0,20	11,81	11,44	6,02	6,22	7,3	
Delivery Hero	120,65	117,75	120,20	+0,63	+32,13	145,00	85,24	2,00	1,40	1,40	1,40	3,28	3,28	9,67	29,9	67	
Deutsche Bank NA	10,20	10,35	10,52	-0,47	+27,06	12,56	6,73	1,00	0,20	0,20	0,20	1,28	10,32	8,22	21,7	94	
Deutsche Börse NA ²⁸	149,40	148,15	148,80	+0,44	-6,36	196,52	31,00	18,05	2,22	2,22	2,22	6,55	7,13	22,27	20,87	28,3	93
Deutsche Post NA ²⁹	59,29	58,80	59,24	+0,20	+50,09	60,15	37,27	1,15	0,08	0,08	0,08	15,45	15,45	15,35	73	74	
Deutsche Telekom NA ³⁰	18,49	18,38	18,47	+0,14	+21,99	18,52	12,59	1,00	0,05	0,05	0,05	1,29	16,20	14,32	8,78	8,66	
Deutsche Wohnen Inh.	52,60	52,44	52,48	-0,15	+17,64	53,00	38,03	1,03	0,05	0,05	0,05	15,50	15,50	12,82	28,0	35	
E.ON NA	11,16	11,05	11,05	-0,22	+10,64	11,43	8,27	1,00	0,05	0,05	0,05	1,19	13,49	12,85	28	25	
Fresenius	45,09	44,81	45,03	-0,38	+14,22	47,60	31,03	52,4473	0,88	21,05	2,00	0,90	3,27	13,69	12,70	25,1	73
Fresenius Medical Care St.	67,12	66,06	66,16	-1,75	+22,42	75,06	55,18	1,30	0,20	0,20	0,20	18,33	18,33	19,4	68		
HeidelbergCement	74,32	73,38	74,18	-0,6	+39,86	81,04	47,35	18,22	0,60	0,60	0,60	2,44	8,28	8,96	16,1	74	
Henkel vZ.	83,06	81,88	82,92	-0,78	+5,59	91,50	81,40	1,85	0,20	0,20	0,20	5,01	17,99	16,55	8,10	8,00	
Infineon NA ³¹	36,14	35,39	36,09	+1,05	+54,56	37,31	22,47	2,65	0,20	0,20	0,20	1,12	1,36	22,54	47,93		
Linde Plc ³²	267,50	265,40	266,20	-0,32	+24,85	270,90	185,15	31,69	0,00	0,00	0,00	2,38	28,28	28,18	16,00	16,00	
MTU Aero Engines vNA	201,20	196,70	199,70	-0,15	+75,00	224,90	129,15	1,25	0,20	0,20	0,20	21,41	21,41	20,50	25,8	93	
Münchener Rück vNA ³³	197,00	195,35	198,00	-0,2	+22,97	202,50	127,00	1,25	0,20	0,20	0,20	19,81	19,81	19,50	25,8	93	
RWE St.	33,04	32,78	32,78	-0,76	+4,41	36,29	19,40	1,00	0,05	0,05	0,05	1,78	18,64	17,92	22,2	94	



Neues Shampoo von „Wild Beauty“:
Nach den Einbrüchen während der
Coronakrise zieht der Direktverkauf
über Friseure wieder an.

Noah Wild

Jedem Kopf sein eigenes Shampoo

Noah Wild ist exklusiver Vertriebspartner des US-Konzerns Paul Mitchell. Nun entdeckt der Unternehmer ein neues Geschäftsfeld: individuell gemischte Haarpflege.

Florian Kolf Düsseldorf

Für viele Friseure ist der Verkauf von Pflegeprodukten eine wichtige zweite Einnahmequelle. Doch als die Salons im Lockdown geschlossen waren, haben sich viele Kunden daran gewöhnt, ihr Shampoo oder den Conditioner wieder in der Drogerie zu kaufen – zu einem Bruchteil des Preises.

Nun müssen die Friseure ihre Kunden wieder mühsam davon überzeugen, für ein Profi-Produkt bei ihnen mehr als das Dreifache auszugeben. „Das ist ein ganz wichtiges Zusatzgeschäft“, bestätigt Sylvia Fischer, die in München den Salon „House of Hair“ betreibt. Bei manchem Friseur entscheidet es über Gewinn oder Verlust.

Der Unternehmer Noah Wild will den Friseuren jetzt ein wichtiges Argument in diesen Gesprächen mit den Kunden liefern: Ein Shampoo, das individuell auf die Bedürfnisse der weiblichen Kunden zugeschnitten ist, zusammengemischt aus bis zu 50 möglichen Komponenten in der Manufaktur seines Unternehmens „Wild Beauty“ in Seehausen-Jugenheim.

„Der Fachhandel sitzt in der Vergleichbarkeitsfalle, er hat zu wenig Exklusivität“, sagt Wild. Damit gerate er in die direkte Konkurrenz nicht nur zu den Drogerien, sondern auch zum Onlinehandel. „Er muss etwas bieten, was kein anderer hat.“

Für Wild Beauty ist die Kooperation mit den Friseursalons von zentraler Bedeutung. Die sollen die Kunden beraten und mit ihnen gemeinsam einen Fragebogen ausfüllen, nach dem dann das Produkt im Werk zusammengestellt und dem Kunden geschickt wird. Der Anreiz für den

Unternehmenschef
Noah Wild: Mit neuen
Produkten kommt beim
Mittelständler neuer
Optimismus auf.



Friseur: Immer, wenn ein Shampoo von einem Kunden aus seinem Postleitzahlenbezirk gekauft wird, erhält er eine Provision.

Die enge Partnerschaft mit den Friseuren hat bei Wild Beauty lange Tradition. 1994 gründete Noahs Vater Reinhold Wild das Unternehmen als exklusiven Vertriebspartner von Paul Mitchell, einer Haarpflegemarke, die ausschließlich in Friseursalons vertrieben wird.

2004 trat Noah Wild in den Vorstand ein und kümmerte sich als Erstes um einen Relaunch des Internetauftritts. Seit dem Tod des Vaters 2017 führt er das Unternehmen gemeinsam mit seiner Schwester Mira.

Mit einem Nettoumsatz von rund 28 Millionen Euro ist das Unternehmen heute nach L'Oréal, Wella und Goldwell fast gleichauf mit Schwarzkopf, der Nummer fünf im Marktsegment der Friseurprodukte. Dabei ist Wild Beauty das einzige Unternehmen, dessen Produkte ausschließlich über Friseursalons vertrieben werden.

Und das wird auch so bleiben: 2004 hat John Paul DeJoria, Chef und Mitgründer von John Paul Mitchell Systems (JPMS), seinem Firmenanteil in eine Stiftung überführt, die sicherstellt, dass die Anteile nicht verkauft werden können und der exklusive Verkauf über Friseursalons für 360 Jahre garantiert wird. Mit diesem Geschäft macht JPMS mittlerweile einen Umsatz von mehr als einer Milliarde US-Dollar.

Die Bindung an die Friseure hat sich nicht nur in der Zeit der Coronakrise bewährt, als Noah Wild durch intensive Lobbyarbeit über die Verbände mit dazu beigetragen hat, dass die Betriebe in der zweiten Welle nicht wieder schlie-

ßen mussten. Sie ist auch ein wichtiger Faktor beim Verkauf der personalisierten Produkte, die Wild unter dem Namen „Yours Truly“ anbietet.

„Anders als Marken, die sich online direkt an Endkunden wenden, müssen wir uns die Kunden nicht für viel Geld kaufen“, erklärt Noah Wild. „Wir haben ein Vertriebsnetz von 5000 Friseuren.“ Deswegen verdiene das Unternehmen mit jedem Kunden schon beim ersten Kauf Geld.

Auch die Idee der personalisierten Pflegeprodukte wurde in enger Abstimmung mit dem Friseurhandwerk entwickelt. Konstantin Schick, der einen Friseursalon in Seehausen-Jugenheim führt, war einer der Unternehmer, die von Anfang an dabei waren. „In der Entwicklung haben wir zentral Rezepturen verworfen, weil sie nicht unseren Ansprüchen genügt haben“, erzählt er. „Wir wollten ein Produkt entwickeln, hinter dem wir hundertprozentig stehen und das wir authentisch an die Kunden bringen können.“ Wild Beauty habe dabei immer die Qualität und Nachhaltigkeit in den Vordergrund gestellt.

Schick setzt große Hoffnungen in die personalisierten Produkte. „Wir feiern die Zehnjährige im Bereich der Haarfarbe“, sagt er. „Wenn jemand glücklich ist mit seiner Haarfarbe, dann wechselt er nicht so einfach seinen Stylisten. Dies glaubt er auch auf die anderen Pflegeprodukte übertragen zu können.“

Auch Friseurin Sylvia Fischer sieht gute Chancen für personalisierte Produkte. In ersten Gesprächen mit ihren Kundinnen hat sie großes Interesse dafür gespürt. Immer mehr Kundinnen interessierten sich sehr genau für die Inhaltsstoffe und die Bereitschaft wuchs, für ein genau passendes Produkt auch mehr Geld auszugeben.

Paul Mitchell arbeitet auch an Personalisierung

Das müssen sie auch. Der Preis für ein individuell gemischtes Shampoo der Marke Yours Truly mit einem Inhalt von 200 Millilitern beginnt bei 29 Euro. Und dass das Geschäft kein Selbstläufer ist, musste bereits die Kosmetikmarke Rituals erleben. Auch sie hatte den Verkauf von individuell gemischtem Shampoo gestartet, aber nach kurzer Zeit wieder eingestellt.

In den USA dagegen boomt das Modell aktuell. So hat das Unternehmen Function of Beauty, das personalisierte Haar- und Körperpflege anbietet, vor Kurzem eine 150-Millionen-Dollar-Finanzierung vom Private-Equity-Unternehmen L Catterton erhalten.

„Bei der Personalisierung steht nicht das nächste Produkt im Vordergrund. Vielmehr ermöglicht sie ein ganz neues Geschäftsmodell“, sagt Wild. „Mit Yours Truly haben wir, aber auch die Friseursalons die Möglichkeit, ganz neue Kunden zu gewinnen“, hofft er. Geplant ist, künftig zehn bis 20 Prozent des Umsatzes mit personalisierten Produkten zu machen.

Ein weiterer Vorteil für die Salons: Bei anderen Marken müssen sie erst die Produkte kaufen und sich ins Regal stellen – in der Hoffnung, sie auch zu verkaufen. Das war gerade in der Coronakrise eine zusätzliche Belastung. „Der Lockdown hat das zentrale Problem vieler Geschäfte offengelegt: Sie haben zu viel Kapital in Ware gebunden“, sagt Wild. Für den Vertrieb der Produkte von Yours Truly dagegen müssen sie keine Investitionen tätigen.

Ganz zentral aber ist für Unternehmer Wild: Sein wichtigster Geschäftspartner, John Paul Mitchell Systems, steht voll hinter der Entwicklung der personalisierten Produkte und ist selber an dem Geschäft interessiert.

„Heutzutage wird es für Marken wichtiger, denn je, den sich ständig ändernden Erwartungen der Verbraucher gerecht zu werden“, sagt Jason Yates, der bei JPMS das globale Tagesgeschäft verantwortet. „Personalisierung ist kein Trend, sondern eine neue Erwartung, von der wir glauben, dass sie bei den Verbrauchern weiter an Dynamik gewinnen wird.“

JPMS arbeitet bereits daran, eine Lösung zu finden, wie sie in diesem sehr wichtigen Geschäft eine Rolle spielen können, betont er. Unternehmer Wild wäre darauf vorbereitet. Er hat Yours Truly bereits in ein eigenes Unternehmen ausgliedert, an dem sich der Konzern JPMS bei Interesse beteiligen könnte.

Hanns-Peter Knaebel

Röchling verliert seinen Chef

Der CEO will sein Amt aus persönlichen Gründen kurzfristig aufgeben.

Nun muss vorübergehend jemand aus dem Beirat des Kunststoffspezialisten einspringen.

Üerraschende Personalie beim Mannheimer Familienunternehmen Röchling: Hanns-Peter Knaebel, seit vier Jahren an der Spitze des Kunststoffspezialisten, will das Unternehmen Ende September verlassen – aus persönlichen Gründen, wie es heißt. Weitere Details wurden nicht genannt. Der Wunsch des 52-Jährigen muss aber auch den Beirat des Unternehmens kalt erwischen haben. Bis ein Nachfolger gefunden ist, wird nun Beiratsmitglied Rainer Schulz die Rolle des CEO übernehmen.

Johannes Freiherr von Salmuth, der Vorsitzende der Aufsichtsgremien von Röchling und Vertreter der Röchling-Familie, hatte sich vor vier Jahren persönlich dafür eingesetzt, dass Knaebel zu Röchling wechselt. Der promovierte Arzt war Vorsitzender des Vorstands der Aesculap AG, die wiederum zur B. Braun Melsungen AG gehört.

Eine zentrale Aufgabe Knaebels war es, die noch rechte kleine Medizinische von Röchling auszubauen – was auch gelang, unter anderem durch Zukäufe. „Wir verlieren mit ihm eine geschätzte Persönlichkeit, die sich in den vergangenen Jahren um die Röchling-Gruppe verdient gemacht hat“, wird Freiherr von Salmuth in einer Mitteilung des Unternehmens zitiert. Der Beirat hätte die erfolgreiche Zusammenarbeit gern auch in den kommenden Jahren fortgeführt, man habe aber dennoch der Vertragsauflösung zum 30. September 2021 zugestimmt. „Wir bedauern die Entscheidung von Professor Knaebel, haben aber Verständnis für seinen Schritt. Wir wünschen ihm für seinen beruflichen und insbesondere seinen privaten Lebensweg Glück und Erfolg“, so von Salmuth.

Das Familienunternehmen Röchling ist ein Hersteller von Spezialkunststoffen, der Kunden in den Bereichen Automobil, Industrie und Medizin mit Komponenten beliefert. Die Gruppe ging aus einer Stahldynastie hervor, konzentrierte sich aber nach 2004 auf den modernen Werkstoff.

Vor allem in der Automobilparte spürte das Unternehmen im vergangenen Jahr sowohl die Pandemie als auch die Produktionsausfälle, die durch den Halbleitermangel verursacht wurden. So sackte der Umsatz in der Sparte Automotive 2020 von 1,34 Milliarden Euro auf gut eine Milliarde Euro ab.

Insgesamt betrug der Umsatz der Gruppe im vergangenen Jahr gut zwei Milliarden Euro, ein Minus von 13 Prozent. Das Ergebnis vor Steuern (EBT) hat nach Firmenangaben 2,3 Millionen Euro betragen. Rund die Hälfte des

Umsatzes steuert der Autobereich bei, 40 Prozent stammen aus der Sparte Industrielösungen, der Rest entfällt auf die kleinste Sparte, die Medizin.

Angesichts der Herausforderungen im Automobilbereich hatte Knaebel ein umfassendes Sparprogramm gestartet. Diese Aufgabe wird nun der bisherige Finanzchef der Sparte von Knaebel übernehmen, Raphael Wolfam. Er wurde zum CEO des Bereichs ernannt.

„Ich bin sehr dankbar für die Zeit, die ich in der Röchling-Gruppe verbracht habe“, wird Knaebel in der Mitteilung von Röchling zitiert. Man habe das Unternehmen in den vergangenen Jahren zukunftsorientiert gemacht, trotz der mitunter schwierigen Rahmenbedingungen durch die aktuelle Corona-Pandemie. „Ich möchte mich bei den Gesellschaftern, dem Beirat und vor allem bei

Hanns-Peter Knaebel: Die Mannheimer Röchling-Gruppe verliert überraschend ihren Chef.

den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weltweit für die gute Zusammenarbeit und das entgegengebrachte Vertrauen bedanken“, so Knaebel weiter: „Ich bin mir sicher, dass die Röchling-Gruppe auf einem guten Weg in das dritte Jahrhundert ihrer Unternehmensgeschichte ist.“

Wohin ihn sein Weg nun führen wird, bleibt vorerst offen. Knaebel hat seine große Leidenschaft für die Medizin und die Forschung nie verloren. So ist er Mitglied des Universitätsrates der Universität Heidelberg, war dort zwölf Jahre als Arzt in der chirurgischen Universitätsklinik aktiv. Ein großes Thema ist und war für ihn die Qualitätssicherung in der Medizin und vor allem in der Chirurgie.

Interims-CEO Schulz verfügt laut Röchling über langjährige Erfahrung in sämtlichen Bereichen der Kunststoffverarbeitenden Industrie. Zuletzt sei der 56-Jährige mehr als 17 Jahre bei der Rehau-Gruppe tätig gewesen, ebenfalls ein Kunststoffspezialist. Wolfram, der nun die Sparte Automotive führen wird, ist seit Mai 2019 Finanzchef des Bereichs. Von 2007 bis 2012 war er für Goldman Sachs International in Zürich und London tätig. 2012 wechselte der gebürtige Wiener zur österreichischen Greiner-Gruppe, auch das ein Kunststoffspezialist.

„Ich freue mich, dass die beiden Herren bereit sind, diese so wichtigen Positionen zu übernehmen. Ich wünsche Rainer Schulz eine glückliche Hand bei der Führung der Röchling-Gruppe zusammen mit Evelyn Thome und Franz Lübbert beziehungsweise Raphael Wolfram bei Röchling Automotive gemeinsam mit Andrea Rocca“, so Freiherr von Salmuth. Jens Koenen



PR Martin Joppen

Anzeige

**Die Zukunft ist digital.
Unsere Angebote für
Unternehmen sind es auch.**

Sichern Sie sich und Ihren Kolleg:innen die besten Informationen für erfolgreiches Handeln in einer Welt im Wandel. Mit einem **unternehmensweiten Handelsblatt-Zugang** machen Sie Ihre Mitarbeiter:innen fit für die Herausforderungen der Zukunft.



Jetzt informieren:
digitalbusiness.handelsblatt.com
Oder nehmen Sie direkt Kontakt
zu uns auf: 0211 887-1550
business-solutions@handelsblattgroup.com



Tim Cook

Apple-Chef versilbert Aktien

Seit zehn Jahren steht Tim Cook an der Spitze des US-Technologiekonzerns Apple – vergangene Woche hat er die letzte von zehn Tranchen Aktien erhalten, die Teil der 2011 vereinbarten Vergütung waren. Die Auszahlung der Aktien war jeweils an die Bedingung geknüpft, dass der Kurs der Apple-Aktie sich besser entwickelt als der Großteil der Unternehmen im Aktienindex S&P 500. Seit Cooks Amtsantritt im Jahr 2011 hat die Apple-Aktie mehr als 1200 Prozent gewonnen.

Das aktuelle Paket hatte nach Angaben der Nachrichtenagentur Bloomberg einen Wert von rund 750 Millionen Dollar. Laut einer Veröffentlichung der US-Börsenaufsicht SEC verkauft Cook die Aktien am Dienstag und Mittwoch vergangener Woche. Der 60-Jährige ist inzwischen Milliardär, nach Bloomberg-Schätzungen kommt er auf ein Vermögen von rund 1,5 Milliarden Dollar. Er will nach eigener Aussage sein gesamtes Vermögen für wohltätige Zwecke spenden. Allein vergangene Woche spendete er laut SEC zehn Millionen Apple-Aktien an eine nicht genannte Organisation. Auch Cooks neue Gehaltsvereinbarung aus dem vergangenen Jahr, die bis 2026 läuft, sieht nach Konzernangaben zum großen Teil eine Vergütung in Form von Aktien vor. HB



Robert Allbritton

Gespür für das Geschäft mit Politik-Junkies

Der „Politico“-Gründer macht mit dem Verkauf seines Spezialmediums an Springer den großen Deal. Das Handwerk lernte er vom Vater.

Katharina Kort New York

Wenn es jemanden gibt, der aus der Übernahme der Politik-Website „Politico“ durch den Medienkonzern Axel Springer auf jeden Fall ein Geschäft gemacht hat, dann ist es Robert Allbritton. Der 52-jährige Gründer des erfolgreichen Spezialmediums hat seine Schöpfung für geschätzter mehr als eine Milliarde Dollar an die Deutschen verkauft. Schon vorher war Springer als Joint-Venture-Partner in Europa an Bord. Jetzt übernehmen die Berliner das US-Medium komplett.

Allbritton ist ein wenig beachteter Medienunternehmer mit Schwerpunkt auf Washington. Sein Vater Joe war ein Texaner, der es in Washington erst mit Immobilien und Finanzen zu einem Vermögen gebracht hatte und sich dann auf Medien spezialisierte. Als einziges Kind wuchs Robert in Washington auf, besuchte die besten Privatschulen und hatte Zugang zu den Mächtigen und Wissenden in der US-Hauptstadt. Sein Vater ihm zu Geschäftssessen und Treffen mit, so dass er schon als Jugendlicher lernte, wie man mit Menschen umgeht und verhandelt.

Nur vier Jahre nach seinem College-Abschluss an der Wesleyan University stieg der Sohn ins Familiengeschäft ein. Zunächst arbeitete er bei der Riggs Bank, die zum Imperium seines Vaters gehörte. Dort langweilte sich der junge Mann mit einem Faible für Computer und Politik schnell. Er kündigte und machte einen Pilotenschein, bevor er bei den Fernsehstationen von Allbritton Communications ins Familiengeschäft zurückkehrte. Das war Mitte der 90er-Jahre, und der 25-jährige Allbritton junior lernte als CEO viel über Medien und Politik und den Fernsehmarkt. Unter seiner Führung kaufte Allbritton Communications verschiedene Fernsehstationen hinzu.

Zunächst wollte er nach ein paar Jahren noch einen MBA draufsetzen. Doch dazu kam es nicht, weil der Vater an Krebs erkrankte und seinem Sohn 2001 neben dem Chefposten bei Allbritton Communications den CEO-Posten der Riggs Bank übertrug.

Damit tat der Vater seinem Zögling allerdings keinen Gefallen. Denn nach den Terroranschlägen 2001 schauten sich die Bankenäuseher die Transparenz der Banken ganz genau an, auch die von Riggs – Allbritton hatte ein Geldwäscheproblem geerbt, für das die Bank 25 Millionen Dollar Strafe zahlen musste.

Auch nach dem Verkauf von „Politico“ bleibt Allbritton den Plänen zufolge Verleger (Publisher) von „Politico“ und des Technologie-Portals „Protocol“, das ebenfalls in den Besitz von Springer übergeht. Aber seine unternehmerischen Ambitionen werden damit wohl enden.



via REUTERS

Ugur Sahin

Biontech erwägt Produktion in Afrika

Das deutsche Biotechnologieunternehmen Biontech prüft den Aufbau einer Impfstoffproduktion in Ruanda und im Senegal. Dort könnten dann mRNA-Impfstoffe des Unternehmens gegen Malaria und Tuberkulose, die sich gegenwärtig noch in der Entwicklung befinden, hergestellt werden, teilte Biontech am Freitag mit. Die Ankündigung folgt einem Treffen von Vorstandschef Ugur Sahin mit den Präsidenten von Ruanda und Senegal, Paul Kagame und Macky Sall, sowie EU-Kommissonschefin Ursula von der Leyen in Berlin. „Unser Ziel ist es, in Afrika Impfstoffe zu entwickeln und nachhaltige Produktionskapazitäten für Impfstoffe aufzubauen, um gemeinsam die medizinische Versorgung zu verbessern“, erklärte Sahin. Biontech hatte im Juli angekündigt, die Entwicklung eines Impfstoffs gegen Malaria anzustreben und den Aufbau einer mRNA-Impfstoffproduktion auf dem afrikanischen Kontinent zu planen. Biontech hat unter anderem einen Impfstoff gegen das Coronavirus entwickelt. Reuters



50097194 © (c) 2020 Felix Schm

700

Mitarbeiter
beschäftigt
„Politico“ in
Amerika und
Europa.

Quelle: Unternehmen

Michel Barnier

Monsieur Brexit will Präsident werden

Der frühere Großbritannien-Verhandler der EU will für Frankreichs konservative Republikaner antreten. Aber erst mal muss er sich bei parteiinternen Vorwahlen durchsetzen.

Bisher war Michel Barnier als Frankreichs Mann für Europa bekannt. Doch nun will der 70-jährige ehemalige EU-Kommissar für den Binnenmarkt in Frankreichs Innenpolitik aktiv werden. Der große, grauhaarige Politiker, den nichts aus der Ruhe zu bringen scheint, hat sich überraschend als Präsidentschaftskandidat für die Wahlen im kommenden Frühjahr gemeldet. Damit stellen sich bei den konservativen Republikanern vier Kandidaten zur Vorwahl. Außer Barnier sind bislang die ehemalige Budgetministerin Valérie Pécresse, der Ex-Europaabgeordnete Philippe Juvin und der französische Abgeordnete Eric Ciotti dabei.

Barnier, der mehrmals Minister war, ist überzeugter Europäer und hat eine der größten Verhandlungen in der Geschichte der EU geführt: die Brexit-Verhandlung. Auf dem Posten des „Monsieur Brexit“ hat er die „Anerkennung eines Staatschefs erfahren“, urteilte der französische Europa-staatssekretär Clément Beaune vor einigen Monaten. Barnier hat durch seine Geduld überzeugt und ist nie an der komplizierten Aufgabe verzweifelt.

Dabei war der Franzose vor seinem Erfolg als Brexit-Verhandler eigentlich schon fast in Vergessenheit geraten. Sein Mandat als EU-Kommissar für den Binnenmarkt ging 2014 zu Ende. Von da an arbeitete er als Berater für den damaligen EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker. Er wäre 2019 gern dessen Nachfolger geworden, unterlag aber gegen Ursula von der Leyen, die auch von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron unterstützt wurde.

Doch die erfolgreiche Brexit-Verhandlung brachte ihn wieder ins Rampenlicht. „Barnier ist niemand, der sich unterkriegen lässt“ schrieb die Tageszeitung „Le Monde“ über ihn. Er geht langsam, aber methodisch voran, was bei den Brexit-Verhandlungen richtig war. „Ich bin ein Bergbewohner“, sagt Barnier über sich und seine Strategie in der Politik. Er stammt aus La Tronche in den französischen Alpen und hat seine Karriere nach einem Wirtschaftsstudium an der Pariser Elytische ESCP als französischer Abgeordneter 1978 auch dort, in den Alpen, begonnen. Damals war er der jüngste Abgeordnete in der Nationalversammlung. Er war unter anderem Minister für Umwelt, Ausland, Europa und Landwirtschaft. Er gilt als ehrgeizig – und er glaubt an sich selbst.

Allerdings heißt es oft über ihm, es fehle ihm Charisma. Das gleicht er durch sein riesiges Adressbuch aus.

„Patrioten und Europäer“

Seit seinen Erfolgen in Europa sieht er sich offenbar wieder in Frankreich. Barnier hat eine Arbeitsgruppe gegründet, die seine politische Ausrichtung klar macht: Sie nennt sich „Patrioten und Europäer“. Die Teams, mit denen Barnier gearbeitet hat, beschreiben ihn als „entschieden“, „kompetent“ und „jemanden, der um sich versammeln kann“. Dem französischen Sender TF1 sagte Barnier: „Vor uns liegen herausfordernde und ernste Zeiten. Ich habe den Anspruch, der Präsident eines versöhnlichen Frankreichs zu sein.“

Aber einfach wird es für den Politiker nicht, weil die Kandidatenwahl im rechten Lager sehr groß ist. Als Kandidatin mit Chancen gilt vor allem Valérie Pécresse. Sie steht seit 2015 als Präsidentin des Regionalrats der Ile-de-France, der Region um Paris, im Rampenlicht. Ein weiterer Anwärter auf das Präsidentenamt mit guten Chancen ist der ehemalige Arbeitsminister Xavier Bertrand, Präsident der nordfranzösischen Region Hauts-de-France. Er will Barnier allerdings in der parteiinternen Vorwahl am 25. September noch nicht Konkurrenz machen – Bertrand hat die Partei 2017 verlassen.

Und schon lange haben sich zwei weitere Kandidaten für das höchste Staatsamt ins Spiel ge-

bracht: die Rechtsextreme Marine Le Pen und der Linkspolitiker Jean-Luc Mélenchon.

Präsident Macron dagegen wartet offenbar erst einmal ab, wie die anderen Kandidaten auftreten. Es gilt als sicher, dass er eine zweite Amtszeit anstrebt. Ein erneutes Duell Macron–Le Pen im zweiten Wahlgang wie 2017 wird von vielen als wahrscheinlich angesehen, die Umfragen sprechen dafür.

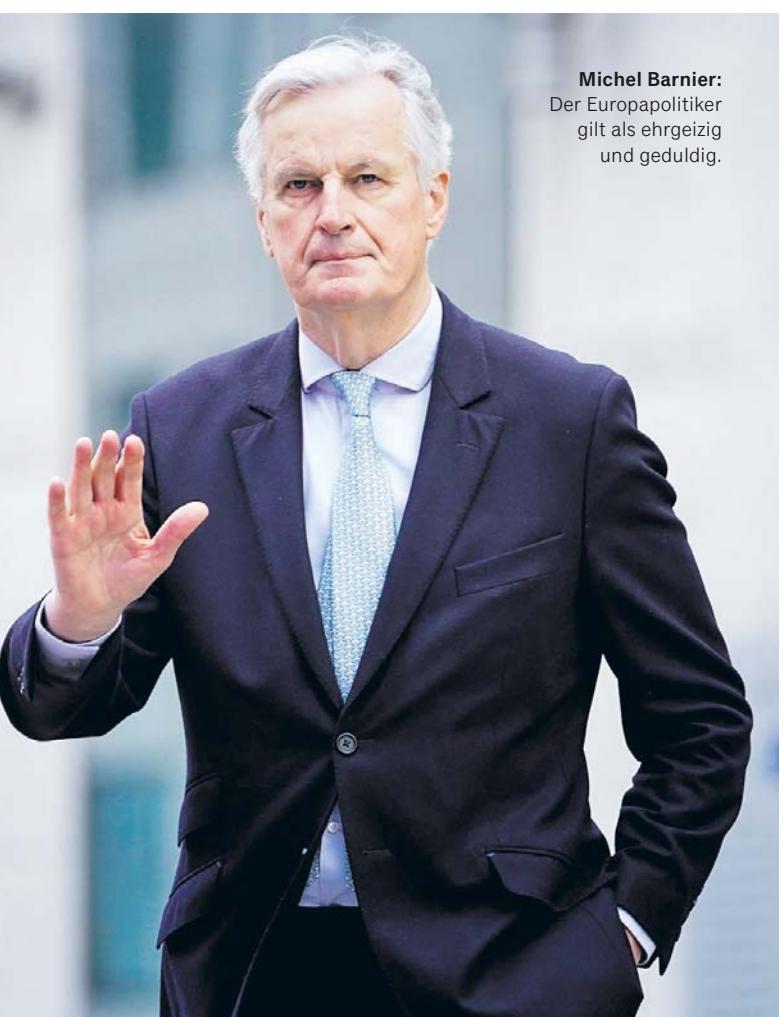
Doch im linken Lager könnte es noch spannend werden. Die Aussicht, eine einheitliche Liste mit den Grünen zu schaffen, wie es die sozialistische Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo erhofft hat, rückt immer weiter in die Ferne. Bei den Grünen werden wohl fünf Kandidaten in einer Vorwahl im Laufe des Septembers antreten, darunter der Europaabgeordnete Yannick Jadot und die ehemalige Umweltministerin Delphine Batho.

Aber alle Augen sind auf Anne Hidalgo gerichtet. Es wird erwartet, dass sie ihre Kandidatur vor dem Parteitag der Sozialisten, der am 18. September beginnt, ankündigt. Beim Sommertreffen der Sozialisten in Blois an der Loire am Freitag erwähnte sie zwar nur geheimnisvoll, „ein schönes demokratisches Abenteuer“. Doch ihre mögliche Kandidatur war das große Thema der Medien, auch weil Hidalgo sonst selten zu Treffen der Sozialisten erscheint. Befragt über ihre Absichten erklärte sie nur, „Gedulden Sie sich.“ Am 15. September veröffentlicht Hidalgo ihr Buch „Une femme française“, in dem es um ihren politischen Weg und ihre Vision für Frankreich geht.

Oliver Faure, Generalsekretär der Sozialisten, machte in Blois kein Geheimnis daraus, dass er Hidalgo gern als Kandidatin sehen würde: „Ich bin überzeugt, dass sie es wird und dass sie bei den Wahlen ihren Weg gehen wird.“ Beim ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen jedenfalls käme Hidalgo laut Umfragen im Moment auf sieben Prozent der Stimmen. Tanja Kuchenbecker



Anne Hidalgo:
Die Pariser Bürgermeisterin macht noch ein Geheimnis darum, ob sie kandidieren wird.



Michel Barnier:
Der Europapolitiker gilt als ehrgeizig und geduldig.



Angela Merkel: Afrika soll erneuerbare Energien produzieren.

Angela Merkel
Afrikas Potenziale nutzen

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat auf einem Afrika-Gipfel in Berlin für deutlich mehr Investitionen, aber auch Reformen auf Europas Nachbarkontinent geworben. „Afrika verfügt über so viele Marktpotenziale, die es aber auch besser zu nutzen gilt“, sagte sie am Freitag bei einer Konferenz der Subsahara-Afrika-Initiative der Deutschen Wirtschaft. Ein Fokus müsse auf den erneuerbaren Energien liegen: „Ihr Ausbau ist von enormer Bedeutung dafür, dass wir unsere globalen Klimaziele auch wirklich erreichen können.“ Bei dem teils online organisierten Treffen der Initiative „G20 Compact with Africa“, der bisher zwölf afrikanische Länder angehörten, forderte Merkel zugleich mehr Engagement für eine eigenständige Produktion von Corona-Impfstoffen in Afrika. Sie seien auch ein Schlüssel für die Ankurbelung der Wirtschaft. Die Länder der Afrikanischen Union importierten nach Angaben der Gemeinschaft zuletzt 99 Prozent ihrer Impfstoffe. dpa



Anja Karliczek: Grundgesetzänderung für Kooperation zwischen Bund und Ländern.

Anja Karliczek
Schulen schneller digitalisieren

Bei der Digitalisierung der Schulen hinken die Bundesländer nach Ansicht von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek noch hinterher. „Das Tempo ist mir insgesamt zu langsam“, sagte die CDU-Politikerin der „Augsburger Allgemeine“. Unter anderem warb die Ministerin für eine Änderung des Grundgesetzes, sodass Bund und Länder bei der Bildung stärker zusammenarbeiten. Der Bund stelle den Ländern für die Digitalisierung der Schulen 6,5 Milliarden Euro bis 2024 zur Verfügung. Zwar würden diese Mittel in jüngster Zeit auch mehr und mehr abgerufen. „Aber insgesamt muss ich gut zwei Jahre nach Start des Digitalpakts sagen: Die Digitalisierung der Schulen ist noch längst nicht da, wo sie sein sollte“, sagte die Ministerin. dpa

Die Wirtschaft kann mehr Vielfalt schaffen

Vom Arbeiterkind zur Unternehmerin – warum wir uns stärker mit sozialer Herkunft beschäftigen müssen, erläutert **Tijen Onaran**.



imago/Mauersberger [M]

Es gibt eine Dimension von Diversität, über die im Diskurs um mehr Vielfalt in der Wirtschaft kaum diskutiert wird: soziale Herkunft. Denn soziale Herkunft ist nicht sichtbar und kaum greifbar. In der Regel sieht man es Menschen nicht einfach an, aus welchen familiären und sozioökonomischen Verhältnissen sie stammen oder wie sie aufgewachsen und sozialisiert sind.

Meine soziale Herkunft war mir lange Zeit gar nicht so bewusst. Rückblickend: Meine Mutter hatte immer mehrere Jobs, wir waren nie im Urlaub, und an ein Auslandssemester war erst gar nicht zu denken. Studium: Klar, darauf legte mein Vater großen Wert, aber nicht ohne Nebenjob. Beruflich relevante Kontakte: Fehlanzeige. Das musste ich mir in meinem Leben alles selbst hart erarbeiten – mittlerweile bin ich stolz darauf.

Ich bin die Erste in der Familie, die mehrere Unternehmen gegründet hat. Ich war die Erste in der Familie, die für ein politisches Mandat im Landtag kandidierte, und ich war oft die Einzige am Tisch, deren Eltern aus der Türkei eingewandert sind.

Wer wie ich aus einem Elternhaus stammt, in dem einem weder das Netzwerk noch das finanzielle Startkapital mit in die Wiege gelegt wurde, fühlt sich häufig fehl am Platz und muss sich vieles mühevoll erarbeiten.

“

Im öffentlichen Diversitätsdiskurs wird die Dimension soziale Herkunft meist vollkommen unterschätzt.

Ehrlich gesagt: Es dauert länger, es geht öfter schief, und es kostet sehr viel Kraft. Ich erinnere mich beispielsweise noch lebhaft an meine ersten Erfahrungen auf dem Weg zur Unternehmensgründung. Ich hatte einfach keine Ansprechpartner*in, um eine Finanzierung zu bekommen.

Nicht weil die Idee nicht gut war, sondern schlicht, weil ich niemanden kannte, den ich hätte fragen können. Ich komme aus einem Umfeld, das sich mit diesen Dingen einfach nicht auskennt. Ein Hindernis, an dem viele gute Ideen und Gründungen, aber auch Karrieren scheitern. Wir müssen uns dem Thema soziale Herkunft deshalb dringend widmen, Nachteile ausgleichen und vor allem die unterschiedlichen Startbedingungen berücksichtigen.

Erschwerend kommt hinzu: Das Thema ist für viele Menschen ein Tabu – sowohl für diejenigen, die sich ihrer privilegierten Position bewusst sind, als auch für jene, die aus „niedrigen“ sozialen Schichten kommen. Doch oft sind es gerade Letztere, die für Veränderung stehen, wertvolle Perspektiven einbringen, außerordent-

lich motiviert und leistungsbereit sind und neue Entwicklungen vorantreiben.

Dass soziale Herkunft überhaupt als eine Dimension von Diversität anerkannt wird, ist relativ neu. Erst vor wenigen Monaten wurde soziale Herkunft neben Alter, Nationalität, Geschlecht, körperlichen und geistigen Fähigkeiten, Religion und Weltanschauung sowie sexueller Orientierung als siebte Diversitätsdimension in die „Charta der Vielfalt“ unseres gleichnamigen Vereins aufgenommen. Es dürfte kein Zufall sein, dass gerade die soziale Herkunft so spät in dieser Liste auftaucht. Das unterstreicht ihren unsichtbaren und wenig greifbaren Charakter.

Soziale Herkunft ist definiert als die sozioökonomische Stellung des familiären Umfelds. Hinzu kommen die Umstände der Sozialisation in der Jugend, schulische Bildung und auch ethnische Herkunft. All diese Faktoren haben Einfluss darauf, wie wir uns verhalten, wie wir sprechen, welchen Hobbys oder Sportarten wir nachgehen, und damit letzten Endes, zu welchen gesellschaftlichen Kreisen wir Zugang erhalten. Viel zu häufig wird soziale Herkunft zugespitzt auf Menschen mit „Migrationshintergrund“. Dabei werden zahlreiche andere Gruppen vergessen – beispielsweise Menschen aus Arbeiterfamilien.

Wie sehr die soziale Herkunft der blinde Fleck ist, wenn es um Vielfalt geht, zeigt sich mit Blick auf Ostdeutsche in den Führungs- und Vorstandsetagen deutscher Unternehmen. In den 30 Dax-Unternehmen kommt gerade einmal gut ein Prozent der Vorständ*innen aus dem Osten Deutschlands: Es sind zwei von 183. Tendenz fallend.

Im Jahr 2019 stammten immerhin noch vier von damals 196 Vorstandsmitgliedern aus Ostdeutschland. Die Dax-Unternehmen sind dabei keine Ausnahme. Eine Studie der Universität Leipzig kommt zu dem Ergebnis, dass nur rund vier Prozent aller Spitzenpositionen in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft mit Ostdeutschen besetzt sind.

Im öffentlichen Diversitätsdiskurs wird die Dimension soziale Herkunft meist vollkommen unterschätzt. Dabei entscheidet die soziale Herkunft über wichtige Grundvoraussetzungen für die Bildungs- und Berufslaufbahn. Angefangen beim Kapital, das für Schule und außerschulische Bildungsangebote vorhanden ist, über das Netzwerk, das die Eltern ihren Kindern mitgeben, bis hin zu Habitus, Sprachgewohnheiten und anderen Codes, die über die Zugehörigkeit zu bestimmten Kreisen entscheiden.

Wer neben Dingen wie Kapital bestimmte Fähigkeiten oder Verhaltensweise nicht von zu Hause mitbekommen hat, wird sich oft schwerer tun. Dies führt dazu, dass diese Menschen es gewohnt sind, die sprachwörtliche „Extrameile“ zu gehen und sich all das hart zu erarbeiten, was sie nicht durch ihre Sozialisation mit-

bekommen haben oder sich finanziell schlicht nicht leisten konnten.

Diese „Extrameile“ zeigt sich auch in der Art der Zusammenarbeit in Unternehmen und der Leistungsfähigkeit von Menschen aus sozial benachteiligten Familien. So fanden US-Forscherinnen heraus, dass Studierende aus „niedrigeren“ sozialen Schichten in Teamworksituatoren bessere Leistungen erbrachten als ihre sozial besser gestellten Kommilitonen. Der Hauptgrund: kooperatives Verhalten, beispielsweise in Diskussionen.

“

Nach wie vor werden viele Spitzenposten nur innerhalb eines geschlossenen Netzwerks weitergegeben.

Nicht nur deshalb bringen diese Menschen einen Mehrwert für Wirtschaft und Gesellschaft. Da sie es sich nicht aussuchen konnten, ob sie einen Nebenjob brauchten oder vielleicht sogar zwei, definieren sie sich mehr über den Leistungsgedanken als andere. Sie müssen und wollen etwas nachholen und sind deshalb bereit, einfach mehr zu arbeiten.

Soziale Herkunft als Dimension von Vielfalt anzuerkennen und verstärkt sichtbar zu machen ist ein wichtiger Schritt, reicht aber nicht aus. Hinzukommen müsste, dass sich „exklusive Kreise“ auch für „niedrigere“ soziale Schichten öffnen. Denn nach wie vor werden viele Spitzenposten nur innerhalb eines geschlossenen Netzwerks weitergegeben.

Das Problem dabei ist nicht nur, dass es so keine echte Diversität und Innovation gibt, sondern auch Fehler immer wieder reproduziert werden. Fehler, die darauf zurückzuführen sind, dass es keine Meinungsvielfalt gibt, da alle im Team gleich denken wie zuletzt bei Marketingkampagnen namhafter Unternehmen aus der Automobilbranche.

Allerdings zeichnet sich eine solche Öffnung auf breiter Front nicht ab. Darum bin ich selbst dazu übergegangen, meine eigene „Tischgesellschaft“ zu errichten und neue, diverse Netzwerke aufzubauen. Ich bin davon überzeugt: Nur so können echte Vielfalt und Teilhabe entstehen. Und nur so kann es letzten Endes zu tief greifenden Veränderungen kommen.

Die Autorin

Tijen Onaran ist Geschäftsführerin von Global Digital Women und berät Unternehmen in Diversitätsfragen. Sie gehört laut Handelsblatt-Ranking zu den 100 Top-Frauen, die Deutschland voranbringen.